

# ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 21.10.2023

Tagesordnungspunkt: 11.1 Anträge zu den Rechtsnormen

## R1NEU2: Verbesserung des Alex-Müller-Verfahrens

### Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der  
2 Geschäftsordnung vorzunehmen:

3 Der bisherige § 16 Abs 6 wird wie folgt geändert:

4 *(6) Über die Reihenfolge der Beratung der Anträge entscheidet der Bundeskongress*  
5 *zu Beginn der Beratungen mit Hilfe des Alex-Müller-Verfahrens. Dabei hat jedes*  
6 *anwesende, stimmberechtigte Mitglied die Möglichkeit maximal fünf Anträge*  
7 *auszuwählen, über die es beraten will. Maximal fünf Anträge markiert es auf*  
8 *einem dafür ausgeteilten Stimmzettel. Der Antrag, der von den meisten*  
9 *Mitgliedern markiert wurde, wird als Erstes beraten. Der Antrag, der am*  
10 *zweitmeisten markiert wurde, als zweites, usw. Bei Gleichstand findet das Lukas-*  
11 *Lerchner-Verfahren Anwendung. Hierbei darf jedes stimmberechtigte Mitglied in*  
12 *offener Abstimmung einen der Anträge, die im Alex-Müller-Verfahren im*  
13 *Gleichstand sind, auswählen. Bei erneutem Gleichstand wird das Verfahren mit den*  
14 *Anträgen, die im Lukas Lerchner-Verfahren im Gleichstand sind, wiederholt, bis*  
15 *ein Antrag gewinnt. Sollte im Lukas Lerchner-Verfahren in einer Runde kein*  
16 *Antrag abgewählt werden, entscheidet das Präsidium, über welchen Antrag zuerst*  
17 *beraten wird. Bei fünf oder weniger Anträgen legt das Sitzungspräsidium einen*  
18 *Vorschlag über die Reihung der Anträge vor, der vom Bundeskongress in offener*  
19 *Abstimmung abgestimmt werden muss. Sofern dieser keine einfache Mehrheit findet,*  
20 *kommt das Alex-Müller-Verfahren zur Anwendung. Es dürfen dabei nicht alle*  
21 *Anträge markiert werden. Sofern es nur einen Antrag gibt, wird das Alex-Müller-*  
22 *Verfahren ausgesetzt.*

# ANTRAG

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 11.1 Anträge zu den Rechtsnormen

## R1NEU: Verbesserung des Alex-Müller-Verfahrens

### Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der  
2 Geschäftsordnung vorzunehmen:

3 Der bisherige § 16 Abs 6 wird wie folgt geändert:

4 *(6) Über die Reihenfolge der Beratung der Anträge entscheidet der Bundeskongress*  
5 *zu Beginn der Beratungen mit Hilfe des Alex-Müller-Verfahrens. Dabei hat jedes*  
6 *anwesende, stimmberechtigte Mitglied die Möglichkeit maximal fünf Anträge*  
7 *auszuwählen, über die es beraten will. Maximal fünf Anträge markiert es auf*  
8 *einem dafür ausgeteilten Stimmzettel. Der Antrag, der von den meisten*  
9 *Mitgliedern markiert wurde, wird als Erstes beraten. Der Antrag, der am*  
10 *zweitmeisten markiert wurde, als zweites, usw. Bei Gleichstand findet das Lukas-*  
11 *Lerchner-Verfahren Anwendung. Hierbei darf jedes stimmberechtigte Mitglied in*  
12 *offener Abstimmung einen der Anträge, die im Alex-Müller-Verfahren im*  
13 *Gleichstand sind, auswählen. Bei erneutem Gleichstand wird das Verfahren mit den*  
14 *Anträgen, die im Lukas Lerchner-Verfahren im Gleichstand sind, wiederholt, bis*  
15 *ein Antrag gewinnt. Sollte im Lukas Lerchner-Verfahren in einer Runde kein*  
16 *Antrag abgewählt werden, entscheidet das Präsidium, über welchen Antrag zuerst*  
17 *beraten wird. Bei fünf oder weniger Anträgen legt das Sitzungspräsidium einen*  
18 *Vorschlag über die Reihung der Anträge vor, der vom Bundeskongress in offener*  
19 *Abstimmung abgestimmt werden muss. Sofern dieser keine einfache Mehrheit findet,*  
20 *kommt das Alex-Müller-Verfahren zur Anwendung. Es dürfen dabei nicht alle*  
21 *Anträge markiert werden. Sofern es nur einen Antrag gibt, wird das Alex-Müller-*  
22 *Verfahren ausgesetzt.*

# ANTRAG

Antragsteller\*in: *Jakob Dirnböck, Julian Fritsch, Naemi Häfeli, Fabienne Lackner, Julius Lajtha, Lukas Schobesberger, Alina Steiner, Frederik Witjes, Sophie Wotschke*

Tagesordnungspunkt: *11.1 Anträge zu den Rechtsnormen*

## R2: Mitgliedschaft in konkurrierenden Organisationen

### Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten  
2 vorzunehmen:

3 Nach § 8 Abs 3 wird folgender Absatz eingefügt:  
4 *(4) Mitglieder des Bundesvorstands dürfen nicht Mitglied bei einer mit den*  
5 *Zweigvereinen „Junge liberale Studierende – JUNOS“ oder „Junge liberale*  
6 *Schüler:innen – JUNOS“ konkurrierenden oder mit deren Grundsätzen im Widerspruch*  
7 *stehenden Organisation sein.*

8 Der bisherige § 8 Abs 4 wird zu § 8 Abs 5.  
9 Der bisherige § 8 Abs 5 wird zu § 8 Abs 6.  
10 Der bisherige § 8 Abs 6 wird zu § 8 Abs 7.  
11 Der bisherige § 8 Abs 7 wird zu § 8 Abs 8.  
12 Der bisherige § 8 Abs 8 wird zu § 8 Abs 9.  
13 Der bisherige § 8 Abs 9 wird zu § 8 Abs 10.  
14 Der bisherige § 8 Abs 10 wird zu § 8 Abs 11.  
15 Der bisherige § 8 Abs 11 wird zu § 8 Abs 12.  
16 Der bisherige § 8 Abs 12 wird zu § 8 Abs 13.  
17 Der bisherige § 8 Abs 13 wird zu § 8 Abs 14.  
18 Der bisherige § 8 Abs 14 wird zu § 8 Abs 15.  
19 Der bisherige § 8 Abs 15 wird zu § 8 Abs 16.  
20 Der bisherige § 8 Abs 16 wird zu § 8 Abs 17.  
21 Der bisherige § 8 Abs 17 wird zu § 8 Abs 18.  
22 Der bisherige § 8 Abs 18 wird zu § 8 Abs 19.  
23 Der bisherige § 8 Abs 19 wird zu § 8 Abs 20.

24 Nach§ 13 Abs 7 lit a Ziffer iii wird folgende Ziffer eingefügt:

25 *iv. Mitglieder des Landesvorstands dürfen nicht Mitglied bei einer mit den*  
26 *Zweigvereinen „Junge liberale Studierende – JUNOS“ oder „Junge liberale*  
27 *Schüler:innen – JUNOS“ konkurrierenden oder mit deren Grundsätzen im Widerspruch*  
28 *stehenden Organisation sein*

## **Begründung**

Durch die Gründung der JUNOS Schüler:innen gibt es inzwischen zwei bundesweite Zweigvereine, die auf ihrer eigenen Ebene konkurrierende Organisationen haben. JUNOS-Mitglieder können allerdings auf LSV- bzw. ÖH-Ebene dennoch auch Mitglied bei anderen Organisationen sein, auch wenn das die absolute Ausnahme ist. Um das Motto „1 JUNOS“ zu wahren und auch um sicherzustellen, dass sensible JUNOS-Informationen nicht an Konkurrent:innen auf LSV- bzw. ÖH-Ebene gelangt, sollten jedenfalls die Mitglieder des Bundesvorstands und der Landesvorstände nicht Mitglied in einer konkurrierenden Schüler:innenorganisation oder ÖH-Fraktion sein dürfen.

# ANTRAG

*Gremium:* Bundeskongress

*Beschlussdatum:* 21.10.2023

*Tagesordnungspunkt:* 11.1 Anträge zu den Rechtsnormen

## **R2NEU: Mitgliedschaft in konkurrierenden Organisationen**

### **Antragstext**

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten  
2 vorzunehmen:

3 Nach § 8 Abs 3 wird folgender Absatz eingefügt:  
4 *(4) Mitglieder des Bundesvorstands dürfen nicht Mitglied bei einer mit den*  
5 *Zweigvereinen „Junge liberale Studierende – JUNOS“ oder „Junge liberale*  
6 *Schüler:innen – JUNOS“ konkurrierenden oder mit deren Grundsätzen im Widerspruch*  
7 *stehenden Organisation sein.*

8 Der bisherige § 8 Abs 4 wird zu § 8 Abs 5.  
9 Der bisherige § 8 Abs 5 wird zu § 8 Abs 6.  
10 Der bisherige § 8 Abs 6 wird zu § 8 Abs 7.  
11 Der bisherige § 8 Abs 7 wird zu § 8 Abs 8.  
12 Der bisherige § 8 Abs 8 wird zu § 8 Abs 9.  
13 Der bisherige § 8 Abs 9 wird zu § 8 Abs 10.  
14 Der bisherige § 8 Abs 10 wird zu § 8 Abs 11.  
15 Der bisherige § 8 Abs 11 wird zu § 8 Abs 12.  
16 Der bisherige § 8 Abs 12 wird zu § 8 Abs 13.  
17 Der bisherige § 8 Abs 13 wird zu § 8 Abs 14.  
18 Der bisherige § 8 Abs 14 wird zu § 8 Abs 15.  
19 Der bisherige § 8 Abs 15 wird zu § 8 Abs 16.  
20 Der bisherige § 8 Abs 16 wird zu § 8 Abs 17.  
21 Der bisherige § 8 Abs 17 wird zu § 8 Abs 18.  
22 Der bisherige § 8 Abs 18 wird zu § 8 Abs 19.  
23 Der bisherige § 8 Abs 19 wird zu § 8 Abs 20.

24 Nach§ 13 Abs 7 lit a Ziffer iii wird folgende Ziffer eingefügt:

25 *iv. Mitglieder des Landesvorstands dürfen nicht Mitglied bei einer mit den*  
26 *Zweigvereinen „Junge liberale Studierende – JUNOS“ oder „Junge liberale*  
27 *Schüler:innen – JUNOS“ konkurrierenden oder mit deren Grundsätzen im Widerspruch*  
28 *stehenden Organisation sein*

## **Begründung**

Durch die Gründung der JUNOS Schüler:innen gibt es inzwischen zwei bundesweite Zweigvereine, die auf ihrer eigenen Ebene konkurrierende Organisationen haben. JUNOS-Mitglieder können allerdings auf LSV- bzw. ÖH-Ebene dennoch auch Mitglied bei anderen Organisationen sein, auch wenn das die absolute Ausnahme ist. Um das Motto „1 JUNOS“ zu wahren und auch um sicherzustellen, dass sensible JUNOS-Informationen nicht an Konkurrent:innen auf LSV- bzw. ÖH-Ebene gelangt, sollten jedenfalls die Mitglieder des Bundesvorstands und der Landesvorstände nicht Mitglied in einer konkurrierenden Schüler:innenorganisation oder ÖH-Fraktion sein dürfen.

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: 11.2 Leitantrag des Bundesvorstands

## LANEU2: Mut zur Freiheit: Unsere Vision für ein besseres Österreich

### Antragstext

#### 1 Mut zur Freiheit

#### 2 Unsere Vision für ein besseres Österreich

3 Österreich befindet sich in einer Zeit des Umbruchs. Viele Reformen sind längst  
4 überfällig, und es tun sich immer mehr Bereiche auf, in denen aktives Handeln  
5 gefordert ist. Viele Entscheidungen, die in den kommenden Jahren getroffen  
6 werden, beeinflussen Österreich für viele Jahrzehnte – und betreffen damit vor  
7 allem uns, die junge Generation.

8 Wir wollen dabei nicht einfach tatenlos zuschauen und abwarten, sondern sehen  
9 uns in der Pflicht, an einer besseren Zukunft mitzuwirken. In diesem Programm  
10 wollen wir aufzeigen, mit welchen Maßnahmen unsere Vision für ein besseres  
11 Österreich erreicht werden kann. Liberale Antworten sind gefragt denn je!

#### 12 Bildung

13 Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Sie macht uns zu  
14 mündigen Bürgern, die in Freiheit und Eigenverantwortung leben. Gerade deshalb  
15 ist uns ein sozial durchlässiges Bildungssystem ein Herzensanliegen. Österreich  
16 muss ein Ort der Talente werden, mit einem chancengerechten, qualitativ  
17 hochwertigen und freien Bildungssystem.

#### 18 Chancengerechtigkeit von Anfang an

19 Um Kindern die besten Lebenschancen zu bieten, muss bereits im frühen Alter  
20 angesetzt werden. Eltern sollen für ihre Kinder Bildungsschecks bekommen, die  
21 sie für die Bildung und Betreuung in einer Vollzeiteinrichtung ihrer Wahl

22 einlösen können. Die frühkindliche Kinderbetreuung soll grundsätzlich privat  
23 aufgestellt sein, aber strengen Qualitätskontrollen unterliegen. Mögliche  
24 Einrichtungen können dabei Kindergärten oder Kindergruppen, aber auch  
25 Einzelpersonen wie beispielsweise Tageseltern sein. So sollen individuelle  
26 Lösungen eine flächendeckende Kinderbetreuung sichern.

## 27 **Beste Bildung durch freie Schulen**

28 Jedes Kind soll gerne in die Schule gehen. Nicht weil Schule so leicht ist und  
29 Leistung nichts zählt, sondern weil man gefordert und gefördert wird. Weil  
30 Stärken ausgebaut werden, anstatt Schwächen breitzutreten, und weil Lernen unter  
31 den richtigen Bedingungen erfüllend ist.

32 Der Schlüssel, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Schulautonomie. Dabei  
33 beschränkt sich der Staat auf die Festlegung von Bildungszielen. Wie diese  
34 Bildungsziele erreicht werden, obliegt den Schulen selbst. Jede Schule  
35 entscheidet individuell über ihr Unterrichtsangebot, die Schwerpunktsetzung, die  
36 Gestaltung des Schulalltags, das Lehrpersonal sowie die (digitalen) Hilfsmittel.  
37 So entsteht Raum für innovative pädagogische Konzepte und ein vielfältiges  
38 Angebot an Bildungswegen. Schulen sollen grundsätzlich privater Trägerschaft  
39 unterliegen, wobei die Finanzierung durch den Staat sichergestellt wird -  
40 nämlich im Zuge der Bildungsschecks.

41 In einem ersten Schritt sollen Schulen beispielsweise über ein Modell der  
42 privaten Trägerschaft bei öffentlicher Finanzierung die Möglichkeit haben selbst  
43 in das Prinzip der Schulautonomie hineinzuoportieren. Diese Schulen bekommen die  
44 Freiheit dreifacher Autonomie: in pädagogischer, personeller und finanzieller  
45 Freiheit und Verantwortung. Bei der Aufnahme soll auf eine gute soziale  
46 Durchmischung geschaut werden.

47 Jedes Kind bekommt einen solchen Bildungsscheck, den es in der  
48 Bildungseinrichtung seiner Wahl einlösen kann. Besonders beliebte Schulen  
49 erhalten folglich die beste Finanzierung und Anreize, ihr Angebot weiter  
50 auszubauen, um mehr Schüler anzuziehen. Schlechte Schulen auf der anderen Seite  
51 müssen sich schnellstens überlegen, wie sie ein attraktives Angebot schaffen.

52 Dass alle Schulen die Bildungsstandards erreichen, wird anhand von zentralen und  
53 vergleichbaren Tests abgeprüft. Hierfür soll neben der Zentralmatura eine  
54 zentrale mittlere Reife eingeführt werden. Die Bildungsstandards sollen neben  
55 Deutsch-, Mathematik-, und Englischkenntnissen auch wirtschaftliches wie  
56 finanzielles Basiswissen („Financial Literacy“) und digitale Grundbildung  
57 umschließen.



58 Um eine demokratische und repräsentative Schülerversretung zu schaffen, soll das  
59 Schülerversretungsgesetz grundlegend überarbeitet werden, damit alle Schüler  
60 ihre Landesschülerversretung über Wahllisten direkt wählen können und die  
61 Bundesschülerversretung von allen Landesschülerversrettern gewählt wird.

## 62 **Erfolgsmodell Lehre in den Fokus**

63 Das österreichische Modell der dualen Lehrausbildung gilt international zurecht  
64 als Erfolgskonzept, dennoch wird sie bei uns oft nur als Plan B betrachtet. Die  
65 Lehre muss für Jugendliche attraktiver gestaltet und durch praxisnahe  
66 Berufsorientierung an Schulen bereits frühzeitig beworben werden.

67 Die Lehre soll einheitlich strukturiert, nämlich modular aufgebaut werden, und  
68 stets die Option beinhalten, die Reifeprüfung abzulegen. Durch die Aufteilung in  
69 Module ist ein Wechsel zwischen unterschiedlichen Lehrausbildungen einfacher.  
70 Berufsschulen sollen dazu zu „Berufsakademien“ aufgewertet werden, die eng  
71 verschränkt mit Experten aus der Wirtschaft und anderen Bildungseinrichtungen,  
72 etwa auch Hochschulen, zusammenarbeiten. Durch den modularen Aufbau können auch  
73 Erwachsene sich an Berufsakademien weiter fortbilden und so ihren Horizont  
74 erweitern. Berufsakademien sollen stets auch Meisterkurse anbieten.

75 Durch eine einheitliche Struktur der Lehre soll es auch einfacher möglich sein,  
76 im Rahmen internationaler Austauschprogramme Erfahrung im Ausland zu sammeln.  
77 Der Europäische Qualifikationsrahmen bietet hier bereits eine gute Grundlage und  
78 soll weiter ausgebaut werden.

## 79 **Oxbridge und Ivy League, aber in Österreich**

80 Exzellenz soll in den österreichischen Hochschulen wieder ihre Heimat finden.  
81 Dafür müssen alle Hochschulen miteinander in fairem Wettbewerb stehen, den sie  
82 gewappnet mit größtmöglicher Autonomie bestreiten. Sie sollen selbst zu Trägern  
83 ihrer Gebäude werden, frei in der Gestaltung von Lehre und Forschung sein, sowie  
84 Hoheit über Personal, Auswahl der Studierenden und die Mittelverwendung haben.  
85 Zwischen den einzelnen Hochschultypen sollen rechtlich keine Unterschiede  
86 gemacht werden.

87 Die Finanzierung der Hochschulen wird durch ein Drei-Säulen-Modell aus privaten  
88 Mitteln, staatlicher Studienplatzfinanzierung und nachgelagerten  
89 Studienbeiträgen langfristig gesichert. Die staatliche Finanzierung soll sich  
90 auf zwei Prozent des BIP belaufen und die Grundfinanzierung für Studium wie  
91 Forschung sicherstellen.

92 Der Studienzugang kann durch Eignungskriterien geregelt sein, ein Studium darf  
93 aber nicht aus finanziellen Überlegungen scheitern. Die Studienbeihilfe wird wie  
94 andere Sozialleistungen vom liberalen Bürgergeld abgelöst, das explizit auch von  
95 zielstrebigen Studierenden bezogen werden kann. Um zu hohe Studienbeiträge  
96 vorzubeugen, kann die Höhe vom Bildungsministerium beschränkt werden, der Staat  
97 stellt den Studierenden außerdem auf Wunsch ein zinsloses Darlehen zur  
98 Verfügung, das während des Erwerbslebens zurückgezahlt werden muss.

99 Um eine schlagkräftige und tatsächlich im Sinne der Studierenden arbeitende  
100 Studienvertretung sicherzustellen, wird die Mitgliedschaft in der  
101 Hochschul:innenschaft freiwillig und das allgemeinpolitische Mandat  
102 abgeschafft.

### 103 **Innovation durch Forschung**

104 Forschung und Wissenschaft sind für uns Treiber des Wohlstandes und des  
105 Fortschrittes und entsprechend zu fördern. Für die Vergabe der Mittel ist die  
106 Schaffung einer bundesweiten Forschungsstrategie und Bündelung der  
107 Forschungsagenden in einem Ministerium essenziell. Damit soll auch die  
108 Zusammenarbeit zwischen universitären und außeruniversitären  
109 Forschungseinrichtungen forciert werden. Es muss allerdings auch hier ein  
110 stärkerer Fokus auf private Mittel gelenkt werden. Public-Private Partnerships  
111 sollen gefördert werden, um Synergieeffekte zu erzielen und zusätzliche  
112 Finanzierungsquellen zu nutzen. Österreich soll so zum international  
113 kompetitiven Wissenschaftsstandort werden und begabte Forscher aus der ganzen  
114 Welt anziehen.

### 115 **Lebenslanges Flügelheben**

116 Gerade in Zeiten der rasenden Entwicklungen, von künstlicher Intelligenz über  
117 neue Soft- und Hardwarelösungen, ist es nicht selbstverständlich immer am Ball  
118 zu bleiben. Daher fordern wir eine Ausweitung der Absatzbeträge für persönliche  
119 wie berufliche Fortbildung, sowie den unbürokratischen Zugang zu Einzelmodulen  
120 an den neu geschaffenen Berufsakademien.

### 121 **Demokratie und Justiz**

122 Die liberale Demokratie auf den Standpfeilern der Gewaltentrennung, mit einem  
123 selbstbewussten Parlament, einer effektiven Exekutive und einer unabhängigen  
124 Justiz, gewährleisten Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Rechtssicherheit.  
125 Eine effektive Gewaltenteilung erfordert starke Institutionen und klare  
126 Kompetenzverteilungen in Österreich. Hier wollen wir nachschärfen. Der Staat und

127 die Politik sollen dabei immer den Bürgern dienen und nicht umgekehrt. Um dies  
128 zu garantieren und insbesondere eine sinnvolle Verwendung von Steuermitteln  
129 sicherzustellen, fordern wir eine Verschlankung der Verwaltung und ein  
130 Maßnahmenpaket für eine saubere Politik.

### 131 **Der Souverän ist das Volk**

132 Um die Menschen in Österreich zu ermächtigen und von den übermächtigen  
133 politischen Strukturen zu befreien, braucht es eine echte Demokratie- und  
134 Föderalismusreform. Durch einen Ausbau von direktdemokratischen Abstimmungen  
135 sollen Bürger ermächtigt werden, stärker selbst an der politischen  
136 Entscheidungsfindung teilzunehmen – die Schweiz macht es vor.

137 Um politischem Stillstand vorzubeugen, müssen Doppelgleisigkeiten durch eine  
138 klare Aufteilung der Kompetenzen zwischen den Ebenen Bund, Land und Gemeinde  
139 reduziert werden. Gemeinden sollen dabei stark aufgewertet werden, befinden sie  
140 sich immerhin am nächsten an der Lebensrealität der Menschen. Zur Steigerung der  
141 Effizienz in der Verwaltung sollen die Gemeinden aber durch Zusammenlegungen  
142 eine gewisse Mindestgröße haben. So sollen die Bundesländer langfristig als  
143 reine Verwaltungseinheiten fungieren. Der Bundesrat soll außerdem zugunsten  
144 eines starken Einkammerparlaments abgeschafft werden.

### 145 **Saubere Politik**

146 Der Staat dient den Bürgern – doch allzu oft sind diese Bittsteller von Politik  
147 und Verwaltung. Um ein Handeln im Sinne der Bürger sicherzustellen, soll daher  
148 jeder ein Recht auf Auskunft über die Tätigkeiten aller Behörden und politischen  
149 Institutionen haben. Zusätzlich sollen alle öffentlichen Träger die Herkunft  
150 sowie Verwendung ihrer Mittel transparent offenlegen.

151 Bei öffentlichen Förderungen sollen stets transparente und nachvollziehbare  
152 Vergabeverfahren gelten und auch bei der Ausschreibung und Besetzung von  
153 öffentlichen Stellen Transparenz und Objektivität gewahrt werden. Um zu  
154 garantieren, dass die bestqualifizierten Personen bei der Postenbesetzung zum  
155 Zug kommen, soll eine Anpassung der Auswahlverfahren nach europäischem Vorbild  
156 erfolgen, dabei sollen bei Spitzenfunktionen verpflichtende öffentliche Hearings  
157 stattfinden. Seilschaften müssen schonungslos offengelegt werden, widrigenfalls  
158 kann der Auftrag oder die Besetzung nachträglich annulliert werden.

159 Politiker gestalten unser Land in Vertretung für alle Bürger, daher sollten für  
160 sie besonders hohe Standards gelten. Diese sollen in einem Code of Conduct  
161 abgebildet sein, den Politiker mit ihrer Angelobung unterzeichnen müssen. Dieser

162 soll unter anderem die Offenlegung von Interessenskonflikten sowie der  
163 wahrgenommenen Stakeholder- und Lobbyistentreffen in ein öffentlich einsehbares  
164 Register beinhalten. Wenn politische Entscheidungsträger im Rahmen ihrer  
165 Funktion nachweislich rechtswidrig und schuldhaft gehandelt haben, soll eine  
166 zivilrechtliche Politikerhaftung greifen, etwaige Bußgelder fließen dem  
167 Staatsbudget zu.

168 Um der Korruption in Österreich keine Chance zu geben, soll die Wirtschafts- und  
169 Korruptionsstaatsanwaltschaft zusätzliche Planstellen erhalten. Hierbei ist  
170 darauf zu achten, dass kompetente und politisch unabhängige Personen zum Zug  
171 kommen.

## 172 **Medien - Die vierte Gewalt**

173 Eine freie, unabhängige, plurale und sachorientierte Medienlandschaft ist eine  
174 tragende Säule der liberalen Demokratie, diese zu gewährleisten sohin primäre  
175 Aufgabe des Staates. Die in Österreich etablierte Abhängigkeit der Medien von  
176 Inseraten und anderen Förderungen von politischen Akteuren muss abgeschafft  
177 werden.

178 Der ORF soll sich im Sinne der Medienvielfalt auf seinen öffentlich-rechtlichen  
179 Auftrag beschränken und insbesondere auf Information, Bildung, Politik und  
180 Wissenschaft fokussieren. Hier ist ein hoher Standard an Objektivität und  
181 Meinungsvielfalt geboten. Hierfür soll der ORF, konkret der Stiftungsrat sowie  
182 der Publikumsrat, entpolitisiert werden. Dies soll mit einem neuen  
183 Nominierungsschlüssel und Auswahlverfahren gewährleistet werden, welche den  
184 Einfluss der Regierung im Bezug auf die Bestellung sowie die Abberufung  
185 einschränken und mehr auf die Kompetenz der Räte abzielen.  
186 Unterhaltungsprogramme sollen einzig den privaten Anbietern obliegen, die mit  
187 den so erzielten Gewinnen wieder Informations- und Nachrichtenformate  
188 finanzieren können. Zu diesem Zweck kann der ORF Unterhaltungsprogramme wie Ö3  
189 privat ausgliedern. Ein wichtiger Beitrag zu mehr Medienvielfalt.

## 190 **Justiz und Recht**

191 Die Unabhängigkeit der Justiz gewährleistet, dass niemand über dem Gesetz steht,  
192 auch nicht die Politik – sie schützt so die individuellen Rechte und Freiheiten  
193 der Bürger und sorgt für faire und gerechte Verfahren. Um diese Unabhängigkeit  
194 funktionell zu stärken, soll die Weisungsspitze der Staatsanwaltschaft dem  
195 Justizministerium entzogen und einem unabhängigen Bundesstaatsanwalt übertragen  
196 werden. Der Bundesstaatsanwalt soll auf Basis eines Dreivorschlags einer mit  
197 Experten aus der Justiz besetzten Personalkommission durch den Nationalrat im

198 Wege einer 2/3-Mehrheit ernannt werden. Seine Funktionsperiode beträgt 6 Jahre,  
199 eine Wiederwahl ist unzulässig. Der Bundesstaatsanwalt ist hinsichtlich der  
200 Verantwortlichkeit den Mitgliedern der Bundesregierung gleichgestellt.

201 Für ein faires Justizsystem ist der Zugang zum Recht essenziell. Hürden in Form  
202 hoher Gerichtsgebühren sollten dementsprechend abgeschafft werden. Die  
203 Verteidigung des eigenen Rechts in einem Strafverfahren darf außerdem nicht zur  
204 Strafe werden – nach einem Freispruch soll eine volle Entschädigung zustehen. Um  
205 auch die Rechtsvertretung leistbarer zu machen, soll das Verbot der quota litis  
206 für Anwälte abgeschafft werden. Zuletzt sind im Sinne der Rechtssicherheit  
207 außerdem die Rechtsgeschäftsgebühren ersatzlos zu streichen.

## 208 **Verwaltung und Digitalisierung**

209 Die österreichische Verwaltung ist träge und ineffizient, einzelne Behördengänge  
210 oft komplexer als eine Uniprüfung. Die Verwaltung soll daher radikal verschlankt  
211 und bürokratische Prozesse stark vereinfacht werden.

212 Gebühren für grundlegende Services wie Strafregisterauszüge stellen nicht nur  
213 einen unnötigen Verwaltungsaufwand dar, sondern sind auch ein Affront gegenüber  
214 allen Steuerzahlern, und sollen daher abgeschafft werden. Außerdem sollen in der  
215 Verwaltung moderne Kommunikationswege Einzug finden, das Fax hat seinen Zenit  
216 längst überschritten. Um Österreich für internationale Fachkräfte attraktiver zu  
217 machen, soll Englisch als zusätzliche Amtssprache eingeführt werden.

218 Ganz im Sinne einer schlanken Verwaltung sollen alle Behördengänge unkompliziert  
219 digital möglich gemacht werden. Egal ob jemand einen Reisepass beantragen oder  
220 ein Unternehmen gründen möchte, all dies soll mittels weniger Schritte online  
221 durchführbar sein. Um eine effektive Verkleinerung des öffentlichen  
222 Verwaltungssektors zu erreichen, soll der breite Einsatz von Künstlicher  
223 Intelligenz ein integraler Bestandteil werden. Insbesondere repetitive Aufgaben,  
224 wie die Dokumentenverwaltung oder die Formularverarbeitung, sollen automatisiert  
225 werden, um Arbeitsprozesse zu unterstützen, sowie den Abbau von Stellen zu  
226 ermöglichen. Im Bereich Wahlen kann Estland als Vorbild dienen. In einem ersten  
227 Schritt soll die online Teilnahmemöglichkeit bei der Wahl von  
228 Interessenvertretungen, insbesondere der Arbeits- und Wirtschaftskammer,  
229 eingeführt werden.

## 230 **Schutz der Privatsphäre**

231 Wir verstehen Privatsphäre als essenziellen Bestandteil von Freiheit und nicht  
232 verhandelbares Bürgerrecht. Es geht den Staat nichts an, wo man seinen

233 Wocheneinkauf tätigt, welche Nachrichten man schreibt und mit wem man seine  
234 Freizeit verbringt.

235 Die zunehmende Massenüberwachung im öffentlichen und privaten Raum lehnen wir  
236 daher entschieden ab. Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung, die  
237 Klarnamenpflicht oder die viel diskutierte Chatkontrolle schießen weit über das  
238 Ziel hinaus und sind im Hinblick auf die persönliche Freiheit nicht  
239 rechtfertigbar. Wir bekennen uns zu einem starken Datenschutz.

## 240 **Generationengerechter Umgang mit Steuergeld**

241 Österreich hat in den letzten Jahrzehnten einen gigantischen Schuldenberg  
242 angehäuft. Die Folgen dieser verschwenderischen Budgetpolitik hat die junge  
243 Generation zu stemmen. Um diesen Schuldenrucksack zu reduzieren, fordern wir die  
244 Einführung einer strengen Schuldenbremse im Verfassungsrang. Diese soll nicht  
245 nur die Staatsverschuldung begrenzen, sondern auch verbindliche Vorgaben zur  
246 Schuldenreduzierung enthalten. Das Haushaltsbudget soll jeweils über den  
247 Konjunkturzyklus zumindest ausgeglichen werden.

248 Hauptgrund für die hohe Verschuldung Österreichs sind die seit dem zweiten  
249 Weltkrieg stetig steigenden Staatsausgaben. Wir fordern daher die Einführung  
250 einer Ausgabenbremse im Verfassungsrang, die festlegen soll, dass das  
251 Ausgabenwachstum nicht die Inflation übersteigen darf, wenn die Verschuldung  
252 über 60 Prozent des jährlichen BIPs ausmacht. Außerdem soll das jährliche Budget  
253 des Bundes im Rahmen eines fünfjährigen Haushaltsplans erstellt werden, welches  
254 den einzelnen Ressorts maximale Ausgabensummen zuweist.

255 Die moderne Errungenschaft effektiver sozialer Sicherungsnetze muss anerkannt  
256 werden. Gleichzeitig ist aber die Pflicht jedes Mitglieds unserer Gesellschaft,  
257 diese nur in einem Ausmaß in Anspruch zu nehmen, die seiner unverschuldeten  
258 Notlage entspricht. Neben dieser Verpflichtung des Einzelnen gibt es auch eine  
259 Verpflichtung des Staats, seine eigentlichen Kernaufgaben der Aufrechterhaltung  
260 der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Verwaltung sowie wichtige  
261 Zukunftsinvestitionen nicht zugunsten erhöhter Sozialausgaben und Konsums in der  
262 Gegenwart zu vernachlässigen. Es soll daher ebenfalls im Verfassungsrang  
263 festgelegt werden, dass die gesamtstaatlichen Sozialausgaben 40 Prozent der  
264 staatlichen Ausgaben über einen Konjunkturzyklus nicht überschreiten dürfen,  
265 wobei es einen Konsultationsmechanismus mit Ländern und Gemeinden geben soll.

## 266 **Trennung von Kirche und Staat**

267 Eine aufgeklärte, freie Gesellschaft sichert eine klare Trennung von Kirche und

268 Staat. Die vielen Sonderrechte von Religionsgemeinschaften gegenüber anderen  
269 (weltanschaulichen) Organisationen widersprechen dieser Trennung. Sie stellen  
270 eine nicht nachvollziehbare Bevorzugung gegenüber säkularen Einrichtungen dar.  
271 Wieso sollte die Kirche gegenüber einem Museum bessergestellt sein? Um mit  
272 diesen Sonderprivilegien endgültig zu brechen, muss das Konkordat aufgekündigt  
273 werden.

274 Religion ist Privatsache und geht den Staat nichts an. Die Mitbetreuung von  
275 organisatorischen Prozessen von Religionsgemeinschaften durch Behörden ist  
276 genauso überholt wie die Erhebung von Daten zur Religionszugehörigkeit.  
277 Öffentliche Gebäude sollen als neutrale Orte keine religiösen Symbole zur Schau  
278 stellen. Konfessioneller Religionsunterricht darf an staatlichen Schulen nicht  
279 verpflichtend sein – an dessen Stelle soll ein Ethikunterricht treten, der nicht  
280 nur verschiedene weltanschauliche Zugänge thematisiert, sondern auch die Werte  
281 unserer Verfassung vermittelt. Feiertage mit religiösem Bezug sollen abgeschafft  
282 werden. Im Gegenzug sollen Arbeitnehmer Anspruch auf weitere Urlaubstage bzw.  
283 Schulen auf weitere schulautonome Tage bekommen.

284 Die Bedeutung der Extremismusprävention ist unbestreitbar. Eine  
285 widerstandsfähige Demokratie, die Extremismus bereits an der Wurzel bekämpft,  
286 ist entscheidend für den Erhalt der Freiheit. Alle, die in Österreich leben,  
287 müssen sich zum Völkerrecht und zu Menschenrechten bekennen. Wir verschließen  
288 die Augen nicht vor der Gefahr extremistischer Tendenzen, ganz gleich aus  
289 welcher Richtung diese kommen mögen, und geben der Wichtigkeit von  
290 Extremismusprävention einen hohen Stellenwert. Vor allem auch Jugendliche sind  
291 in besonderem Maße anfällig für die Vereinnahmung durch radikale, extremistische  
292 Ideologien, die für sie oft identitätsstiftend sind. Hier muss früh angesetzt  
293 und präventiv für Aufklärung, Beratung und Hilfe gesorgt werden.

## 294 **Selbstbestimmtes Leben**

295 Zu oft regiert in Österreich ein System paternalistischer Bevormundung, das die  
296 Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger zugunsten einer vermeintlich  
297 wohlgemeinten Bevormundungs- oder Sicherheitspolitik unterwandert. Schluss  
298 damit. Österreich soll ein Land der Entfaltung werden, in dem jeder frei in  
299 seinen Entscheidungen ist, offen seine Meinung sagen kann und nicht durch  
300 moralische Zwänge und Regeln eingeengt wird.

## 301 **Liberale Drogenpolitik**

302 Die Kriminalisierung von "weichen" Drogen verhindert deren Konsum nicht,  
303 verursacht aber sowohl für Konsumenten als auch für die Gesellschaft hohe

304 Kosten. So fördert die Kriminalisierung von häufig konsumierten Rauschmitteln  
305 nur den Umsatz von kriminellen Organisationen, ohne den Konsum dieser in der  
306 Bevölkerung nennenswert zu verringern. Ebenso birgt der unkontrollierte Absatz  
307 für Endverbraucher einige Risiken - wie etwa durch Verunreinigungen und Produkte  
308 von zweifelhafter Güte. Gleichermaßen stigmatisiert die Kriminalisierung  
309 Konsumenten und bindet Ressourcen in Justiz und Strafvollzug. Ein  
310 verantwortungsvoller Umgang mit Suchtmitteln kann nicht ausschließlich durch  
311 Verbote geschaffen werden, sondern vor allem durch aktive Bewusstseinsbildung.

312 Wir fordern daher die kontrollierte Freigabe "weicher Drogen", wie etwa  
313 Cannabis, Halluzinogene oder MDMA. Die durch Besteuerung dieser Substanzen neu  
314 gewonnenen bzw. durch ein Einstellen der exzessiven Strafverfolgung  
315 freigewordenen Mittel sollen für Aufklärungs- und Präventionsarbeit über die  
316 Gefahren des Drogenkonsums eingesetzt werden. Insbesondere soll in Österreich  
317 die kontrollierte Freigabe von Cannabis umgesetzt und der gewerbliche Verkauf  
318 von Snus erlaubt werden. Darüber hinaus soll der Besitz von Substanzen des  
319 Suchtmittelgesetzes für den persönlichen Gebrauch entkriminalisiert werden.

### 320 **Öffnungszeiten und Sperrzeiten frei von Biedermeier-** 321 **Sentimenten**

322 Während im Süden wie im Norden, in Italien wie Schweden, der Einzelhandel länger  
323 und auch sonntags offen hat, bleibt dies in Österreich großteils verboten. Diese  
324 Regel geht völlig an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei. Wir setzen uns  
325 daher für eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ein, sodass der Handel  
326 auch an Sonn- und Feiertagen, sowie rund um die Uhr, aufsperrbar darf.  
327 Insbesondere in Zeiten des Onlinehandels soll durch diese Lockerung ein massiver  
328 Wettbewerbsnachteil für heimische Betriebe abgebaut werden.

329 Auch die frühe Sperrstunde in der Gastronomie schränkt die Lebensqualität  
330 insbesondere junger Leute stark ein, da das Nachtleben davon besonders betroffen  
331 ist. Wir fordern daher die Abschaffung der Sperrstunden für Gaststätten und die  
332 Einschränkung von Nachbarschaftsrechten wegen Lärmbelastung in belebten (Stadt-  
333 )Zentren. Wer in einen belebten Ort zieht, sollte sich nachher nicht über Lärm  
334 und Trubel beschweren.

### 335 **Freie Fahrt für freie Bürger**

336 Insbesondere für die Jugend ist Mobilität der Schlüssel zur Freiheit. Deshalb  
337 fordern wir einerseits einen massiv beschleunigten und sinnvollen Öffi-Ausbau in  
338 allen Regionen des Landes, sehen aber andererseits einen völligen Abgang vom  
339 Individualverkehr als unrealistisch. Insbesondere in ländlichen Regionen wird



340 man weiterhin auf den Individualverkehr angewiesen sein.

341 Aktuell bedarf es dazu aber meist eines Führerscheins. Die Kosten für einen  
342 solchen steigen aber immer weiter und sind vielen Jugendlichen schier zu teuer.  
343 Kein Wunder, wenn man sich die Regulierungen im Fahrschulbereich anschaut. So  
344 erfordert die Neueröffnung einer Fahrschule unter anderem langwierige  
345 Berufserfahrung in einer anderen Fahrschule, die wiederum kein Interesse an  
346 potenzieller Konkurrenz haben. Die wenigen existierenden Fahrschulen können sich  
347 den Markt so richten wie es ihnen passt. Das Führerschein- und Fahrschulwesen  
348 ist grundlegend zu reformieren.

### 349 **Eine Sportdefinition, die dem 21. Jahrhundert gerecht wird**

350 In Österreich entscheidet der Staat, welche Aktivitäten als Sport anzuerkennen  
351 sind. Während dies auf den ersten Blick nicht weiter relevant erscheint,  
352 schließen sich an die gewählte Sportdefinition eine Reihe an Privilegien, von  
353 Steuervorteilen bis zu Förderungen.

354 Um den Realitäten des 21. Jahrhundert und der fortschreitenden Digitalisierung  
355 gerecht zu werden, muss die Sportdefinition dringend geupdatet werden. E-Sport  
356 soll in Österreich endlich als offizielle Sportart anerkannt werden. Die stark  
357 kompetitive Szene ist geprägt von großen Turnieren, die mit herkömmlichen  
358 Sportbewerben längst mithalten können. Da es eine große Zahl verschiedener E-  
359 Sport-Titel gibt, sollen bestimmte Indikatoren wie Wettbewerbsfähigkeit,  
360 taktisches Geschick oder Reaktionsgeschwindigkeit festgelegt werden, anhand  
361 derer die Einstufung einzelner Titel als gemeinnütziger Sport vorgenommen werden  
362 kann. Dadurch kann auch besser auf Doping geachtet werden, da E-Sport-Verbände  
363 die Möglichkeit bekommen würden Partner der NADA (WADA) zu werden.

### 364 **Füreinander Verantwortung übernehmen**

365 Familie heißt für das Leben anderer Menschen Verantwortung zu übernehmen. Das  
366 derzeit vom Staat vorgegebene Familienbild beschneidet viele Menschen in ihrer  
367 Freiheit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Wir fordern daher einen  
368 einheitlichen rechtlichen Rahmen für eine Gemeinschaft selbstbestimmt lebender,  
369 erwachsener Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, inklusive aller  
370 damit einhergehender Rechte und Pflichten: die liberale  
371 Verantwortungsgemeinschaft.

372 Diese soll unabhängig von einer sexuellen oder romantischen Beziehung zueinander  
373 zwischen zwei oder mehreren Menschen geschlossen werden können. Unabhängig von  
374 biologischer Abstammung soll auch die Begründung des Eltern-Kind-Verhältnisses

375 in der Verantwortungsgemeinschaft durch Adoption möglich sein. Sie bietet somit  
376 sowohl Familien zweier Menschen mit Kindern als auch anderen Gemeinschaften  
377 mehrerer erwachsener Menschen einen abgesicherten Rahmen Verantwortung zu  
378 übernehmen. Einschränkend zu erwähnen sei hier, dass an allererster Stelle das  
379 Kindeswohl steht.

### 380 **Legalisierung der Leihmutterschaft**

381 In unserer Gesellschaft gibt es zahlreiche Menschen, die nicht in der Lage sind,  
382 auf natürliche Weise ein Kind zu bekommen. Dennoch sind viele von ihnen bereit,  
383 Verantwortung für die Erziehung eines Kindes zu übernehmen und hegen den Wunsch,  
384 ein biologisches Kind zu haben. Bedauerlicherweise bleibt dieser Traum meist  
385 unerfüllt.

386 Aus diesem Grund soll die Möglichkeit der Leihmutterschaft geschaffen werden.  
387 Bei der Leihmutterschaft trägt eine Frau ein Kind aus, mit dem sie genetisch  
388 nicht verwandt ist und daher auch rechtlich nicht als Elternteil des Kindes  
389 gilt. Nach Geburt wird die Erziehung daher an die biologischen Eltern übergeben.  
390 Damit gibt sie anderen Personen die Chance, den Traum der (biologischen)  
391 Elternschaft zu verwirklichen.

### 392 **Sichere Schwangerschaftsabbrüche**

393 Schwangerschaften sind nicht immer geplant, und es kommt vor, dass Schwangere,  
394 beispielsweise aufgrund ihrer Lebensumstände, nicht den Wunsch oder die Kraft  
395 haben, ein Kind zu bekommen. Wir erkennen daher an, dass es wichtig ist, dass es  
396 in Österreich die legale Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs gibt.

397 Dafür muss auch ein entsprechendes Angebot zur Verfügung stehen. Fortan sollen  
398 daher in allen Landeskrankenhäusern, die über eine Gebärstation verfügen,  
399 Schwangerschaftsabbrüche möglich sein. Dennoch soll jeder Arzt die Möglichkeit  
400 haben, die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs aus ethischen Gründen  
401 abzulehnen, sofern das Leben der Schwangeren durch die Schwangerschaft nicht  
402 gefährdet wird.

### 403 **Leistung vor Quote**

404 Letztlich ist auch festzuhalten, was den Idealen eines liberalen,  
405 selbstbestimmten Lebens widerspricht. Im Rahmen aktueller Diskussion ist  
406 insbesondere hervorzuheben, dass Quoten unsere Idealen diametral gegenüberstehen  
407 – Leistung und Kompetenz sollen zählen, niemand soll auf sein Geschlecht, die  
408 ethnische Zugehörigkeit oder vergleichbare Merkmale reduziert werden.

## 409 **Freiheit durch Gleichberechtigung**

410 Das staatliche Karenzmodell sollte das Prinzip einer gleichberechtigten  
411 Familienverantwortung und bestmöglichen frühkindlichen Bildung fördern. Aus  
412 diesem Grund soll der Anspruch auf Karenzzeit individualisiert werden, sodass  
413 jedem Sorgeberechtigten sechs Monate zustehen, die nicht übertragbar sind. Diese  
414 Karenzzeit kann innerhalb der ersten 14 Monate nach der Geburt angetreten  
415 werden.

## 416 **Meinungsfreiheit hochhalten**

417 Der politische Diskurs ist geprägt von Meinungsblasen, einer Unfähigkeit andere  
418 Argumente gelten zu lassen und einer fortschreitenden Polarisierung. Das Letzte,  
419 was Österreich braucht, ist ein Überschwappen amerikanischer No-Platform-  
420 Bewegungen. Eine Gesellschaft, in der eine kleine, laute Gruppe die bestehenden  
421 Meinungen in gut und böse, moralisch und amoralisch aufteilt, bietet den besten  
422 Nährboden für die Extreme. Solchen Tendenzen ist entschieden entgegenzutreten.  
423 Wer nicht frei sprechen darf, wird mit der Zeit auch nicht mehr frei denken  
424 können.

## 425 **Die Grenzen des Strafrechts**

426 Leitendes Prinzip liberaler Politik ist die größtmögliche Freiheit des Einzelnen  
427 – das Strafrecht sollte geleitet von diesem Prinzip rein dem Schutz vor  
428 widerrechtlichen Eingriffen durch andere dienen. Verbrechen ohne Opfer sind von  
429 diesem Standpunkt aus nicht im Strafrecht abbildbar. Zudem ist in Österreich das  
430 Gleichgewicht zwischen persönlichen Freiheitsrechten wie der Meinungsfreiheit  
431 und dem Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit derzeit stark zu  
432 Lasten der Freiheit ausgerichtet. Wir fordern daher eine Reform des Strafrechts  
433 und die Abschaffung überbordender Tatbestände wie „Beleidigung“ und  
434 „Herabwürdigung religiöser Lehren“.

## 435 **Wirtschaft und Arbeit**

436 Ein liberales Wirtschaftssystem, gründend auf Eigentums- und Vertragsfreiheit,  
437 stellt den Dreh- und Angelpunkt eines funktionierenden Gesellschaftssystems dar,  
438 das steigenden Wohlstand, Arbeitsplätze und Selbstverwirklichung für alle  
439 Menschen ermöglicht. Insbesondere junge Menschen wollen anpacken und etwas  
440 erreichen – wir müssen dafür sorgen, dass ihnen dabei keine Steine in den Weg  
441 gelegt werden.

## 442 **Freies Unternehmertum statt Überregulierung**

443 Nicht der Staat schafft und sichert den Wohlstand in Österreich, sondern unsere  
444 (Klein- und Mittel) Unternehmer. Diese schaffen Arbeitsplätze und produzieren  
445 die benötigten Güter bzw. bieten entsprechende Dienstleistungen an. Sie sind, in  
446 anderen Worten, die Experten im Bereich Wirtschaft. In diesem Sinne muss sich  
447 die staatliche Regulierung darauf beschränken, Mindeststandards für den Schutz  
448 von Arbeitnehmern und Konsumenten zu garantieren. Um der Überregulierung in  
449 Österreich Einhalt zu gebieten, soll der Gesetzgeber kurz- bis mittelfristig für  
450 jede neue Regulierung, die Unternehmen betrifft, zwei Regulierungen außer Kraft  
451 setzen. Richtschnur soll hierbei sein, dass jeder Euro an Mehrkosten durch den  
452 doppelten Betrag an Erleichterungen kompensiert wird.

453 Um innovatives Unternehmertum nicht weiter zu behindern, soll auch eine  
454 komplette Neuorganisation der Gewerbeordnung erfolgen, sodass nur noch Gewerbe  
455 reguliert werden, die Leib und Leben unmittelbar bedrohen. Ebenso sind  
456 staatlicher Gebietsschutz und die Beschränkung der Öffnungszeiten veraltet und  
457 gehören abgeschafft.

## 458 **Startups und Innovation**

459 Neugründungen und Startups sind entscheidend für die Förderung von Innovation,  
460 machen die Wirtschaft diverser und widerstandsfähiger und tragen maßgeblich zur  
461 Gestaltung der Zukunft bei. Wer heute ein Unternehmen gründen will, stößt  
462 allerdings auf viele unnötige bürokratische und finanzielle Hürden. Daher  
463 braucht es eine Vereinfachung und Verbilligung von Gründungsprozessen - die  
464 Gründung einer Gesellschaft soll ohne hohe Kosten und formale Erschwernisse  
465 innerhalb von 24 Stunden möglich sein. Zudem sollen die Kammerbeiträge im  
466 Gründungsjahr entfallen und, sollte ein Unternehmen im ersten Jahr bereits  
467 Personal beschäftigen, sämtliche Lohnnebenkosten für die ersten drei Mitarbeiter  
468 eines Unternehmens im ersten Jahr ausgesetzt werden.

469 Es soll außerdem ein teilprivatisierter Gründungsfonds geschaffen werden, der  
470 schnell und unbürokratisch Gründungskredite an junge Unternehmer vergibt.  
471 Investitionen in den Fonds sollen KEST-befreit geleistet werden können. Der  
472 Fonds kann so als Risikokapitalgeber fungieren und innovative Startups  
473 unterstützen, die zwar vielversprechende Ideen haben, jedoch nicht über  
474 ausreichende Sicherheiten verfügen, um herkömmliche Bankkredite zu erhalten.

475 Die Einführung einer Austria Limited als Gesellschaftsform soll jungen  
476 Unternehmern die Gründung einer Kapitalgesellschaft erleichtern. Die Austria  
477 Limited verfügt über Rechtspersönlichkeit und bietet die typische beschränkte  
478 Haftung. Die Mindesteinlage der Limited soll bei 1 € statt wie bisher 35.000 €  
479 bei einer GmbH liegen. Um den Wettbewerb nicht zu verzerren, können nur  
480 natürliche Personen Inhaber sein. Wenn die Austria Limited einen Umsatz von 1

481 Mio. € oder zweimal hintereinander 700.000 € erreicht, wird sie automatisch in  
482 eine GmbH umgewandelt. Der noch ausstehende Betrag für die Mindesteinlage einer  
483 GmbH muss zu diesem Zeitpunkt aufgezahlt bzw. eingebracht und von der Steuer  
484 befreit werden.

485 Um Österreich auch als internationalen Start-Up Hotspot etablieren zu können,  
486 sollen durch eine europäische e-Residency nach estnischem Vorbild auch Personen  
487 aus Drittstaaten an der österreichischen Wirtschaft teilnehmen und Unternehmen  
488 gründen können.

### 489 **Tschüss Kammerstaat**

490 Interessenvertretungen spielen zweifellos eine entscheidende Rolle bei der  
491 Koordination von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Die stärksten  
492 Interessenvertretungen, wie in Österreich die Gewerkschaften, leben aber von  
493 einer freiwilligen Mitgliedschaft. Denn nur so ist eine Interessenvertretung  
494 gezwungen für ihre Mitglieder effektiv zu arbeiten und kann sich nicht auf einem  
495 immerwährenden Geldfluss ihrer Zwangsbeiträge ausruhen. Daher sollen die  
496 bestehenden Zwangsmitgliedschaften abgeschafft werden. Bis zur Einführung der  
497 freiwilligen Mitgliedschaft, die dann auch kompetitivere Beitragshöhen mit sich  
498 bringt, sollen die verpflichtenden Umlagen der Kammern drastisch gesenkt werden.  
499 Darüber hinaus sind in der österreichischen Verfassung verankerte Kammern nicht  
500 notwendig, da freiwillige Interessenvertretungen ausreichend Möglichkeiten  
501 bieten, sich vertreten zu lassen.

### 502 **Weniger Steuern, mehr Freiheit**

503 Die Steuerlast in Österreich ist im internationalen Vergleich erdrückend hoch,  
504 wodurch für viele Bürger das Leben kaum noch leistbar ist. Ein gerechtes  
505 Steuersystem entlastet nicht nur den Faktor Arbeit, sondern minimiert auch die  
506 Verwaltungskosten und streicht Ausnahmeregelungen einzelner einflussreicher  
507 Interessensgruppen. Durch Simplizität und Effizienz kann das Steuersystem  
508 gerecht und transparent gestaltet werden.

509 Die Einkommensteuer soll radikal auf einen einheitlichen Steuersatz von 25%  
510 gesenkt werden. Der Freibetrag soll dabei der Armutsgrenze entsprechen und  
511 jährlich angepasst werden, wodurch sich eine indirekte Progression im Steuersatz  
512 ergibt, da der Grenz- und Durchschnittssteuersatz mit zunehmendem Einkommen  
513 ansteigen. Auch das Einkommen von Körperschaften soll einheitlich mit 25%  
514 besteuert werden.

515 Generell befürworten wir eine Senkung der Steuerlast und setzen uns gegen die

516 Einführung neuer Steuern ein. Bagatellsteuern wie die Biersteuer, die nur einen  
517 marginalen Teil der gesamten Steuereinnahmen ausmachen, sollen abgeschafft  
518 werden. Eine neue Substanzsteuer auf Vermögen lehnen wir als groben Eingriff in  
519 das Recht auf Eigentum und zwangsläufig auch in das Recht auf Privatsphäre  
520 entschieden ab.

521 Um eine nachhaltige Verringerung der Steuer- und Abgabenlast zu erwirken, soll  
522 eine Steuer- und Abgabengrenze im Verfassungsrang eingeführt werden.  
523 Budgetentwürfe des Bundes sollen dabei nicht so ausgestaltet werden dürfen, dass  
524 sie zu einer Steuer- und Abgabenbelastung führen, die den Wert von 40 Prozent  
525 des BIPs übersteigt.

## 526 **Freie und flexible Arbeitswelt**

527 Überbordende staatliche, aber auch sozialpartnerschaftliche Interventionen und  
528 Erschwernisse zu Lasten der Freiheit der Arbeitnehmer schaden dem Arbeitsmarkt.  
529 Der Staat soll auch hier lediglich Mindeststandards zum Schutz von Leib und  
530 Leben festschreiben. Arbeitsrechtliche Vorschriften müssen dringend  
531 entbürokratisiert werden, sodass es für Unternehmen leichter wird neue  
532 Arbeitskräfte einzustellen.

533 Wir sind entschieden gegen gesetzliche Mindestlöhne. Solche Vorschriften schaden  
534 dem Standort Österreich und bringen das Gleichgewicht zwischen Entlohnung und  
535 Produktivität aus dem Lot. Ebenso lehnen wir wirtschaftsschädigende Maßnahmen  
536 wie eine gesetzlich vorgeschriebene 32-Stunden-Woche ab. Vereinbarungen sollen  
537 zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf individueller oder betrieblicher Ebene  
538 getroffen werden – um dabei unterschiedliche Arbeits- und Lebensrealitäten  
539 abbilden zu können, soll es einen größtmöglichen gesetzlichen Spielraum geben.

540 Durch eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten sollen sowohl Arbeitnehmer als  
541 auch Arbeitgeber entlastet werden. Das erleichtert es Unternehmen beispielsweise  
542 neue Mitarbeiter einzustellen und Arbeitnehmer profitieren von höheren  
543 Nettolöhnen. Unter anderem soll Arbeitnehmern durch die Zusammenlegung der  
544 staatlichen Krankenkassen und die Abschaffung der Pflichtversicherung mehr Geld  
545 übrigbleiben, das sie frei, aber verpflichtend, für ein Paket an sozialer  
546 Absicherung ihrer Wahl einsetzen können.

## 547 **Fachkräfte willkommen heißen**

548 Die österreichische Wirtschaft ist auf Fachkräfte angewiesen. Ein wichtiger  
549 Baustein, um den Fachkräftemangel zu lindern, ist eine sinnvolle Strategie für  
550 qualifizierte Zuwanderung. Wir sehen geordnete Zuwanderung als Chance, unserer

551 demographischen Entwicklung und dem derzeitigen Fachkräftemangel  
552 entgegenzutreten. Wir müssen das System bestehend aus quotenbasierten  
553 Aufenthaltstiteln, Saisonier-Kontingenten und reformbedürftiger Rot-Weiß Rot-  
554 Card, erneuern und auf ein Kriteriensystem nach dem Vorbild Kanadas auf  
555 europäischer Ebene hinarbeiten.

## 556 **Soziales und Gesundheit**

557 Die Freiheit des Einzelnen ist für uns das höchste Gut in einer Gesellschaft. Um  
558 diese Freiheit und Unabhängigkeit in allen Lebenslagen zu bewahren, braucht es  
559 ein staatliches Sozialsystem als Auffangnetz, das die Würde des Individuums auch  
560 in Zeiten von persönlichen Rückschlägen oder gesundheitlichen Notlagen schützt  
561 und stets ein Mindestmaß an Sicherheit garantiert.

## 562 **Liberales Bürgergeld - Eine radikale Neuordnung des** 563 **Sozialsystems**

564 Ein prägendes Leitmotiv unseres Weltbildes und Konsequenz jeder Freiheit bleibt  
565 die Eigenverantwortung. Wenn Bürger in Notlagen kommen, ist es jedoch Aufgabe  
566 der Gesellschaft, diesen Menschen die Hand zu reichen und ihnen wieder auf die  
567 Beine zu helfen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, soll ein liberales  
568 Bürgergeld eingeführt werden. Dieses tritt an die Stelle aller anderer  
569 Sozialleistungen und bündelt in einem übersichtlichen, effizienten und gerechten  
570 System finanzielle Mittel des Lebensunterhaltes.

571 Das liberale Bürgergeld folgt dabei folgendem Modus: Zuerst wird ein  
572 Grundeinkommen festgelegt, dies stellt den Höchstbetrag dar, der ausgezahlt  
573 werden kann, und somit auch den Mindestbetrag, den ein Mensch in Österreich zum  
574 Leben hat. Das volle Grundeinkommen wird dann ausgezahlt, wenn ein Bürger gar  
575 keine Einkünfte erzielt. Sobald man aber ein Einkommen hat, wird das ausgezahlte  
576 Bürgergeld entsprechend dem gewählten Referenzsatz reduziert. Dieser  
577 Referenzsatz ist dabei jedenfalls unter 50% anzusetzen, sodass jeder selbständig  
578 verdiente Euro einen Zugewinn darstellt. Zur Illustration: Bei einem  
579 Referenzsatz von exakt 50% und einem Grundeinkommen von 1.000 € würde Peter ganz  
580 ohne selbständige Einkünfte exakt 1.000 € ausbezahlt bekommen, während Sandra  
581 mit selbständigen Einkünften in Höhe von 1.000 € exakt 1.500 € in der Tasche  
582 blieben. Die exakten Werte orientieren sich an Referenzbudgets, die unter  
583 Mitwirkung von Experten und Betroffenen erstellt und evaluiert werden.

584 Das liberale Bürgergeld bietet außerdem ein System beispielloser  
585 Übersichtlichkeit und Effizienz, das eine radikale Reduktion der  
586 Verwaltungskosten mit sich bringt. Durch die hohe Treffsicherheit und

587 Transparenz ist das liberale Bürgergeld das gerechteste und sozial  
588 verantwortlichste System, das gleichermaßen als Auffangnetz bei Notlagen  
589 bereitsteht, aber keinesfalls als dauerhafte Hängematte dient.

## 590 **Fördern und fordern**

591 Durch den ständig bestehenden Arbeitsanreiz, der dem liberalen Bürgergeld  
592 zugrunde liegt, werden Inaktivitätsfallen und damit einhergehende Abhängigkeiten  
593 verhindert und der Wiedereintritt in Eigenverantwortung und Autonomie gefördert.  
594 Als letzten Schritt sind Sanktionen bei Nicht-Aannahme einer zumutbaren  
595 Arbeitsstelle in Form von Kürzungen von Sach- und Geldleistungen vorgesehen.  
596 Arbeitssuchenden ist außerdem der Arbeitseintritt durch Hilfestellungen zur  
597 Weiterbildung zu erleichtern. Hierfür sollen Langzeitarbeitslosen spezielle  
598 Bildungsschecks zur Verfügung gestellt werden, die sie für eine Weiterbildung  
599 ihrer Wahl einsetzen können.

## 600 **Hochqualitative Gesundheitsversorgung durch eine** 601 **Versicherungspflicht**

602 Qualität, Effizienz und Innovation entstehen durch Wettbewerb. Das gilt auch, wo  
603 es um Leben und Tod geht. Deshalb wollen wir anstatt des derzeitigen Systems der  
604 staatlichen Pflichtversicherung eine Versicherungspflicht einführen. Die  
605 Versicherung muss dabei einen gesetzlich festgelegten Mindeststandard an  
606 Leistungen umfassen. Bürger haben dabei die Wahl zwischen diversen privaten und  
607 einem öffentlichen Anbieter.

608 Bei privaten Krankenversicherungen ist es essenziell, dem Versicherer ohne  
609 Vorbehalt vertrauen zu können. Daher muss eine hohe Risikoabsicherung und  
610 Eigenkapitalquote festgeschrieben werden. Auf Seite der Versicherungsnehmer kann  
611 und soll der Lebensstil die Versicherungsprämien beeinflussen. So könnten die  
612 Beiträge, wie beispielsweise in Deutschland Usus, sinken, wenn man mehrere  
613 Vorsorgeuntersuchungen absolviert.

614 Im öffentlichen Bereich erfordert der aktuell verantwortungslose Umgang mit  
615 öffentlichen Mitteln eine grundlegende Strukturbereinigung, wobei nicht bei den  
616 Patienten gespart werden darf. Deshalb wollen wir Schluss mit dem ineffizienten  
617 und viel zu teuren Versicherungssystem machen und fordern die sofortige  
618 Zusammenlegung aller Krankenkassen zu einer einzigen staatlichen Kasse.

619 Die Organisation der Kasse soll sich an internationalen Best-Practice-Beispielen  
620 orientieren, straff und effizient aufgebaut sein und sämtliche Partei- und  
621 Klientelpolitik außen vor lassen. Zu den Aufgaben dieser staatlichen



622 Krankenkasse sollen sowohl medizinische Grundversorgung, Prävention als auch  
623 Pflege zählen.

## 624 **Moderne Gesundheitsinfrastruktur**

625 In einem nationalen Gesundheitskonzept stammen Versorgung, Prävention, und  
626 Pflege aus einer Feder. So kann eine verbindliche Planung der öffentlichen  
627 Gesundheitsinfrastruktur auf Basis gesundheitspolitischer Kriterien und abseits  
628 von Prestigeüberlegungen gelingen. Dafür muss die Hoheit über die  
629 Spitalsinfrastruktur dem Bund übertragen werden.

630 Krankenhäuser und ihre Notaufnahmen müssen entlastet werden.  
631 Primärversorgungszentren, in denen mehrere Ärzte und weiteres medizinisches  
632 Personal arbeiten, sollen als erste Anlaufstelle für Patienten dienen. Nur bei  
633 Bedarf soll eine Zuweisung an Fachärzte innerhalb eines Versorgungszentrums oder  
634 an andere Gesundheitseinrichtungen erfolgen.

635 Zusätzlich muss die medizinische Ausbildung reformiert werden, hin zu mehr  
636 Praxisorientierung. Medizinisch-pflegerischem, -technischem oder pharmazeutischem  
637 Personal soll bei Erlangen der entsprechenden Fähigkeiten außerdem mehr  
638 medizinische Kompetenz eingeräumt werden. Dies gibt diesen Berufsständen  
639 Aufstiegsperspektiven, entlastet Ärzte in ihrer Arbeit und führt allgemein zu  
640 einem effizienteren Arbeitsablauf.

## 641 **Der mündige Patient**

642 Wir stellen die Mündigkeit des Patienten in den Mittelpunkt des  
643 Gesundheitssystems, da nur dieser volle Verantwortung für sich und seine  
644 Gesundheit tragen kann. Der mündige Patient gestaltet seinen Genesungsprozess  
645 aktiv mit. Er entscheidet, wenn möglich, nach Aufklärung und Beratung gemeinsam  
646 mit seinem Arzt über die anzuwendende Behandlung.

647 In der Konsequenz ist es auch Entscheidung des Einzelnen, seinem Leben ein Ende  
648 zu setzen, in Einklang mit den eigenen Vorstellungen von Lebensqualität und  
649 Sinnhaftigkeit. Dieser Akt autonomer Selbstbestimmung ist von Staat und  
650 Gesellschaft zu respektieren. Dafür soll und darf auch bei Dritten Hilfe gesucht  
651 und in Anspruch genommen werden. Im Rahmen des Gesundheitssystems, muss auch die  
652 aktive Sterbehilfe ermöglicht werden – inklusive des Zugangs zu entsprechenden  
653 Medikamenten.

## 654 **Pensionen und Kapitalvorsorge**

655 Der in Österreich beschworene Generationenvertrag ist gescheitert. Dies  
656 bestätigt ein Blick auf Österreichs Demographie. Es ist mathematisch  
657 ausgeschlossen, dass die geburtenschwachen Jahrgänge der jüngeren Zeit während  
658 ihrer Erwerbstätigkeit die Pensionszahlungen der Babyboomer finanzieren können.  
659 Das Pensionssystem wird von einer untätigen, wahlgetriebenen Politik gegen die  
660 Wand gefahren – zu Lasten der Jungen Generationen. Wir fordern daher einen  
661 Systemwechsel: Durch ein Beitragssystem sichert sich jeder Bürger durch seine  
662 Beiträge die eigene Altersvorsorge, durch eine Aktienpension wird ein Teil der  
663 allgemeinen Beiträge langfristig wertsteigernd veranlagt und durch zukunftsfitte  
664 Kapitalmarktmarktpolitik wird die private, individuelle Vorsorge erleichtert.

### 665 **Generationengerechtes Beitragssystem**

666 Eine echte Pensionsreform: weg vom demographisch unhaltbaren Umlageverfahren hin  
667 zu einem zukunftsfittem Beitragssystem. In diesem System hat jeder Bürger sein  
668 eigenes Pensionskonto, über dessen Status Quo regelmäßig Auskunft erteilt wird.  
669 Entsprechend der statistisch zu erwartenden Lebenserwartung werden dann auch die  
670 aktuell bestehenden Möglichkeiten von Pensionsauszahlungen angezeigt. Diese  
671 variieren, je nach gewünschtem Pensionseintritt, automatisch entsprechend der  
672 unterschiedlichen Laufzeit. Ein Regelpensionsalter existiert nicht. Die  
673 Inanspruchnahme der Pensionsauszahlungen kann erfolgen, sobald ein Mindestniveau  
674 an monatlicher Auszahlung (= Existenzminimum) erreicht wurde. Die Umsetzung  
675 dieser Reform der ersten Säule des Pensionssystems, ist natürlich nur  
676 stufenweise und zeitlich gestreckt möglich.

677 Sollten die eigenen Pensionsbeiträge keine ausreichende Altersvorsorge  
678 sicherstellen, greift auch bei den Pensionen das System des liberalen  
679 Bürgergeldes. So rentiert sich jeder für die eigene Pension eingezahlte Euro  
680 weiterhin, wobei gleichzeitig effektiv gegen Altersarmut geschützt wird.

681 Gleichzeitig muss sich Arbeit und Zuverdienst auch im Pensionsalter lohnen und  
682 erlaubt sein. Wir fordern daher, dass auf Wunsch vorerst auch nur eine  
683 Teilpension in Höhe von 25%, 50% oder 75% der monatlichen Pensionszahlungen  
684 konsumiert werden kann, wenn zum Beispiel noch einer geringen Erwerbstätigkeit  
685 nachgegangen wird. Die dadurch eingesparten Pensionszahlungen können dann später  
686 abgerufen werden.

### 687 **Aktienpension**

688 Unter den Überbegriff Aktienpension fallen pensionssichernde Lösungen, die auf  
689 dem Kapitalmarkt basieren. Wir fordern die Einführung eines Staatsfonds nach  
690 Vorbild Schwedens als Ergänzung der ersten Säule unseres Pensionssystems. Dieser

691 Fond soll mit mindestens einer Milliarde Euro gedeckt sein, die Betreuung soll  
692 ausgeschriben werden und im Resultat unabhängigen, professionellen  
693 Anlegeinstitutionen obliegen. Durch diesen Staatsfonds werden die in das  
694 aktuelle Umlagesystem oder das noch umzusetzende Beitragssystem eingezahlten  
695 Beiträge kapitalgedeckt veranlagt. Langfristig steigt somit das Volumen der  
696 Gelder in der ersten Säule.

697 Zusätzlich muss auch die individuelle Pensionsvorsorge gestärkt werden.  
698 Einerseits soll jeder Bürger einen Teil seines Einkommens zur Veranlagung  
699 steuerfrei in den neuen Staatsfonds einzahlen können, um so seine Pension zu  
700 stärken. Andererseits soll die betriebliche Zusatzvorsorge geöffnet werden,  
701 sodass Arbeitnehmer hier entsprechend ihren Bedürfnissen in eine Vorsorgekasse  
702 ihrer Wahl einzahlen können, um so unkompliziert und ohne Kosten vom  
703 Kapitalmarkt profitieren zu können.

#### 704 **Individuelle Kapitalvorsorge fördern**

705 Bis zu einer echten Pensionsreform bleibt die individuelle Kapital- und  
706 Altersvorsorge unerlässlich. Das absolute Mindestmaß an Verantwortung für die  
707 nächste Generation, das vom österreichischen Gesetzgeber zu erwarten ist, ist  
708 daher die Vereinfachung und Entlastung der individuellen Vorsorge.

709 Essenziell ist dafür die Wiedereinführung der Behaltefrist von einem Jahr, in  
710 der Form, wie sie bereits bis 2012 in Kraft war. So entfällt für private Anleger  
711 die KEST auf Kursgewinne für langfristig gehaltene Wertpapiere. Zusätzlich soll  
712 es vereinfacht werden, sein Aktiendepot umzuschichten. So senkt man die Hürden,  
713 die mit der Auswahl der Positionen eines Depots verbunden sind, indem spätere  
714 Korrekturen ohne anfallende Kosten oder Steuern durchgeführt werden können.

715 Die vor allem bei jungen Generationen beliebten Kryptowährungen sollen sich in  
716 Besteuerung und Handhabung nicht von anderen Wertaufbewahrungsmitteln wie Gold  
717 unterscheiden. Dies umschließt auch die Abschaffung der Verifizierungspflichten  
718 von Kryptowallets.

719 Letztlich soll der Zugang zum Finanzmarkt und das Wissen über Kapital- und  
720 Altersvorsorge nicht einer gutbürgerlichen Bildungselite vorbehalten sein. Daher  
721 muss jede österreichische Schulbildung Kompetenzen im Bereich Financial Literacy  
722 beinhalten, die primär von externen Experten und durch direkte praktische  
723 Erfahrung, beispielsweise über die Verwendung von Musterdepots, vermittelt  
724 werden sollen.

#### 725 **Notmaßnahmen**

726 Bis die nötige Pensionsreform endlich umgesetzt werden kann, müssen zusätzlich  
727 zu den oben beschriebenen Vereinfachungen der individuellen Kapitalvorsorge,  
728 mehrere Notmaßnahmen ergriffen werden. Ziel dieser ist die Abwendung einer  
729 völlig aus dem Ruder geratenen, finanziell nicht mehr stemmbaren Pensionspolitik  
730 zu mehr Kostenwahrheit im System.

731 Sämtliche Sonderregelungen und Pensionsprivilegien müssen sofort abgeschafft  
732 werden. Alle staatlichen Pensionen sind in das ASVG zu überführen. Pensionen  
733 über der ASVG-Höchst Pension sind nach Höhe der im Erwerbsleben tatsächlich  
734 geleisteten Beiträge zu kürzen, wobei die Kürzungen versicherungsmathematisch  
735 korrekt zu berechnen ist. Bei einem Pensionsantritt vor dem Referenzalter von  
736 derzeit 65 Jahren sind gleichermaßen Abschläge zu berechnen. Durch diese  
737 Maßnahmen muss sichergestellt werden, dass jedenfalls nicht noch mehr Geld aus  
738 dem Staatstopf in die Aufrechterhaltung unseres Pensionssystem fließt.

## 739 **Wohnen**

740 Wohnen stellt ein menschliches Grundbedürfnis dar. Jedem Bürger soll ein  
741 Wohnangebot nach seinen individuellen Bedürfnissen offenstehen. Der Zugang zu  
742 einer Mietwohnung darf dabei nicht von Alter, Glück oder Kontakten abhängen. Und  
743 auch der Traum vom Eigenheim muss in Österreich aus eigener Kraft realisierbar  
744 sein.

## 745 **Mietfreiheit statt Mietfallen**

746 Für ein Dach über dem Kopf sorgt der Zugang zu einem offenen Wohnungsmarkt mit  
747 einem ausgewogenen, vielfältigen Angebot. Ein solches Angebot kann aber nur dort  
748 entstehen, wo faire Verhältnisse zwischen Eigentümern und Mietern herrschen, die  
749 den Markt beleben und Wohnbau attraktiv machen.

750 Das in Österreich historisch gewachsene Mietrecht ist mittlerweile eines der  
751 europaweit restriktivsten. Während die in Kraft gesetzten Regelungen aus  
752 redlichen Motiven – dem Schutz der Mieter und insbesondere spezieller Gruppen  
753 von Mietern – entstanden sind, sind diese vielfach nicht mehr zeitgemäß und in  
754 ihrem Gesamtausmaß schädlich für den Wohnungsmarkt. So sprechen die Zahlen oft  
755 gegen Renovierungen oder Neubauten, und so verhindert der starke Bestandschutz  
756 für Altmietler eine effektive Allokation des Wohnungsangebots zu Lasten der  
757 jungen Generationen.

758 Das Mietrecht muss folglich dringend flexibilisiert und liberalisiert werden.  
759 Marktmechanismen dürfen nicht weiter durch überbordende Staatseingriffe  
760 ausgesetzt werden, insbesondere bei Altbauten im Vollenwendungsbereich des MRG.

761 Daher muss das Verhältnis Mieter – Vermieter neu geordnet werden: Insbesondere  
762 sollen Mietverträge im Sinne der Privatautonomie sowohl vom Mieter als auch vom  
763 Vermieter unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist gekündigt werden können. Da  
764 der Mieter von einer Kündigung üblicherweise stärker betroffen ist, sind gewisse  
765 Mieterschutzbestimmungen zu achten. Dazu gehören eine angemessene  
766 Kündigungsfrist und Rücksichtnahme auf besondere Schutzbedürftigkeit, wie bei  
767 Schwangerschaft, Behinderung oder hohem Alter. Auch die Möglichkeit in  
768 Altverträge eintreten zu können, muss auf Ausnahmesituationen beschränkt werden,  
769 um so das Phänomen des sogenannten „Mietadels“ zu unterbinden. Zudem sollen sich  
770 die Miethöhen grundsätzlich am Markt durch Angebot und Nachfrage bilden.

771 Diese Maßnahmen machen den privaten Wohnungsmarkt wesentlich attraktiver, was  
772 Investitionen begünstigt, Angebot schafft und schließlich die Preise auf  
773 angemessenem Niveau hält. Populistische Forderungen nach generellen  
774 Mietendeckeln, Leerstandsabgaben und Zweitwohnsitzabgaben lehnen wir ab. Diese  
775 schaffen keine einzige zusätzliche Wohnung, sondern verschärfen die bestehenden  
776 Probleme weiter.

#### 777 **Menschen statt Mauern fördern**

778 Personen mit einem geringen Einkommen, die marktübliche Mieten nicht aus eigener  
779 Kraft stemmen können, müssen durch die öffentliche Hand gestützt werden.  
780 Subjektförderungen, also finanzielle Beihilfen für Individuen in Einklang mit  
781 dem liberalen Bürgergeld, sind der richtige Weg, um soziale Härten abzufangen.  
782 Insbesondere die mangelnde Flexibilität und die fehlende soziale Treffsicherheit  
783 machen die Objektförderung zu einem oftmals untauglichen Mittel, um in Zukunft  
784 für leistbaren, attraktiven Wohnraum zu sorgen.

#### 785 **Günstige Mieten bauen**

786 Wir wollen Bauen günstiger machen. Durch die Vielzahl von Vorschriften entstehen  
787 massive Kosten. Unser Ziel ist es, kostenverursachende Normen und unnötige  
788 Vorschriften (z.B. überschießende Stellplatzverordnung) auf Bundes-, Landes- und  
789 vor allem Gemeindeebene zu verringern und zu vermeiden und den Entscheidern eine  
790 transparente Grundlage für ihr Handeln zur Verfügung zu stellen. Bei  
791 sicherheitsrelevanten Themen soll zukünftig ein strenges Haftungsrecht die  
792 überhandnehmenden Gebote und Verbote ablösen.

#### 793 **Das erste Eigenheim**

794 Der Traum von den eigenen vier Wänden muss Realität werden können. Um dies  
795 leichter zu verwirklichen, fordern wir einen Strauß an Maßnahmen, die den Kauf

796 einer neuen Immobilie vergünstigen. Insbesondere die Aussetzung der  
797 Grunderwerbsteuer beim Kauf der ersten Immobilie, sowie die Abschaffung der  
798 Grundbuchgebühren erachten wir als essenziell.

799 Zudem wollen wir Mietkauf-Modelle ausbauen. Bewohner von Gemeinde- oder  
800 Genossenschaftswohnungen sollen die Option erhalten, ihre derzeitigen  
801 Mietverträge in Mietkaufverträge umzuwandeln. Wir schlagen ein Flexi-Mietkauf-  
802 System vor, nach welcher der Betroffene während der Phase eines Mietkaufs seine  
803 Wohnung wechseln kann. Bisherige Zahlungen sollen für den Mietkauf der neuen  
804 Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung angerechnet werden.

### 805 **Sozial treffsicherer Wohnbau**

806 Der soziale Wohnbau soll in erster Linie jenen zugutekommen, die ihn wirklich  
807 benötigen. Sozialer Wohnbau hat aber nicht die Funktion über Steuermittel  
808 privilegiertes Wohnen zu ermöglichen. Deshalb fordern wir ein unbürokratisches  
809 Einkommensmonitoring, um die soziale Treffsicherheit zu erhöhen. Außerdem muss  
810 die Vergabe von „sozialen“ Wohnungen endlich transparent ablaufen. Es braucht  
811 objektive und transparente Kriterien, die die Lebensrealität von jungen Menschen  
812 berücksichtigen.

### 813 **Raumplanung - Neu bauen mit Plan**

814 Neubauprojekte sollen kosteneffizient und ökologisch sinnvoll gebündelt werden.  
815 Statt zersiedelten Gebieten, braucht es kompaktere Siedlungskerne. Um diese zu  
816 verwirklichen, fordern wir, dass die Flächenwidmungskompetenz den Gemeinden  
817 entzogen und auf eine überregionale Ebene übertragen wird.

818 Wir stehen zum Prinzip der qualitätvollen Innenverdichtung. Wohnraum muss  
819 wieder in die Höhe und nicht mehr in die Breite wachsen und dazu müssen  
820 Baurichtlinien gelockert werden. Die Verdichtung eines Siedlungskernes muss  
821 dabei einhergehen mit dem Ausbau von Infrastruktur, die nachhaltige Mobilität  
822 sicher ermöglicht und durch umfassende Begrünung im öffentlichen Raum begleitet  
823 werden.

824 Dafür soll die baulich schwierige und daher teure Bebauung von bereits  
825 versiegelten Flächen und das Füllen von innerörtlichen Lücken steuerlich  
826 begünstigt werden. Außerdem müssen baurechtliche Richtlinien vereinfacht werden,  
827 um die Sanierung von alten Gebäuden zu erleichtern und kostengünstigeres Bauen  
828 zu ermöglichen.

### 829 **Klima und Umwelt**

830 Der Schutz unseres Planeten ist die drängendste globale Herausforderung. Wir  
831 setzen uns für einen umweltbewussten Ansatz ein, der auf individuellen  
832 Freiheiten, wirtschaftlicher Entwicklung und verantwortungsvoller Nutzung  
833 unserer Ressourcen basiert. Dabei gehen Ökologie und Ökonomie Hand in Hand, denn  
834 nur, wenn es gelingt, Konsumbedürfnisse insbesondere im Energiebereich sicher,  
835 sauber und bezahlbar zu befriedigen, kann Umwelt- und Klimapolitik gelingen.  
836 Dafür müssen innovative Lösungen forciert und Marktmechanismen genutzt werden,  
837 um die Klimaziele unter Wahrung persönlicher wie wirtschaftlicher Freiheit zu  
838 erreichen.

### 839 **Lenkungseffekte nutzen**

840 Wir setzen auf einen marktwirtschaftlichen Ansatz, bei dem die Kosten von  
841 Klimabelastungen grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip verteilt werden.  
842 Dafür müssen klimaschädliche Externalitäten internalisiert und somit in die  
843 Preisbildung einbezogen werden. Unternehmer wie Individuen haben so direkte  
844 Anreize, auf umweltfreundliche Verhaltensweisen und Produkte zu setzen. Konkret  
845 soll daher in Kombination mit innovationsfördernden Maßnahmen ein EU-weiter CO<sub>2</sub>-  
846 Preis eingeführt werden.

847 Wir setzen uns außerdem für die Einführung von CO<sub>2</sub>-Zöllen ein, um internationale  
848 Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen. Durch diese kann  
849 sichergestellt werden, dass für Unternehmen aus Ländern mit strengeren  
850 Umweltauflagen kein Wettbewerbsnachteil entsteht.

851 Im Sinne der ökologischen Kostenwahrheit müssen außerdem sämtliche fossile  
852 Subventionen, wie etwa des Dieselprivilegs und der Pendlerpauschale gestoppt  
853 werden. Die Förderung von zusätzlicher Feinstaub- und CO<sub>2</sub>-Belastung steht in  
854 diametralem Widerspruch zu allen Bemühungen, die Folgen des Klimawandels  
855 einzudämmen.

### 856 **Energiestrategie für eine nachhaltige Zukunft**

857 Wir bekennen uns zu einer zukunftsorientierten Energiestrategie, die auf  
858 marktwirtschaftlichen Prinzipien, technologischer Innovation und individueller  
859 Entscheidungsfreiheit fußt. Unser Ziel ist es, eine nachhaltige und stabile  
860 Energieversorgung sicherzustellen, welche die Umwelt schont und unseren  
861 gesellschaftlichen Wohlstand sichert.

862 Wir setzen auf die Förderung von Forschung und Entwicklung, um innovative  
863 Technologien voranzutreiben. Für private Unternehmen, Startups sowie Hochschulen  
864 sollen Anreize geschaffen werden, um innovative Lösungen zu erarbeiten.

865 Insbesondere soll auch die Forschung im Bereich der Energiespeicherung gefördert  
866 werden, um beständige Lösungen für ein zuverlässiges Energiesystem zu  
867 entwickeln.

868 In vielen Bundesländern verhindern Zonierungsgesetze effektiv den Bau von  
869 Windkraftanlagen. Diese sollen angepasst und gelockert werden, sodass die  
870 Entwicklung erneuerbarer Windenergien vorangetrieben werden kann.

871 Wir befürworten eine diversifizierte Energieversorgung, die auf verschiedenen  
872 Energiequellen basiert, einschließlich erneuerbarer Energien wie Solarenergie,  
873 Windenergie, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. Zugleich unterstützen wir  
874 eine technologieoffene Debatte, um auch über die Nutzung von Kernenergie und  
875 sauberer fossiler Energien wie Erdgas sachlich zu diskutieren. Um den  
876 Energieverbrauch zu optimieren und Ressourcen zu schonen, setzen wir auf  
877 Effizienzmaßnahmen und intelligente Technologien.

#### 878 **Naturschutz durch Renaturierung**

879 Naturschutz durch Renaturierung von Ökosystemen ist von zentraler Bedeutung für  
880 den Erhalt der Biodiversität und die Wiederherstellung von natürlichen  
881 Lebensräumen. Dabei werden Ökosysteme, die durch menschliche Aktivitäten  
882 geschädigt wurden, durch gezielte Maßnahmen revitalisiert und in ihren  
883 natürlichen, funktionalen Zustand zurückgeführt. So können Feuchtgebiete  
884 wiederhergestellt, Waldgebiete aufgeforstet und Flussläufe sowie Uferzonen  
885 renaturiert werden. Ein weiterer entscheidender Aspekt der Renaturierung ist das  
886 Management invasiver Arten, um die heimische Flora und Fauna zu schützen.

#### 887 **Stärkung von Schutzgebieten und nachhaltigem Tourismus**

888 Eine effektive Verwaltung und Erweiterung von Schutzgebieten sind von  
889 entscheidender Bedeutung, um die natürliche Vielfalt zu schützen. Durch eine  
890 professionelle und gut koordinierte Verwaltung können Ökosysteme bewahrt,  
891 bedrohte Arten geschützt sowie der Erholungswert für Besucher gewährleistet  
892 werden.

893 Nachhaltiger Tourismus respektiert die ökologischen, sozialen und  
894 wirtschaftlichen Grenzen einer Destination. Dies bedeutet, Tourismus zu fördern,  
895 der lokale Gemeinschaften unterstützt, die Umwelt respektiert und den Besuchern  
896 ein authentisches Naturerlebnis bietet, ohne die Natur zu schädigen. Die  
897 Zusammenarbeit mit touristischen Unternehmen und Verbänden ist entscheidend, um  
898 nachhaltige Praktiken zu fördern. Anreize, Zertifizierungen und Schulungen  
899 können Anbieter motivieren, Umweltstandards einzuhalten.



## 900 **Nachhaltige Raumplanung und Infrastruktur**

901 Eine nachhaltige Raumplanung und Infrastruktur stellen den Schutz und die  
902 Wiederherstellung der Umwelt in den Mittelpunkt. Wir setzen auf eine moderne,  
903 innovative und effiziente Gestaltung des öffentlichen Raums, die im Einklang mit  
904 ökologischer Verantwortung steht und gleichzeitig individuelle Freiheiten  
905 respektiert. Hier ist insbesondere dem rasant fortschreitenden Flächenfraß  
906 Einhalt zu gebieten. Den Bundesländern sollen über den Finanzausgleich  
907 finanzielle Mittel gestrichen werden, wenn unverhältnismäßig viel Boden  
908 versiegelt wird.

909 Ein effektiver Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Radwege und Fußgängerzonen  
910 sollen eine umweltfreundliche Mobilität ermöglichen. Außerdem kann die Nutzung  
911 von Smart-City-Technologien und digitalen Lösungen die Ressourcennutzung  
912 optimieren und eine nachhaltige Raumentwicklung fördern.

## 913 **Außen- und Verteidigungspolitik**

914 Die aktuellen Zeiten sind geprägt von Unsicherheiten, die geopolitische  
915 Weltordnung ist im Wandel und es kommt vermehrt zu aggressiven Konfrontationen  
916 bis hin zu neuen Kriegen. Gerade jetzt sind stabile außenpolitische Bündnisse  
917 und Partner für Österreich sowie ein verteidigungsfähiges, gut ausgerüstetes  
918 Militär essenziell. Um unseren Wohlstand sowie unsere Verteidigung zu  
919 garantieren, braucht es gemeinsame europäische Lösungen.

## 920 **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

921 In außen- und sicherheitspolitischen Fragen soll die EU nicht widersprüchliche,  
922 nationalstaatliche Interessen verfolgen, sondern international geeint mit einer  
923 Stimme sprechen. Daher soll die Position des Hohen Vertreters für Außen- und  
924 Sicherheitspolitik zu einem echten EU-Außenminister aufgewertet werden und so  
925 die Frage „Who do I call if I want to call Europe?“ endgültig beantworten.

926 Der Europäische Auswärtige Dienst soll zudem gestärkt werden. Die Kompetenzen  
927 der Vertretungen der EU im Ausland sollen erweitert werden, um beispielsweise  
928 die gemeinsame Ausstellung von Visa durch „EU-Botschaften“ zu ermöglichen. Ein  
929 solches Modell der „Botschaft mit 27 Flaggen“ führt zu einheitlichen  
930 Vergabeprozess, ermöglicht Kosteneinsparungen und erlaubt eine vereinfachte  
931 Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten.

## 932 **Europäisches Berufsheer statt provinzieller Zwangsarmee**

933 Um die Wehrhaftigkeit unseres Staats zu garantieren, müssen wir die  
934 Landesverteidigung in die Hände von Profis geben und nicht in die von  
935 Maturanten. Die Wehrpflicht ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die freie  
936 Lebensgestaltung junger Männer. Ein Berufsheer ist längst überfällig und  
937 dringend nötig, um für die Herausforderungen der Moderne gewappnet zu sein. Auch  
938 die Anschaffung von modernem Equipment und Waffensystemen ist längst überfällig.  
939 Als staatliche Kernaufgabe muss die Finanzierung der Militärs daher endlich  
940 priorisiert werden.

941 Als überzeugte Europäer ist uns bewusst, dass nur ein geeintes und starkes  
942 Europa effektiv gegen Cyberkriegsführung, die Bedrohung kritischer Infrastruktur  
943 und Terrorismus vorgehen kann. Die Zusammenarbeit der europäischen  
944 Nachrichtendienste muss weiter verstärkt werden und auch der Schutz der  
945 kritischen Infrastruktur, insbesondere bei grenzüberschreitender Nutzung, in  
946 europäischer Zusammenarbeit erfolgen.

947 Langfristig sind wir außerdem für ein europäisches Militär, das die europäische  
948 Bevölkerung im Notfall effektiv verteidigen kann. Diese EU-Armee soll eng mit  
949 unseren Verbündeten zusammenarbeiten, um unser Lebensmodell der liberalen  
950 Demokratie bestmöglich zu verteidigen. Konsequenterweise soll daher die  
951 österreichische Neutralität mittelfristig abgeschafft werden. Kurzfristig muss  
952 zumindest die Beschaffung von Verteidigungsmitteln primär auf europäischer Ebene  
953 erfolgen.

#### 954 **Freihandel schafft Wohlstand**

955 Freihandel schafft Wohlstand und stiftet Frieden. Wir wollen Freihandel fördern  
956 und fordern, denn vom freien Handel zwischen Demokratien profitieren am Ende  
957 alle. Eine freie Marktwirtschaft zeichnet sich nicht nur durch den  
958 innerstaatlichen, sondern vor allem auch durch den internationalen Handel aus.  
959 Diese in den letzten zwei Jahrhunderten stattfindende Globalisierung ist die  
960 Grundlage unseres heutigen Wohlstands.

961 Wenige Länder haben vom freien Güter- und Personenverkehr des EU-Binnenmarktes  
962 so sehr profitiert wie Österreich. Wir wollen eine Ausweitung und Vertiefung des  
963 Binnenmarktes, um den Wohlstand auch zukünftig zu sichern und auszubauen.

964 Der europäische Binnenmarkt soll durch den Abschluss von Freihandelsabkommen  
965 profitieren. Durch Freihandelsabkommen genießen europäische Erzeugnisse einen  
966 größeren Absatzmarkt, während europäische Konsumenten mehr Wahlfreiheit in ihren  
967 Einkäufen erhalten. Insbesondere österreichische Unternehmer konnten so in der  
968 Vergangenheit überdurchschnittlich profitieren. Alleingänge der österreichischen

969 Bundesregierung in Form von Vetos gegen europäisch verhandelte  
970 Freihandelsabkommen, sind strikt abzulehnen.

971 Darüber hinaus wollen wir den Handel mit anderen Staaten nutzen, um unsere Werte  
972 und Produktionsstandards zu exportieren. In Anbetracht der Entwicklungen in  
973 Afrika, wo China und Russland die EU wie auch die USA durch eine werteneutrale  
974 Handels- und Investitionspolitik nahezu verdrängt haben, ist aber Zurückhaltung  
975 bei vertraglichen Werteboten geboten. Liberale Demokratie und die Achtung der  
976 Menschenrechte muss man international vorleben, diese kann man nicht einfach  
977 vertraglich aufoktroyieren. Oft sind daher kleine Schritte nachhaltiger. In  
978 diesem Sinne sollen zumindest europäische Umweltstandards zur Erreichung der  
979 Pariser Klimaziele in jedem Freihandelsabkommen durch entsprechende Auflagen und  
980 Mindestanforderungen enthalten sein.

### 981 **Souveränität und Schutz liberaler Demokratien**

982 Wir bekennen uns klar zur Unterstützung liberaler Demokratien im Kampf gegen  
983 Diktaturen zur Wahrung ihrer Freiheit, wie aktuell in Taiwan, das von der  
984 autoritären kommunistischen Volksrepublik China bedroht wird.

985 Wir verurteilen außerdem klar terroristische Handlungen, die für Unsicherheit,  
986 schlimmstenfalls aber auch zum Verlust von Menschenleben und zu internationalen  
987 Konflikten, führen. Der Angriff der Hamas auf israelische Zivilisten ist ein  
988 deutliches Beispiel für die Provokation von Kriegen durch Terrororganisationen,  
989 die entschlossen bekämpft werden müssen.

990 Das Völkerrecht ist von Staaten nicht als Empfehlung, sondern als bindendes  
991 Regelwerk zu verstehen. Völkerrechtswidrige Kriegshandlungen untergraben das  
992 Fundament internationaler Normen und den Schutz unschuldiger Menschenleben. Der  
993 Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein deutliches und  
994 schwerwiegenderes Beispiel für eklatante Verletzungen des Völkerrechts, denen  
995 wir vehement entgegenzutreten müssen.

### 996 **Reform internationaler Institutionen**

997 Internationale Institutionen wie etwa die Vereinten Nationen oder die  
998 Welthandelsorganisation haben oft nicht genügend Mittel, um ihren Aufgaben  
999 nachzukommen. Gerade in Zeiten des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands  
1000 gegen die Ukraine, sowie der wirtschaftlichen Dreistigkeit Chinas beispielsweise  
1001 in der Missachtung jeglicher Regeln von intellektuellem Eigentum, sind  
1002 handlungsfähige internationale Organisationen essenziell.

1003 Die Vereinten Nationen sollen ein strukturiertes Forum für Dialog,  
1004 Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung auf globaler Ebene sein, doch um diesem  
1005 Anspruch gerecht zu werden, muss die UN fundamental reformiert werden. Das allzu  
1006 oft hinderliche Vetorecht einzelner Staaten verleiht zwar den getroffenen  
1007 Beschlüssen mehr Gewicht, darf jedoch angesichts des globalen Wandels kein  
1008 dogmatisches Artefakt der Gründungszeit bleiben, sondern muss laufend  
1009 hinterfragt werden. Die UN muss zukünftig in der Lage sein, als oberste  
1010 friedensstiftende und völkerverbindende Instanz aufzutreten, deren Hauptaufgabe  
1011 es ist, kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden und ein Zusammenleben der  
1012 Menschheit im bestmöglichen Maße zu ermöglichen.

1013 Um zudem Rechtssicherheit im internationalen Wirtschaftswesen sowie Schutz vor  
1014 staatlicher Willkür zu gewährleisten, fordern wir die Errichtung eines  
1015 unabhängigen, internationalen Handelsgerichtshofs.

## 1016 **Vereintes Europa**

1017 Die Europäische Union ist als Garant unseres Wohlstandes und als integraler  
1018 Bestandteil unseres täglichen Lebens nicht mehr wegzudenken. Nie war die  
1019 europäische Bevölkerung so frei, nie so wohlhabend und nie so geprägt von  
1020 Frieden. Um jetzt den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effektiv  
1021 entgegenzutreten, müssen wir das Projekt Europa weiterentwickeln und vertiefen.  
1022 Daher fordern wir die Vereinigten Staaten von Europa.

## 1023 **Reform der europäischen Institutionen**

1024 Um eine entscheidungsfähige EU zu sichern, muss das Einstimmigkeitsprinzip im  
1025 Rat abgeschafft werden. Nur so kann man Staaten mit autokratischen Tendenzen wie  
1026 Ungarn und Polen den Wind aus den Segeln nehmen und verhindern, dass einzelne  
1027 Staaten wichtige Reformen aufgrund nationalstaatlichen Denkens blockieren.

1028 Um eine bürgernahe EU zu schaffen, die Vertrauen und Ansehen genießt, müssen  
1029 direkte Wahlen garantiert werden. Deshalb sollen für die Wahl zum Europäischen  
1030 Parlament europaweite Wahllisten aufgestellt werden und der Kommissionspräsident  
1031 direkt gewählt werden.

1032 Die Europäische Kommission soll zu einer echten europäischen Regierung  
1033 aufgewertet werden, deren Zusammensetzung nicht von der Anzahl der  
1034 Mitgliedstaaten abhängt, sondern aus Mitgliedern des Parlaments gebildet wird  
1035 und daher eine größere Flexibilität bei der Definition der Aufgabenbereiche hat.  
1036 Das Europäische Parlament wiederum soll durch Gewährung des Initiativrechts in  
1037 seiner Bedeutung aufgewertet werden. Als föderales Element soll ihm der Rat als

1038 gleichberechtigte zweite Kammer zur Seite gestellt werden. Der Europäische Rat  
1039 soll ersatzlos abgeschafft werden.

1040 Um den Mitgliedstaaten Raum für eigene Entfaltung zu lassen, soll das  
1041 Subsidiaritätsprinzips auch im Laufe kommender Reformen beibehalten und  
1042 stringent eingehalten werden. So werden die regionalen Bedürfnisse und  
1043 Unterschiede durch die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der entsprechenden  
1044 Ebenen berücksichtigt.

#### 1045 **Verantwortungsvolle Finanzpolitik**

1046 Gerade in Zeiten der steigenden Zinsen, zeigt sich einmal mehr, wie wichtig eine  
1047 nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik ist. Die EU und die  
1048 Mitgliedstaaten müssen Förderungen effizienter gestalten, Missbrauch durch  
1049 Nationalstaaten verhindern und Kosten einsparen. Wir bekennen uns zu den  
1050 Maastricht-Kriterien und wollen, dass die Staaten diese in Zukunft wieder achten  
1051 und umsetzen, um der nächsten Generationen Willen.

1052 Wir setzen uns für eine zurückhaltende und möglichst marktnahe Geldpolitik ein.  
1053 Die EZB soll daher umfassend reformiert werden und sich zukünftig einzig auf den  
1054 Erhalt der Geldwertstabilität konzentrieren, um ihre politische Unabhängigkeit  
1055 zu wahren.

#### 1056 **Europäisches Asylsystem**

1057 Die derzeit unkontrollierte Migration nach Europa ist eine der großen  
1058 Herausforderungen unserer Generation. Auch diese können wir nur als geeintes und  
1059 solidarisches Europa bewältigen - es kann nicht sein, dass dieses Problem auf  
1060 einige wenige Mitgliedsstaaten abgeladen wird. Es braucht endlich eine  
1061 gesamteuropäische Asyllösung, an der sich alle Mitgliedsstaaten beteiligen. Die  
1062 Asylwerber sollen verbindlich auf alle Mitgliedstaaten aufgeteilt werden, wobei  
1063 die Verteilung sich nach der Bevölkerungszahl, dem Bruttoinlandsprodukt und den  
1064 bisher erbrachten Leistungen in Bezug auf Asylwerber richten soll. In diesem  
1065 Zusammenhang soll auch eine Residenzpflicht eingeführt werden. Asylverfahren  
1066 müssen schneller abgewickelt werden, um Schutzbedürftigen möglichst schnell zu  
1067 helfen und Missbrauch zu verhindern.

1068 Straffällige Asylwerber sollen schneller abgeschoben und außer Landes gebracht  
1069 werden. Die EU soll Rückführungsabkommen abschließen, in denen sich die  
1070 Herkunftsstaaten zur Rücknahme der abgelehnten Asylwerber verpflichten. Nur so  
1071 kann ein funktionierendes Asylsystem Bestand haben.

1072 Um die Integration und Eingliederung der Geflüchteten zu gewährleisten, sollen  
1073 verpflichtende Sprachkurse zur Verfügung gestellt werden. Um Schleppern das  
1074 Geschäft zu erschweren, fordern wir einen effektiven Grenzschutz, an dem sich  
1075 alle EU-Staaten beteiligen.

1076 Wir fordern eine Stärkung des Integrationsjahrs für Asylberechtigte und  
1077 Asylwerber mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit sowie die Umsetzung einer  
1078 individuellen Integrationsvereinbarung inklusive Sanktionen bei Verletzungen.  
1079 Gleichzeitig fordern wir einen Ausbau der Sachleistungen und eine Reduktion der  
1080 Geldleistungen.

### 1081 **Demokratische Mitbestimmung durch Unionsbürger**

1082 Europäer sind heute durch europaweit wechselnde Studienorte und Arbeitsstätten  
1083 sowie Familie und Freunden mit bunt gemischten Staatsbürgerschaften in ganz  
1084 Europa daheim. Ganz im Sinne der europäischen Integration sollen in Österreich  
1085 lebenden Unionsbürgern die vollen demokratischen Teilhaberechte zukommen. Wir  
1086 bekennen uns auch zum Wahlrecht ab dem Alter von 16 Jahren für jeden Bürger bei  
1087 den EU-Wahlen.

### 1088 **Verantwortung übernehmen - Liberale Regierungsarbeit**

1089 Politik ist kein Selbstzweck. Genauso wenig das vorliegende Programm. Dieses  
1090 soll nicht in einer dunklen Schublade enden, sondern Veränderung in unserem  
1091 schönen Land bewirken. Der Verdienst für das große Ganze durch teils auch  
1092 kleinere, aber dafür realisierbare Schritte ist gegenüber sturer Ideologie zu  
1093 bevorzugen. In diesem Sinne listen wir in diesem Kapitel zwölf Punkte auf, die  
1094 im Zuge einer liberalen Regierungsverantwortung jedenfalls umgesetzt werden  
1095 sollen, um die Weichen für eine bessere Zukunft zu stellen.

1096 Um das **Aufstiegsversprechen zu erneuern**, sodass sich auch die junge Generation  
1097 in Österreich durch eigene Kraft etwas aufbauen kann, soll ...

- 1098 • die Steuer- und Abgabenlast drastisch gesenkt werden, um vor allem jungen  
1099 Berufstätigen mehr finanziellen Spielraum zu ermöglichen;
- 1100 • die Grunderwerbssteuer beim Kauf der ersten Immobilie ausgesetzt werden;
- 1101 • die Behaltefrist für Wertpapiere für Privatanleger wieder eingeführt  
1102 werden.

1103 Um **Wohlstand in Österreich** langfristig zu sichern, muss der  
1104 unternehmerfeindlichen Überregulierung Einhalt geboten werden. Daher soll ...

- 1105 • die Gewerbeordnung entrümpelt werden, indem vor allem gebundene Gewerbe  
1106 abgeschafft und Qualifikationsnachweise auf das Nötigste reduziert werden;
- 1107 • der Wirtschaftsstandort nicht durch eine Verschärfung des  
1108 Arbeitskräftemangels durch die Einführung einer gesetzlichen 32-Stunden-  
1109 Woche geschwächt werden.

1110 Um weg von Biedermeier-Sentimenten hin zum **italienischen Dolce Vita mit**  
1111 **niederländischem Chill-Faktor** zu kommen, soll ...

- 1112 • die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten schrittweise vorangetrieben  
1113 werden;
- 1114 • die Kriminalisierung von Cannabis zu Gunsten der kontrollierten Freigabe  
1115 abgeschafft werden.

1116 Um im Sinne der **Generationengerechtigkeit** erste Schritte Richtung  
1117 zukunftsfähiger Planet, sowie nachhaltiger Staatshaushalt und zukunftsfittes  
1118 Pensionssystem zu sichern, soll ...

- 1119 • ein Stopp klimaschädlicher Subventionen umgesetzt werden;
- 1120 • ein aktiver Abbau der Staatsschulden betrieben werden;
- 1121 • die Aktienpension durch eine Öffnung der betrieblichen Altersvorsorge  
1122 ermöglicht und das Pensionsantrittsalter nachhaltig erhöht werden.

1123 Um das **österreichische Bildungssystem** zumindest im Rahmen der Kompetenzen einer  
1124 Bundesregierung ein Stück lebensnäher auszugestalten und den Hochschulen ein  
1125 Stück mehr Exzellenz zu erlauben, soll ...

- 1126 • in einem ersten Schritt Richtung völliger Schulautonomie ein geförderter  
1127 Rahmen geschaffen werden, der es Schulen über eine private Trägerschaft  
1128 bei gleichzeitig öffentlicher Finanzierung und ohne Schulgelder  
1129 ermöglicht, finanzielle, personelle sowie pädagogische Autonomie zu  
1130 erlangen und so zu Chancenschulen zu werden, die die Schüler in den  
1131 Mittelpunkt stellen;

1132  
1133

- die Finanzierung der Hochschulen durch nachgelagerte Studienbeiträge verbessert werden.



# ANTRAG

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: 11.2 Leitantrag des Bundesvorstands

## LANEU: Mut zur Freiheit: Unsere Vision für ein besseres Österreich

### Antragstext

#### 1 Mut zur Freiheit

#### 2 Unsere Vision für ein besseres Österreich

3 Österreich befindet sich in einer Zeit des Umbruchs. Viele Reformen sind längst  
4 überfällig, und es tun sich immer mehr Bereiche auf, in denen aktives Handeln  
5 gefordert ist. Viele Entscheidungen, die in den kommenden Jahren getroffen  
6 werden, beeinflussen Österreich für viele Jahrzehnte – und betreffen damit vor  
7 allem uns, die junge Generation.

8 Wir wollen dabei nicht einfach tatenlos zuschauen und abwarten, sondern sehen  
9 uns in der Pflicht, an einer besseren Zukunft mitzuwirken. In diesem Programm  
10 wollen wir aufzeigen, mit welchen Maßnahmen unsere Vision für ein besseres  
11 Österreich erreicht werden kann. Liberale Antworten sind gefragt denn je!

#### 12 Bildung

13 Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Sie macht uns zu  
14 mündigen Bürgern, die in Freiheit und Eigenverantwortung leben. Gerade deshalb  
15 ist uns ein sozial durchlässiges Bildungssystem ein Herzensanliegen. Österreich  
16 muss ein Ort der Talente werden, mit einem chancengerechten, qualitativ  
17 hochwertigen und freien Bildungssystem.

#### 18 Chancengerechtigkeit von Anfang an

19 Um Kindern die besten Lebenschancen zu bieten, muss bereits im frühen Alter  
20 angesetzt werden. Eltern sollen für ihre Kinder Bildungsschecks bekommen, die  
21 sie für die Bildung und Betreuung in einer Vollzeiteinrichtung ihrer Wahl

22 einlösen können. Die frühkindliche Kinderbetreuung soll grundsätzlich privat  
23 aufgestellt sein, aber strengen Qualitätskontrollen unterliegen. Mögliche  
24 Einrichtungen können dabei Kindergärten oder Kindergruppen, aber auch  
25 Einzelpersonen wie beispielsweise Tageseltern sein. So sollen individuelle  
26 Lösungen eine flächendeckende Kinderbetreuung sichern.

## 27 **Beste Bildung durch freie Schulen**

28 Jedes Kind soll gerne in die Schule gehen. Nicht weil Schule so leicht ist und  
29 Leistung nichts zählt, sondern weil man gefordert und gefördert wird. Weil  
30 Stärken ausgebaut werden, anstatt Schwächen breitzutreten, und weil Lernen unter  
31 den richtigen Bedingungen Spaß macht.

32 Der Schlüssel, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Schulautonomie. Dabei  
33 beschränkt sich der Staat auf die Festlegung von Bildungszielen. Wie diese  
34 Bildungsziele erreicht werden, obliegt den Schulen selbst. Jede Schule  
35 entscheidet individuell über ihr Unterrichtsangebot, die Schwerpunktsetzung, die  
36 Gestaltung des Schulalltags, das Lehrpersonal sowie die (digitalen) Hilfsmittel.  
37 So entsteht Raum für innovative pädagogische Konzepte und ein vielfältiges  
38 Angebot an Bildungswegen. Schulen sollen grundsätzlich privater Trägerschaft  
39 unterliegen, wobei die Finanzierung durch den Staat sichergestellt wird -  
40 nämlich im Zuge der Bildungsschecks.

41 In einem ersten Schritt sollen Schulen beispielsweise über ein Modell der  
42 privaten Trägerschaft bei öffentlicher Finanzierung die Möglichkeit haben selbst  
43 in das Prinzip der Schulautonomie hineinzuoportieren. Diese Schulen bekommen die  
44 Freiheit dreifacher Autonomie: in pädagogischer, personeller und finanzieller  
45 Freiheit und Verantwortung. Bei der Aufnahme soll auf eine gute soziale  
46 Durchmischung geschaut werden.

47 Jedes Kind bekommt einen solchen Bildungsscheck, den es in der  
48 Bildungseinrichtung seiner Wahl einlösen kann. Besonders beliebte Schulen  
49 erhalten folglich die beste Finanzierung und Anreize, ihr Angebot weiter  
50 auszubauen, um mehr Schüler anzuziehen. Schlechte Schulen auf der anderen Seite  
51 müssen sich schnellstens überlegen, wie sie ein attraktives Angebot schaffen.

52 Dass alle Schulen die Bildungsstandards erreichen, wird anhand von zentralen und  
53 vergleichbaren Tests abgeprüft. Hierfür soll neben der Zentralmatura eine  
54 mittlere Reife eingeführt werden. Die Bildungsstandards sollen neben Deutsch-,  
55 Mathematik-, und Englischkenntnissen auch wirtschaftliches wie finanzielles  
56 Basiswissen („Financial Literacy“) umschließen.

## 57 **Erfolgsmodell Lehre in den Fokus**

58 Das österreichische Modell der dualen Lehrausbildung gilt international zurecht  
59 als Erfolgskonzept, dennoch wird sie bei uns oft nur als Plan B betrachtet. Die  
60 Lehre muss für Jugendliche zugänglicher und attraktiver gestaltet und durch  
61 praxisnahe Berufsorientierung an Schulen bereits frühzeitig beworben werden.

62 Die Lehre soll einheitlich strukturiert, nämlich modular aufgebaut werden, und  
63 stets die Option beinhalten, die Reifeprüfung abzulegen. Durch die Aufteilung in  
64 Module ist ein Wechsel zwischen unterschiedlichen Lehrausbildungen einfacher.  
65 Berufsschulen sollen dazu zu „Berufsakademien“ aufgewertet werden, die eng  
66 verschränkt mit Experten aus der Wirtschaft und anderen Bildungseinrichtungen,  
67 etwa auch Hochschulen, zusammenarbeiten. Durch den modularen Aufbau können auch  
68 Erwachsene sich an Berufsakademien weiter fortbilden und so ihren Horizont  
69 erweitern. Berufsakademien sollen stets auch Meisterkurse anbieten.

70 Durch eine einheitliche Struktur der Lehre soll es auch einfacher möglich sein,  
71 im Rahmen internationaler Austauschprogramme Erfahrung im Ausland zu sammeln.  
72 Der Europäische Qualifikationsrahmen bietet hier bereits eine gute Grundlage und  
73 soll weiter ausgebaut werden.

## 74 **Oxbridge und Ivy League, aber in Österreich**

75 Exzellenz soll in den österreichischen Hochschulen wieder ihre Heimat finden.  
76 Dafür müssen alle Hochschulen miteinander in fairem Wettbewerb stehen, den sie  
77 gewappnet mit größtmöglicher Autonomie bestreiten. Sie sollen selbst zu Trägern  
78 ihrer Gebäude werden, frei in der Gestaltung von Lehre und Forschung sein, sowie  
79 Hoheit über Personal, Auswahl der Studierenden und die Mittelverwendung haben.  
80 Zwischen den einzelnen Hochschultypen sollen rechtlich keine Unterschiede  
81 gemacht werden.

82 Die Finanzierung der Hochschulen wird durch ein Drei-Säulen-Modell aus privaten  
83 Mitteln, staatlicher Studienplatzfinanzierung und nachgelagerten  
84 Studienbeiträgen langfristig gesichert. Die staatliche Finanzierung soll sich  
85 auf zwei Prozent des BIP belaufen und die Grundfinanzierung für Studium wie  
86 Forschung sicherstellen.

87 Der Studienzugang kann durch Eignungskriterien geregelt sein, ein Studium darf  
88 aber nicht aus finanziellen Überlegungen scheitern. Die Studienbeihilfe wird wie  
89 andere Sozialleistungen vom liberalen Bürgergeld abgelöst, das explizit auch von  
90 zielstrebigen Studierenden bezogen werden kann. Um zu hohe Studienbeiträge  
91 vorzubeugen, kann die Höhe vom Bildungsministerium beschränkt werden, der Staat

92 stellt den Studierenden außerdem bei Wunsch ein Niedrigzinsdarlehen zur  
93 Verfügung, die während des Erwerbslebens zurückgezahlt werden müssen.

94 Um eine schlagkräftige und tatsächlich im Sinne der Studierenden arbeitende  
95 Studienvertretung sicherzustellen, wird die Mitgliedschaft in der  
96 Hochschul:innenschaft freiwillig.

## 97 **Innovation durch Forschung**

98 Forschung und Wissenschaft sind für uns Treiber des Wohlstandes und des  
99 Fortschrittes und entsprechend zu fördern. Für die Vergabe der Mittel ist die  
100 Schaffung einer bundesweiten Forschungsstrategie und Bündelung der  
101 Forschungsgagenden in einem Ministerium essenziell. Damit soll auch die  
102 Zusammenarbeit zwischen universitären und außeruniversitären  
103 Forschungseinrichtungen forciert werden. Es muss allerdings auch hier ein  
104 stärkerer Fokus auf private Mittel gelenkt werden. Public-Private Partnerships  
105 sollen gefördert werden, um Synergieeffekte zu erzielen und zusätzliche  
106 Finanzierungsquellen zu nutzen. Österreich soll so zum international  
107 kompetitiven Wissenschaftsstandort werden und begabte Forscher aus der ganzen  
108 Welt anziehen.

## 109 **Lebenslanges Flügelheben**

110 Gerade in Zeiten der rasenden Entwicklungen, von künstlicher Intelligenz über  
111 neue Soft- und Hardwarelösungen, ist es nicht selbstverständlich immer am Ball  
112 zu bleiben. Daher fordern wir eine Ausweitung der Absatzbeträge für persönliche  
113 wie berufliche Fortbildung, sowie den unbürokratischen Zugang zu Einzelmodulen  
114 an den neu geschaffenen Berufsakademien.

## 115 **Demokratie und Justiz**

116 Die liberale Demokratie auf den Standpfeilern der Gewaltentrennung, mit einem  
117 selbstbewussten Parlament, einer effektiven Exekutive und einer unabhängigen  
118 Justiz, gewährleisten Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Rechtssicherheit.  
119 Eine effektive Gewaltenteilung erfordert starke Institutionen und klare  
120 Kompetenzverteilungen in Österreich. Hier wollen wir nachschärfen. Der Staat und  
121 die Politik sollen dabei immer den Bürgern dienen und nicht umgekehrt. Um dies  
122 zu garantieren und insbesondere eine sinnvolle Verwendung von Steuermitteln  
123 sicherzustellen, fordern wir eine Verschlinkung der Verwaltung und ein  
124 Maßnahmenpaket für eine saubere Politik.

## 125 **Der Souverän ist das Volk**

126 Um die Menschen in Österreich zu ermächtigen und von den übermächtigen  
127 politischen Strukturen zu befreien, braucht es eine echte Demokratie- und  
128 Föderalismusreform. Durch einen Ausbau von direktdemokratischen Abstimmungen  
129 sollen Bürger ermächtigt werden, stärker selbst an der politischen  
130 Entscheidungsfindung teilzunehmen – die Schweiz macht es vor.

131 Um politischem Stillstand vorzubeugen, müssen Doppelgleisigkeiten durch eine  
132 klare Aufteilung der Kompetenzen zwischen den Ebenen Bund, Land und Gemeinde  
133 reduziert werden. Gemeinden sollen dabei stark aufgewertet werden, befinden sie  
134 sich immerhin am nächsten an der Lebensrealität der Menschen. Zur Steigerung der  
135 Effizienz in der Verwaltung sollen die Gemeinden aber durch Zusammenlegungen  
136 eine gewisse Mindestgröße haben. So sollen die Bundesländer langfristig als  
137 reine Verwaltungseinheiten fungieren. Der Bundesrat soll außerdem zugunsten  
138 eines starken Einkammerparlaments abgeschafft werden.

139 Um einer von Wahlerfolgen und Umfragen abhängiger Politik Einhalt zu gebieten,  
140 die Narrative und Spins echter Sachpolitik vorzieht, soll ein Superwahljahr den  
141 aktuellen Dauerwahlkampfzustand ablösen. In Zukunft sollen daher alle Wahlen,  
142 gleich ob lokal oder bundesweit, innerhalb eines Jahres stattfinden und für  
143 gesetzgebende Gremien eine einheitliche Legislaturperiode von fünf Jahren  
144 gelten.

## 145 **Saubere Politik**

146 Der Staat dient den Bürgern – doch allzu oft sind diese Bittsteller von Politik  
147 und Verwaltung. Um ein Handeln im Sinne der Bürger sicherzustellen, soll daher  
148 jeder ein Recht auf Auskunft über die Tätigkeiten aller Behörden und politischen  
149 Institutionen haben. Zusätzlich sollen alle öffentlichen Träger die Herkunft  
150 sowie Verwendung ihrer Mittel transparent offenlegen.

151 Bei öffentlichen Förderungen sollen stets transparente und nachvollziehbare  
152 Vergabeverfahren gelten und auch bei der Ausschreibung und Besetzung von  
153 öffentlichen Stellen Transparenz und Objektivität gewahrt werden. Um zu  
154 garantieren, dass die bestqualifizierten Personen bei der Postenbesetzung zum  
155 Zug kommen, soll eine Anpassung der Auswahlverfahren nach europäischem Vorbild  
156 erfolgen, dabei sollen bei Spitzenfunktionen verpflichtende öffentliche Hearings  
157 stattfinden. Seilschaften müssen schonungslos offengelegt werden, widrigenfalls  
158 kann der Auftrag oder die Besetzung nachträglich annulliert werden.

159 Politiker gestalten unser Land in Vertretung für alle Bürger, daher sollten für  
160 sie besonders hohe Standards gelten. Diese sollen in einem Code of Conduct  
161 abgebildet sein, den Politiker mit ihrer Angelobung unterzeichnen müssen. Dieser

162 soll unter anderem die Offenlegung von Interessenskonflikten sowie der  
163 wahrgenommenen Stakeholder- und Lobbyistentreffen in ein öffentlich einsehbares  
164 Register beinhalten. Wenn politische Entscheidungsträger im Rahmen ihrer  
165 Funktion nachweislich rechtswidrig und schuldhaft gehandelt haben, soll eine  
166 zivilrechtliche Politikerhaftung greifen, etwaige Bußgelder fließen dem  
167 Staatsbudget zu.

168 Um der Korruption in Österreich keine Chance zu geben, soll die Wirtschafts- und  
169 Korruptionsstaatsanwaltschaft zusätzliche Planstellen erhalten.

## 170 **Medien - Die vierte Gewalt**

171 Eine freie, unabhängige, plurale und sachorientierte Medienlandschaft ist eine  
172 tragende Säule der liberalen Demokratie, diese zu gewährleisten sohin primäre  
173 Aufgabe des Staates. Die in Österreich etablierte Abhängigkeit der Medien von  
174 Inseraten und anderen Förderungen von politischen Akteuren muss abgeschafft  
175 werden.

176 Im Sinne der Medienvielfalt soll der ORF, der aktuell für eine starke Verzerrung  
177 auf dem österreichischen Medienmarkt sorgt, teilprivatisiert werden. Öffentlich-  
178 rechtliche Programme sollen sich insbesondere auf Information, Bildung, Politik  
179 und Wissenschaft fokussieren. Hier ist ein hoher Standard an Objektivität und  
180 Meinungsvielfalt geboten. Hierfür soll der ORF entpolitisiert werden, eine  
181 fünfköpfige Kontrollkommission die politische Unabhängigkeit überprüfen.  
182 Unterhaltungsprogramme sollen einzig den privaten Anbietern obliegen, die mit  
183 den so erzielten Gewinnen wieder Informations- und Nachrichtenformate  
184 finanzieren können. Ein wichtiger Beitrag zu mehr Medienvielfalt.

## 185 **Justiz und Recht**

186 Die Unabhängigkeit der Justiz gewährleistet, dass niemand über dem Gesetz steht,  
187 auch nicht die Politik – sie schützt so die individuellen Rechte und Freiheiten  
188 der Bürger und sorgt für faire und gerechte Verfahren. Um diese Unabhängigkeit  
189 funktionell zu stärken, soll die Weisungsspitze der Staatsanwaltschaft dem  
190 Justizministerium entzogen und einem unabhängigen Bundesstaatsanwalt übertragen  
191 werden. Dieser soll auf Vorschlag des Nationalrats ernannt werden und auf eine  
192 Periode von sechs Jahren beschränkt sein.

193 Für ein faires Justizsystem ist der Zugang zum Recht essenziell. Hürden in Form  
194 hoher Gerichtsgebühren sollten dementsprechend abgeschafft werden. Die  
195 Verteidigung des eigenen Rechts in einem Strafverfahren darf außerdem nicht zur  
196 Strafe werden – nach einem Freispruch soll eine volle Entschädigung zustehen. Um

197 auch die Rechtsvertretung leistbarer zu machen, soll das Verbot der quota litis  
198 für Anwälte abgeschafft werden. Zuletzt sind im Sinne der Rechtssicherheit  
199 außerdem die Rechtsgeschäftsgebühren ersatzlos zu streichen.

## 200 **Verwaltung und Digitalisierung**

201 Die österreichische Verwaltung ist träge und ineffizient, einzelne Behördengänge  
202 oft komplexer als eine Uniprüfung. Die Verwaltung soll daher radikal verschlankt  
203 und bürokratische Prozesse stark vereinfacht werden.

204 Gebühren für grundlegende Services wie Strafregisterauszüge stellen nicht nur  
205 einen unnötigen Verwaltungsaufwand dar, sondern sind auch ein Affront gegenüber  
206 allen Steuerzahlern, und sollen daher abgeschafft werden. Außerdem sollen in der  
207 Verwaltung moderne Kommunikationswege Einzug finden, das Fax hat seinen Zenit  
208 längst überschritten. Um Österreich für internationale Fachkräfte attraktiver zu  
209 machen, soll Englisch als zusätzliche Amtssprache eingeführt werden.

210 Ganz im Sinne einer schlanken Verwaltung sollen alle Behördengänge unkompliziert  
211 digital möglich gemacht werden. Egal ob jemand einen Reisepass beantragen, ein  
212 Unternehmen gründen oder eine Ehe schließen möchte, all dies soll mittels  
213 weniger Schritte online durchführbar sein. Im Bereich Wahlen kann Estland als  
214 Vorbild dienen. In einem ersten Schritt soll die online Teilnahmemöglichkeit bei  
215 der Wahl von Interessenvertretungen, insbesondere der Arbeits- und  
216 Wirtschaftskammer, eingeführt werden.

## 217 **Schutz der Privatsphäre**

218 Wir verstehen Privatsphäre als essenziellen Bestandteil von Freiheit und nicht  
219 verhandelbares Bürgerrecht. Es geht den Staat nichts an, wo man seinen  
220 Wocheneinkauf tätigt, welche Nachrichten man schreibt und mit wem man seine  
221 Freizeit verbringt.

222 Die zunehmende Massenüberwachung im öffentlichen und privaten Raum lehnen wir  
223 daher entschieden ab. Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung, die  
224 Klarnamenpflicht oder die viel diskutierte Chatkontrolle schießen weit über das  
225 Ziel hinaus und sind im Hinblick auf die persönliche Freiheit nicht  
226 rechtfertigbar. Wir bekennen uns zu einem starken Datenschutz.

## 227 **Generationengerechter Umgang mit Steuergeld**

228 Österreich hat in den letzten Jahrzehnten einen gigantischen Schuldenberg

229 angehäuft. Die Folgen dieser verschwenderischen Budgetpolitik hat die junge  
230 Generation zu stemmen. Um diesen Schuldenrucksack zu reduzieren, fordern wir die  
231 Einführung einer strengen Schuldenbremse im Verfassungsrang. Diese soll nicht  
232 nur die Staatsverschuldung begrenzen, sondern auch verbindliche Vorgaben zur  
233 Schuldenreduzierung bis zur kompletten Entschuldung enthalten. Das  
234 Haushaltsbudget soll jeweils über den Konjunkturzyklus zumindest ausgeglichen  
235 werden.

236 Hauptgrund für die hohe Verschuldung Österreichs sind die seit dem zweiten  
237 Weltkrieg stetig steigenden Staatsausgaben. Wir fordern daher die Einführung  
238 einer Ausgabenbremse im Verfassungsrang, die festlegen soll, dass das  
239 Ausgabenwachstum nicht die Inflation übersteigen darf, wenn die Verschuldung  
240 über 60 Prozent des jährlichen BIPs ausmacht. Außerdem soll das jährliche Budget  
241 des Bundes im Rahmen eines fünfjährigen Haushaltsplans erstellt werden, welches  
242 den einzelnen Ressorts maximale Ausgabensummen zuweist.

243 Die moderne Errungenschaft effektiver sozialer Sicherungsnetze muss anerkannt  
244 werden. Gleichzeitig ist aber die Pflicht jedes Mitglieds unserer Gesellschaft,  
245 diese nur in einem Ausmaß in Anspruch zu nehmen, die seiner unverschuldeten  
246 Notlage entspricht. Neben dieser Verpflichtung des Einzelnen gibt es auch eine  
247 Verpflichtung des Staats, seine eigentlichen Kernaufgaben der Aufrechterhaltung  
248 der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Verwaltung sowie wichtige  
249 Zukunftsinvestitionen nicht zugunsten erhöhter Sozialausgaben und Konsums in der  
250 Gegenwart zu vernachlässigen. Es soll daher ebenfalls im Verfassungsrang  
251 festgelegt werden, dass die gesamtstaatlichen Sozialausgaben 40 Prozent der  
252 staatlichen Ausgaben über einen Konjunkturzyklus nicht überschreiten dürfen,  
253 wobei es einen Konsultationsmechanismus mit Ländern und Gemeinden geben soll.

## 254 **Trennung von Kirche und Staat**

255 Eine aufgeklärte, freie Gesellschaft sichert eine klare Trennung von Kirche und  
256 Staat. Die vielen Sonderrechte von Religionsgemeinschaften gegenüber anderen  
257 (weltanschaulichen) Organisationen widersprechen dieser Trennung. Sie stellen  
258 eine nicht nachvollziehbare Bevorzugung gegenüber säkularen Einrichtungen dar.  
259 Wieso sollte die Kirche gegenüber einem Museum bessergestellt sein? Um mit  
260 diesen Sonderprivilegien endgültig zu brechen, muss das Konkordat aufgekündigt  
261 werden.

262 Religion ist Privatsache und geht den Staat nichts an. Die Mitbetreuung von  
263 organisatorischen Prozessen von Religionsgemeinschaften durch Behörden ist  
264 genauso überholt wie die Erhebung von Daten zur Religionszugehörigkeit.  
265 Öffentliche Gebäude sollen als neutrale Orte keine religiösen Symbole zur Schau  
266 stellen. Konfessioneller Religionsunterricht darf an staatlichen Schulen nicht



267 verpflichtet sein – an dessen Stelle soll ein Ethikunterricht treten, der nicht  
268 nur verschiedene weltanschauliche Zugänge thematisiert, sondern auch die Werte  
269 unserer Verfassung vermittelt.

## 270 **Selbstbestimmtes Leben**

271 Zu oft regiert in Österreich ein System paternalistischer Bevormundung, das die  
272 Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger zugunsten einer vermeintlich  
273 wohlgemeinten Bevormundungs- oder Sicherheitspolitik unterwandert. Schluss  
274 damit. Österreich soll ein Land der Entfaltung werden, in dem jeder frei in  
275 seinen Entscheidungen ist, offen seine Meinung sagen kann und nicht durch  
276 moralische Zwänge und Regeln eingeengt wird.

## 277 **Liberale Drogenpolitik**

278 Die Kriminalisierung von Drogen verhindert deren Konsum nicht, sorgt aber für  
279 Stigmatisierung und birgt einige negative Nebenwirkungen – so entsteht etwa eine  
280 zunehmende Beschaffungskriminalität und es kommen verunreinigte und gestreckte  
281 Drogen in Umlauf. Ein verantwortungsvoller Umgang kann nicht durch Verbote  
282 geschaffen werden, sondern nur durch aktive Bewusstseinsbildung.

283 Jedes Individuum soll selbst entscheiden können, welche Substanzen es  
284 konsumiert, daher fordern wir die Legalisierung aller Drogen. In einem freien  
285 Markt profitieren Konsumenten durch den legalen Wettbewerb zwischen  
286 verschiedenen Anbietern und von der höheren Qualität der Produkte. Die durch  
287 Besteuerung neu gewonnenen bzw. durch ein Einstellen der exzessiven  
288 Strafverfolgung freigewordenen Mittel sollen für Aufklärungs- und  
289 Präventionsarbeit über die Gefahren von Drogenkonsum eingesetzt werden.  
290 Insbesondere soll in Österreich die kontrollierte Freigabe von Cannabis  
291 umgesetzt und der gewerbliche Verkauf von Snus erlaubt werden.

## 292 **Öffnungszeiten und Sperrzeiten frei von Biedermeier-** 293 **Sentimenten**

294 Während im Süden wie im Norden, in Italien wie Schweden, der Einzelhandel länger  
295 und auch sonntags offen hat, bleibt dies in Österreich größtenteils verboten. Diese  
296 Regel geht völlig an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei. Wir setzen uns  
297 daher für eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ein, sodass der Handel  
298 auch an Sonn- und Feiertagen, sowie rund um die Uhr, aufsperrbar darf.  
299 Insbesondere in Zeiten des Onlinehandels soll durch diese Lockerung ein massiver  
300 Wettbewerbsnachteil für heimische Betriebe abgebaut werden.

301 Auch die frühe Sperrstunde in der Gastronomie schränkt die Lebensqualität  
302 insbesondere junger Leute stark ein, da das Nachtleben davon besonders betroffen  
303 ist. Wir fordern daher die Abschaffung der Sperrstunden für Gaststätten und die  
304 Einschränkung von Nachbarschaftsrechten wegen Lärmbelastung in belebten (Stadt-  
305 )Zentren. Wer in einen belebten Ort zieht, sollte sich nachher nicht über Lärm  
306 und Trubel beschweren.

### 307 **Freie Fahrt für freie Bürger**

308 Insbesondere für die Jugend ist Mobilität der Schlüssel zur Freiheit. Deshalb  
309 fordern wir einerseits den beschleunigten Öffi-Ausbau, sehen aber andererseits  
310 einen völligen Abgang von der Individualmobilität als impraktikabel und  
311 unrealistisch. Insbesondere in der ländlichen Region wird man weiterhin auf das  
312 Auto und den Führerschein angewiesen sein.

313 Die Kosten für einen Führerschein steigen aber immer weiter und sind vielen  
314 Jugendlichen schier zu teuer. Kein Wunder, wenn man sich die Regulierungen im  
315 Fahrschulbereich anschaut. So erfordert die Neueröffnung einer Fahrschule unter  
316 anderem langwierige Berufserfahrung in einer anderen Fahrschule, die wiederum  
317 kein Interesse an potenzieller Konkurrenz haben. Die wenigen existierenden  
318 Fahrschulen können sich den Markt so richten wie es ihnen passt. Das  
319 Führerschein- und Fahrschulwesen ist grundlegend zu reformieren.

### 320 **Eine Sportdefinition, die dem 21. Jahrhundert gerecht wird**

321 In Österreich entscheidet der Staat, welche Aktivitäten als Sport anzuerkennen  
322 sind. Während dies auf den ersten Blick nicht weiter relevant erscheint,  
323 schließen sich an die gewählte Sportdefinition eine Reihe an Privilegien, von  
324 Steuervorteilen bis zu Förderungen.

325 Um den Realitäten des 21. Jahrhundert gerecht zu werden, muss die  
326 Sportdefinition dringend geupdatet werden. E-Sport soll in Österreich endlich  
327 als offizielle Sportart anerkannt werden. Die stark kompetitive Szene ist  
328 geprägt von großen Turnieren, die mit herkömmlichen Sportbewerben längst  
329 mithalten können. Da es eine große Zahl verschiedener E-Sport-Titel gibt, sollen  
330 bestimmte Indikatoren wie Wettbewerbsfähigkeit, taktisches Geschick oder  
331 Reaktionsgeschwindigkeit festgelegt werden, anhand derer die Einstufung  
332 einzelner Titel als gemeinnütziger Sport vorgenommen werden kann.

### 333 **Füreinander Verantwortung übernehmen**

334 Familie heißt für das Leben anderer Menschen Verantwortung zu übernehmen. Das

335 derzeit vom Staat vorgegebene Familienbild beschneidet viele Menschen in ihrer  
336 Freiheit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Wir fordern daher einen  
337 einheitlichen rechtlichen Rahmen für eine Gemeinschaft selbstbestimmt lebender,  
338 erwachsener Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, inklusive aller  
339 damit einhergehender Rechte und Pflichten: die liberale  
340 Verantwortungsgemeinschaft.

341 Diese soll unabhängig von einer sexuellen oder romantischen Beziehung zueinander  
342 zwischen zwei oder mehreren Menschen geschlossen werden können. Unabhängig von  
343 biologischer Abstammung soll auch die Begründung des Eltern-Kind-Verhältnisses  
344 in der Verantwortungsgemeinschaft durch Adoption möglich sein. Sie bietet somit  
345 sowohl Familien zweier Menschen mit Kindern als auch anderen Gemeinschaften  
346 mehrerer erwachsener Menschen einen abgesicherten Rahmen Verantwortung zu  
347 übernehmen.

#### 348 **Legalisierung der Leihmutterschaft**

349 In unserer Gesellschaft gibt es zahlreiche Menschen, die nicht in der Lage sind,  
350 auf natürliche Weise ein Kind zu bekommen. Dennoch sind viele von ihnen bereit,  
351 Verantwortung für die Erziehung eines Kindes zu übernehmen und hegen den Wunsch,  
352 ein biologisches Kind zu haben. Bedauerlicherweise bleibt dieser Traum meist  
353 unerfüllt.

354 Aus diesem Grund soll die Möglichkeit der Leihmutterschaft geschaffen werden.  
355 Bei der Leihmutterschaft trägt eine Frau ein Kind aus, mit dem sie genetisch  
356 nicht verwandt ist und daher auch rechtlich nicht als Elternteil des Kindes  
357 gilt. Nach Geburt wird die Erziehung daher an die biologischen Eltern übergeben.  
358 Damit gibt sie anderen Personen die Chance, den Traum der (biologischen)  
359 Elternschaft zu verwirklichen.

#### 360 **Sichere Schwangerschaftsabbrüche**

361 Schwangerschaften sind nicht immer geplant, und es kommt vor, dass Schwangere,  
362 beispielsweise aufgrund ihrer Lebensumstände, nicht den Wunsch oder die Kraft  
363 haben, ein Kind zu bekommen. Wir erkennen daher an, dass es wichtig ist, dass es  
364 in Österreich die legale Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs gibt.

365 Dafür muss auch ein entsprechendes Angebot zur Verfügung stehen. Fortan sollen  
366 daher in allen Landeskrankenhäusern, die über eine Gebärstation verfügen,  
367 Schwangerschaftsabbrüche möglich sein. Dennoch soll jeder Arzt die Möglichkeit  
368 haben, die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs aus ethischen Gründen  
369 abzulehnen.

## 370 **Leistung vor Quote**

371 Letztlich ist auch festzuhalten, was den Idealen eines liberalen,  
372 selbstbestimmten Lebens widerspricht. Im Rahmen aktueller Diskussion ist  
373 insbesondere hervorzuheben, dass Quoten unsere Idealen diametral gegenüberstehen  
374 – Leistung und Kompetenz sollen zählen, niemand soll auf sein Geschlecht, die  
375 ethnische Zugehörigkeit oder vergleichbare Merkmale reduziert werden.

## 376 **Freiheit durch Gleichberechtigung**

377 Das staatliche Karenzmodell sollte das Prinzip einer gleichberechtigten  
378 Familienverantwortung und bestmöglichen frühkindlichen Bildung fördern. Aus  
379 diesem Grund soll der Anspruch auf Karenzzeit individualisiert werden, sodass  
380 jedem Sorgeberechtigten sechs Monate zustehen, die nicht übertragbar sind. Diese  
381 Karenzzeit kann innerhalb der ersten 14 Monate nach der Geburt angetreten  
382 werden.

## 383 **Meinungsfreiheit hochhalten**

384 Der politische Diskurs ist geprägt von Meinungsblasen, einer Unfähigkeit andere  
385 Argumente gelten zu lassen und einer fortschreitenden Polarisierung. Das Letzte,  
386 was Österreich braucht, ist ein Überschwappen amerikanischer No-Platform-  
387 Bewegungen. Eine Gesellschaft, in der eine kleine, laute Gruppe die bestehenden  
388 Meinungen in gut und böse, moralisch und amoralisch aufteilt, bietet den besten  
389 Nährboden für die Extreme. Solchen Tendenzen ist entschieden entgegenzutreten.  
390 Wer nicht frei sprechen darf, wird mit der Zeit auch nicht mehr frei denken  
391 können.

## 392 **Die Grenzen des Strafrechts**

393 Leitendes Prinzip liberaler Politik ist die größtmögliche Freiheit des Einzelnen  
394 – das Strafrecht sollte geleitet von diesem Prinzip rein dem Schutz vor  
395 widerrechtlichen Eingriffen durch andere dienen. Verbrechen ohne Opfer wie  
396 beispielsweise Drogenkonsum sind von diesem Standpunkt aus nicht im Strafrecht  
397 abbildbar. Zudem ist in Österreich das Gleichgewicht zwischen persönlichen  
398 Freiheitsrechten wie der Meinungsfreiheit und dem Recht auf körperliche und  
399 geistige Unversehrtheit derzeit stark zu Lasten der Freiheit ausgerichtet. Wir  
400 fordern daher eine Reform des Strafrechts und die Abschaffung überbordender  
401 Tatbestände wie „Beleidigung“ und „Herabwürdigung religiöser Lehren“.

## 402 **Wirtschaft und Arbeit**

403 Ein liberales Wirtschaftssystem, gründend auf Eigentums- und Vertragsfreiheit,  
404 stellt den Dreh- und Angelpunkt eines funktionierenden Gesellschaftssystems dar,  
405 das steigenden Wohlstand, Arbeitsplätze und Selbstverwirklichung für alle  
406 Menschen ermöglicht. Insbesondere junge Menschen wollen anpacken und etwas  
407 erreichen – wir müssen dafür sorgen, dass ihnen dabei keine Steine in den Weg  
408 gelegt werden.

#### 409 **Freies Unternehmertum statt Überregulierung**

410 Nicht der Staat schafft und sichert den Wohlstand in Österreich, sondern unsere  
411 (Klein- und Mittel) Unternehmer. Diese schaffen Arbeitsplätze und produzieren  
412 die benötigten Güter bzw. bieten entsprechende Dienstleistungen an. Sie sind, in  
413 anderen Worten, die Experten im Bereich Wirtschaft. In diesem Sinne muss sich  
414 die staatliche Regulierung darauf beschränken, Mindeststandards für den Schutz  
415 von Arbeitnehmern und Konsumenten zu garantieren. Um der Überregulierung in  
416 Österreich Einhalt zu gebieten, soll der Gesetzgeber kurz- bis mittelfristig für  
417 jede neue Regulierung, die Unternehmen betrifft, zwei Regulierungen außer Kraft  
418 setzen. Richtschnur soll hierbei sein, dass jeder Euro an Mehrkosten durch den  
419 doppelten Betrag an Erleichterungen kompensiert wird.

420 Um innovatives Unternehmertum nicht weiter zu behindern, soll auch eine  
421 komplette Neuorganisation der Gewerbeordnung erfolgen, sodass nur noch Gewerbe  
422 reguliert werden, die Leib und Leben unmittelbar bedrohen. Ebenso sind  
423 staatlicher Gebietsschutz und die Beschränkung der Öffnungszeiten veraltet und  
424 gehören abgeschafft.

#### 425 **Startups und Innovation**

426 Neugründungen und Startups sind entscheidend für die Förderung von Innovation,  
427 machen die Wirtschaft diverser und widerstandsfähiger und tragen maßgeblich zur  
428 Gestaltung der Zukunft bei. Wer heute ein Unternehmen gründen will, stößt  
429 allerdings auf viele unnötige bürokratische und finanzielle Hürden. Daher  
430 braucht es eine Vereinfachung und Verbilligung von Gründungsprozessen - die  
431 Gründung einer Gesellschaft soll ohne hohe Kosten und formale Erschwernisse  
432 innerhalb von 24 Stunden möglich sein. Zudem sollen die Kammerbeiträge im  
433 Gründungsjahr entfallen und, sollte ein Unternehmen im ersten Jahr bereits  
434 Personal beschäftigen, sämtliche Lohnnebenkosten für die ersten drei Mitarbeiter  
435 eines Unternehmens im ersten Jahr ausgesetzt werden.

436 Es soll außerdem ein teilprivatisierter Gründungsfonds geschaffen werden, der  
437 schnell und unbürokratisch Gründungskredite an junge Unternehmer vergibt.  
438 Investitionen in den Fonds sollen KEST-befreit geleistet werden können. Der

439 Fonds kann so als Risikokapitalgeber fungieren und innovative Startups  
440 unterstützen, die zwar vielversprechende Ideen haben, jedoch nicht über  
441 ausreichende Sicherheiten verfügen, um herkömmliche Bankkredite zu erhalten.

442 Die Einführung einer Austria Limited als Gesellschaftsform soll jungen  
443 Unternehmern die Gründung einer Kapitalgesellschaft erleichtern. Die Austria  
444 Limited verfügt über Rechtspersönlichkeit und bietet die typische beschränkte  
445 Haftung. Die Mindesteinlage der Limited soll bei 1 € statt wie bisher 35.000 €  
446 bei einer GmbH liegen. Um den Wettbewerb nicht zu verzerren, können nur  
447 natürliche Personen Inhaber sein. Wenn die Austria Limited einen Umsatz von 1  
448 Mio. € oder zweimal hintereinander 700.000 € erreicht, wird sie automatisch in  
449 eine GmbH umgewandelt. Der noch ausstehende Betrag für die Mindesteinlage einer  
450 GmbH muss zu diesem Zeitpunkt aufgezahlt bzw. eingebracht und von der Steuer  
451 befreit werden.

452 Um Österreich auch als internationalen Start-Up Hotspot etablieren zu können,  
453 sollen durch eine europäische e-Residency nach estnischem Vorbild auch Personen  
454 aus Drittstaaten an der österreichischen Wirtschaft teilnehmen und Unternehmen  
455 gründen können.

## 456 **Tschüss Kammerstaat**

457 Interessenvertretungen spielen zweifellos eine entscheidende Rolle bei der  
458 Koordination von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Die stärksten  
459 Interessenvertretungen, wie in Österreich die Gewerkschaften, leben aber von  
460 einer freiwilligen Mitgliedschaft. Denn nur so ist eine Interessenvertretung  
461 gezwungen für ihre Mitglieder effektiv zu arbeiten und kann sich nicht auf einem  
462 immerwährenden Geldfluss ihrer Zwangsbeiträge ausruhen. Daher sollen die  
463 bestehenden Zwangsmitgliedschaften abgeschafft werden. Bis zur Einführung der  
464 freiwilligen Mitgliedschaft, die dann auch kompetitivere Beitragshöhen mit sich  
465 bringt, sollen die verpflichtenden Umlagen der Kammern drastisch gesenkt werden.  
466 Darüber hinaus sind in der österreichischen Verfassung verankerte Kammern nicht  
467 notwendig, da freiwillige Interessenvertretungen ausreichend Möglichkeiten  
468 bieten, sich vertreten zu lassen.

## 469 **Weniger Steuern, mehr Freiheit**

470 Die Steuerlast in Österreich ist im internationalen Vergleich erdrückend hoch,  
471 wodurch für viele Bürger das Leben kaum noch leistbar ist. Ein gerechtes  
472 Steuersystem entlastet nicht nur den Faktor Arbeit, sondern minimiert auch die  
473 Verwaltungskosten und streicht Ausnahmeregelungen einzelner einflussreicher  
474 Interessensgruppen. Durch Simplizität und Effizienz kann das Steuersystem

475 gerecht und transparent gestaltet werden.

476 Die Einkommensteuer soll radikal auf einen einheitlichen Steuersatz von 25%  
477 gesenkt werden. Der Freibetrag soll dabei der Armutsgrenze entsprechen und  
478 jährlich angepasst werden, wodurch sich eine indirekte Progression im Steuersatz  
479 ergibt, da der Grenz- und Durchschnittssteuersatz mit zunehmendem Einkommen  
480 ansteigen. Auch das Einkommen von Körperschaften soll einheitlich mit 25%  
481 besteuert werden.

482 Generell befürworten wir eine Senkung der Steuerlast und setzen uns gegen die  
483 Einführung neuer Steuern ein. Bagatellsteuern wie die Biersteuer, die nur einen  
484 marginalen Teil der gesamten Steuereinnahmen ausmachen, sollen abgeschafft  
485 werden. Eine neue Substanzsteuer auf Vermögen lehnen wir als groben Eingriff in  
486 das Recht auf Eigentum und zwangsläufig auch in das Recht auf Privatsphäre  
487 entschieden ab.

488 Um eine nachhaltige Verringerung der Steuer- und Abgabenlast zu erwirken, soll  
489 eine Steuer- und Abgabenobergrenze im Verfassungsrang eingeführt werden.  
490 Budgetentwürfe des Bundes sollen dabei nicht so ausgestaltet werden dürfen, dass  
491 sie zu einer Steuer- und Abgabenbelastung führen, die den Wert von 40 Prozent  
492 des BIPs übersteigt.

### 493 **Freie und flexible Arbeitswelt**

494 Überbordende staatliche, aber auch sozialpartnerschaftliche Interventionen und  
495 Erschwernisse zu Lasten der Freiheit der Arbeitnehmer schaden dem Arbeitsmarkt.  
496 Der Staat soll auch hier lediglich Mindeststandards zum Schutz von Leib und  
497 Leben festschreiben. Arbeitsrechtliche Vorschriften müssen dringend  
498 entbürokratisiert werden, sodass es für Unternehmen leichter wird neue  
499 Arbeitskräfte einzustellen.

500 Wir sind entschieden gegen gesetzliche Mindestlöhne. Solche Vorschriften schaden  
501 dem Standort Österreich und bringen das Gleichgewicht zwischen Entlohnung und  
502 Produktivität aus dem Lot. Ebenso lehnen wir wirtschaftsschädigende Maßnahmen  
503 wie eine gesetzlich vorgeschriebene 32-Stunden-Woche ab. Vereinbarungen sollen  
504 zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf individueller oder betrieblicher Ebene  
505 getroffen werden – um dabei unterschiedliche Arbeits- und Lebensrealitäten  
506 abbilden zu können, soll es einen größtmöglichen gesetzlichen Spielraum geben.

507 Durch eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten sollen sowohl Arbeitnehmer als  
508 auch Arbeitgeber entlastet werden. Das erleichtert es Unternehmen beispielsweise  
509 neue Mitarbeiter einzustellen und Arbeitnehmer profitieren von höheren

510 Nettolöhnen. Unter anderem soll Arbeitnehmern durch die Zusammenlegung der  
511 staatlichen Krankenkassen und die Abschaffung der Pflichtversicherung mehr Geld  
512 übrigbleiben, das sie frei für ein Paket an zusätzlicher sozialer Absicherung  
513 ihrer Wahl einsetzen können.

#### 514 **Fachkräfte willkommen heißen**

515 Die österreichische Wirtschaft ist auf Fachkräfte angewiesen. Ein wichtiger  
516 Baustein, um den Fachkräftemangel zu lindern, ist eine sinnvolle Strategie für  
517 qualifizierte Zuwanderung. Wir sehen geordnete Zuwanderung als Chance, unserer  
518 demographischen Entwicklung und dem derzeitigen Fachkräftemangel  
519 entgegenzutreten. Wir müssen das System bestehend aus quotenbasierten  
520 Aufenthaltstiteln, Saisonier-Kontingenten und reformbedürftiger Rot-Weiß Rot-  
521 Card, erneuern und auf ein Kriteriensystem nach dem Vorbild Kanadas auf  
522 europäischer Ebene hinarbeiten.

#### 523 **Soziales und Gesundheit**

524 Die Freiheit des Einzelnen ist für uns das höchste Gut in einer Gesellschaft. Um  
525 diese Freiheit und Unabhängigkeit in allen Lebenslagen zu bewahren, braucht es  
526 ein staatliches Sozialsystem als Auffangnetz, das die Würde des Individuums auch  
527 in Zeiten von persönlichen Rückschlägen oder gesundheitlichen Notlagen schützt  
528 und stets ein Mindestmaß an Sicherheit garantiert.

#### 529 **Liberales Bürgergeld - Eine radikale Neuordnung des** 530 **Sozialsystems**

531 Ein prägendes Leitmotiv unseres Weltbildes und Konsequenz jeder Freiheit bleibt  
532 die Eigenverantwortung. Wenn Bürger in Notlagen kommen, ist es jedoch Aufgabe  
533 der Gesellschaft, diesen Menschen die Hand zu reichen und ihnen wieder auf die  
534 Beine zu helfen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, soll ein liberales  
535 Bürgergeld eingeführt werden. Dieses tritt an die Stelle aller anderer  
536 Sozialleistungen und bündelt in einem übersichtlichen, effizienten und gerechten  
537 System finanzielle Mittel des Lebensunterhaltes.

538 Das liberale Bürgergeld folgt dabei folgendem Modus: Zuerst wird ein  
539 Grundeinkommen festgelegt, dies stellt den Höchstbetrag dar, der ausgezahlt  
540 werden kann, und somit auch den Mindestbetrag, den ein Mensch in Österreich zum  
541 Leben hat. Das volle Grundeinkommen wird dann ausgezahlt, wenn ein Bürger gar  
542 keine Einkünfte erzielt. Sobald man aber ein Einkommen hat, wird das ausgezahlte  
543 Bürgergeld entsprechend dem gewählten Referenzsatz reduziert. Dieser  
544 Referenzsatz ist dabei jedenfalls unter 50% anzusetzen, sodass jeder selbständig



545 verdiente Euro einen Zugewinn darstellt. Zur Illustration: Bei einem  
546 Referenzsatz von exakt 50% und einem Grundeinkommen von 1.000 € würde Peter ganz  
547 ohne selbständige Einkünfte exakt 1.000 € ausbezahlt bekommen, während Sandra  
548 mit selbständigen Einkünften in Höhe von 1.000 € exakt 1.500 € in der Tasche  
549 blieben. Die exakten Werte orientieren sich an Referenzbudgets, die unter  
550 Mitwirkung von Experten und Betroffenen erstellt und evaluiert werden.

551 Das liberale Bürgergeld bietet außerdem ein System beispielloser  
552 Übersichtlichkeit und Effizienz, das eine radikale Reduktion der  
553 Verwaltungskosten mit sich bringt. Durch die hohe Treffsicherheit und  
554 Transparenz ist das liberale Bürgergeld das gerechteste und sozial  
555 verantwortlichste System, das gleichermaßen als Auffangnetz bei Notlagen  
556 bereitsteht, aber keinesfalls als dauerhafte Hängematte dient.

## 557 **Fördern und fordern**

558 Durch den ständig bestehenden Arbeitsanreiz, der dem liberalen Bürgergeld  
559 zugrunde liegt, werden Inaktivitätsfallen und damit einhergehende Abhängigkeiten  
560 verhindert und der Wiedereintritt in Eigenverantwortung und Autonomie gefördert.  
561 Als letzten Schritt sind Sanktionen bei Nicht-Aannahme einer zumutbaren  
562 Arbeitsstelle in Form von Kürzungen von Sach- und Geldleistungen vorgesehen.  
563 Arbeitssuchenden ist außerdem der Arbeitseintritt durch Hilfestellungen zur  
564 Weiterbildung zu erleichtern. Hierfür sollen Langzeitarbeitslosen spezielle  
565 Bildungsschecks zur Verfügung gestellt werden, die sie für eine Weiterbildung  
566 ihrer Wahl einsetzen können.

## 567 **Hochqualitative Gesundheitsversorgung durch eine** 568 **Versicherungspflicht**

569 Qualität, Effizienz und Innovation entstehen durch Wettbewerb. Das gilt auch, wo  
570 es um Leben und Tod geht. Deshalb wollen wir anstatt des derzeitigen Systems der  
571 staatlichen Pflichtversicherung eine Versicherungspflicht einführen. Die  
572 Versicherung muss dabei einen gesetzlich festgelegten Mindeststandard an  
573 Leistungen umfassen. Bürger haben dabei die Wahl zwischen diversen privaten und  
574 einem öffentlichen Anbieter.

575 Bei privaten Krankenversicherungen ist es essenziell, dem Versicherer ohne  
576 Vorbehalt vertrauen zu können. Daher muss eine hohe Risikoabsicherung und  
577 Eigenkapitalquote festgeschrieben werden. Auf Seite der Versicherungsnehmer kann  
578 und soll der Lebensstil die Versicherungsprämien beeinflussen. So könnten die  
579 Beiträge, wie beispielsweise in Deutschland Usus, sinken, wenn man mehrere  
580 Vorsorgeuntersuchungen absolviert.

581 Im öffentlichen Bereich erfordert der aktuell verantwortungslose Umgang mit  
582 öffentlichen Mitteln eine grundlegende Strukturbereinigung, wobei nicht bei den  
583 Patienten gespart werden darf. Deshalb wollen wir Schluss mit dem ineffizienten  
584 und viel zu teuren Versicherungssystem machen und fordern die sofortige  
585 Zusammenlegung aller Krankenkassen zu einer einzigen staatlichen Kasse.

586 Die Organisation der Kasse soll sich an internationalen Best-Practice-Beispielen  
587 orientieren, straff und effizient aufgebaut sein und sämtliche Partei- und  
588 Klientelpolitik außen vor lassen. Zu den Aufgaben dieser staatlichen  
589 Krankenkasse sollen sowohl medizinische Grundversorgung, Prävention als auch  
590 Pflege zählen.

### 591 **Moderne Gesundheitsinfrastruktur**

592 In einem nationalen Gesundheitskonzept stammen Versorgung, Prävention, und  
593 Pflege aus einer Feder. So kann eine verbindliche Planung der öffentlichen  
594 Gesundheitsinfrastruktur auf Basis gesundheitspolitischer Kriterien und abseits  
595 von Prestigeüberlegungen gelingen. Dafür muss die Hoheit über die  
596 Spitalsinfrastruktur dem Bund übertragen werden.

597 Krankenhäuser und ihre Notaufnahmen müssen entlastet werden.  
598 Primärversorgungszentren, in denen mehrere Ärzte und weiteres medizinisches  
599 Personal arbeiten, sollen als erste Anlaufstelle für Patienten dienen. Nur bei  
600 Bedarf soll eine Zuweisung an Fachärzte innerhalb eines Versorgungszentrums oder  
601 an andere Gesundheitseinrichtungen erfolgen.

602 Zusätzlich muss die medizinische Ausbildung reformiert werden, hin zu mehr  
603 Praxisorientierung. Medizinisch-pflegerischem, -technischem oder pharmazeutischem  
604 Personal soll bei Erlangen der entsprechenden Fähigkeiten außerdem mehr  
605 medizinische Kompetenz eingeräumt werden. Dies gibt diesen Berufsständen  
606 Aufstiegsperspektiven, entlastet Ärzte in ihrer Arbeit und führt allgemein zu  
607 einem effizienteren Arbeitsablauf.

### 608 **Der mündige Patient**

609 Wir stellen die Mündigkeit des Patienten in den Mittelpunkt des  
610 Gesundheitssystems, da nur dieser volle Verantwortung für sich und seine  
611 Gesundheit tragen kann. Der mündige Patient gestaltet seinen Genesungsprozess  
612 aktiv mit. Er entscheidet, wenn möglich, nach Aufklärung und Beratung gemeinsam  
613 mit seinem Arzt über die anzuwendende Behandlung.

614 In der Konsequenz ist es auch Entscheidung des Einzelnen, seinem Leben ein Ende

615 zu setzen, in Einklang mit den eigenen Vorstellungen von Lebensqualität und  
616 Sinnhaftigkeit. Dieser Akt autonomer Selbstbestimmung ist von Staat und  
617 Gesellschaft zu respektieren. Dafür soll und darf auch bei Dritten Hilfe gesucht  
618 und in Anspruch genommen werden. Im Rahmen des Gesundheitssystems, muss auch die  
619 aktive Sterbehilfe ermöglicht werden – inklusive des Zugangs zu entsprechenden  
620 Medikamenten.

## 621 **Pensionen und Kapitalvorsorge**

622 Der in Österreich beschworene Generationenvertrag ist gescheitert. Dies  
623 bestätigt ein Blick auf Österreichs Demographie. Es ist mathematisch  
624 ausgeschlossen, dass die geburtenschwachen Jahrgänge der jüngeren Zeit während  
625 ihrer Erwerbstätigkeit die Pensionszahlungen der Babyboomer finanzieren können.  
626 Das Pensionssystem wird von einer untätigen, wahlgetriebenen Politik gegen die  
627 Wand gefahren – zu Lasten der Jungen Generationen. Wir fordern daher einen  
628 Systemwechsel: Durch ein Beitragssystem sichert sich jeder Bürger durch seine  
629 Beiträge die eigene Altersvorsorge, durch eine Aktienpension wird ein Teil der  
630 allgemeinen Beiträge langfristig wertsteigernd veranlagt und durch zukunftsfitte  
631 Kapitalmarktmarktpolitik wird die private, individuelle Vorsorge erleichtert.

## 632 **Generationengerechtes Beitragssystem**

633 Eine echte Pensionsreform: weg vom demographisch unhaltbaren Umlageverfahren hin  
634 zu einem zukunftsfittem Beitragssystem. In diesem System hat jeder Bürger sein  
635 eigenes Pensionskonto, über dessen Status Quo regelmäßig Auskunft erteilt wird.  
636 Entsprechend der statistisch zu erwartenden Lebenserwartung werden dann auch die  
637 aktuell bestehenden Möglichkeiten von Pensionsauszahlungen angezeigt. Diese  
638 variieren, je nach gewünschtem Pensionseintritt, automatisch entsprechend der  
639 unterschiedlichen Laufzeit. Ein Regelpensionsalter existiert nicht. Die  
640 Inanspruchnahme der Pensionsauszahlungen kann erfolgen, sobald ein Mindestniveau  
641 an monatlicher Auszahlung (= Existenzminimum) erreicht wurde. Die Umsetzung  
642 dieser Reform der ersten Säule des Pensionssystems, ist natürlich nur  
643 stufenweise und zeitlich gestreckt möglich.

644 Sollten die eigenen Pensionsbeiträge keine ausreichende Altersvorsorge  
645 sicherstellen, greift auch bei den Pensionen das System des liberalen  
646 Bürgergeldes. So rentiert sich jeder für die eigene Pension eingezahlte Euro  
647 weiterhin, wobei gleichzeitig effektiv gegen Altersarmut geschützt wird.

648 Gleichzeitig muss sich Arbeit und Zuverdienst auch im Pensionsalter lohnen und  
649 erlaubt sein. Wir fordern daher, dass auf Wunsch vorerst auch nur eine  
650 Teilpension in Höhe von 25%, 50% oder 75% der monatlichen Pensionszahlungen

651 konsumiert werden kann, wenn zum Beispiel noch einer geringen Erwerbstätigkeit  
652 nachgegangen wird. Die dadurch eingesparten Pensionszahlungen können dann später  
653 abgerufen werden.

## 654 **Aktienpension**

655 Unter den Überbegriff Aktienpension fallen pensionssichernde Lösungen, die auf  
656 dem Kapitalmarkt basieren. Wir fordern die Einführung eines Staatsfonds nach  
657 Vorbild Schwedens als Ergänzung der ersten Säule unseres Pensionssystems. Dieser  
658 Fond soll mit mindestens einer Milliarde Euro gedeckt sein, die Betreuung soll  
659 ausgeschrieben werden und im Resultat unabhängigen, professionellen  
660 Anlegeinstitutionen obliegen. Durch diesen Staatsfonds werden die in das  
661 aktuelle Umlagesystem oder das noch umzusetzende Beitragssystem eingezahlten  
662 Beiträge kapitalgedeckt veranlagt. Langfristig steigt somit das Volumen der  
663 Gelder in der ersten Säule.

664 Zusätzlich muss auch die individuelle Pensionsvorsorge gestärkt werden.  
665 Einerseits soll jeder Bürger einen Teil seines Einkommens zur Veranlagung  
666 steuerfrei in den neuen Staatsfonds einzahlen können, um so seine Pension zu  
667 stärken. Andererseits soll die betriebliche Zusatzvorsorge geöffnet werden,  
668 sodass Arbeitnehmer hier entsprechend ihren Bedürfnissen in eine Vorsorgekasse  
669 ihrer Wahl einzahlen können, um so unkompliziert und ohne Kosten vom  
670 Kapitalmarkt profitieren zu können.

## 671 **Individuelle Kapitalvorsorge fördern**

672 Bis zu einer echten Pensionsreform bleibt die individuelle Kapital- und  
673 Altersvorsorge unerlässlich. Das absolute Mindestmaß an Verantwortung für die  
674 nächste Generation, das vom österreichischen Gesetzgeber zu erwarten ist, ist  
675 daher die Vereinfachung und Entlastung der individuellen Vorsorge.

676 Essenziell ist dafür die Wiedereinführung der Behaltefrist von einem Jahr, in  
677 der Form, wie sie bereits bis 2012 in Kraft war. So entfällt für private Anleger  
678 die KEST auf Kursgewinne für langfristig gehaltene Wertpapiere. Zusätzlich soll  
679 es vereinfacht werden, sein Aktiendepot umzuschichten. So senkt man die Hürden,  
680 die mit der Auswahl der Positionen eines Depots verbunden sind, indem spätere  
681 Korrekturen ohne anfallende Kosten oder Steuern durchgeführt werden können. Im  
682 Sinne des Home Bias soll dieser Vorteil nur beim Tausch von rein europäischen  
683 Wertpapieren gelten.

684 Die vor allem bei jungen Generationen beliebten Kryptowährungen sollen sich in  
685 Besteuerung und Handhabung nicht von anderen Wertaufbewahrungsmitteln wie Gold

686 unterscheiden. Dies umschließt auch die Abschaffung der Verifizierungspflichten  
687 von Kryptowallets.

688 Letztlich soll der Zugang zum Finanzmarkt und das Wissen über Kapital- und  
689 Altersvorsorge nicht einer gutbürgerlichen Bildungselite vorbehalten sein. Daher  
690 muss jede österreichische Schulbildung Kompetenzen im Bereich Financial Literacy  
691 beinhalten, die primär von externen Experten und durch direkte praktische  
692 Erfahrung, beispielsweise über die Verwendung von Musterdepots, vermittelt  
693 werden sollen.

#### 694 **Notmaßnahmen**

695 Bis die nötige Pensionsreform endlich umgesetzt werden kann, müssen zusätzlich  
696 zu den oben beschriebenen Vereinfachungen der individuellen Kapitalvorsorge,  
697 mehrere Notmaßnahmen ergriffen werden. Ziel dieser ist die Abwendung einer  
698 völlig aus dem Ruder geratenen, finanziell nicht mehr stemmbaren Pensionspolitik  
699 zu mehr Kostenwahrheit im System.

700 Sämtliche Sonderregelungen und Pensionsprivilegien müssen sofort abgeschafft  
701 werden. Alle staatlichen Pensionen sind in das ASVG zu überführen. Pensionen  
702 über der ASVG-Höchstpension sind nach Höhe der im Erwerbsleben tatsächlich  
703 geleisteten Beiträge zu kürzen, wobei die Kürzungen versicherungsmathematisch  
704 korrekt zu berechnen ist. Bei einem Pensionsantritt vor dem Referenzalter von  
705 derzeit 65 Jahren sind gleichermaßen Abschläge zu berechnen. Durch diese  
706 Maßnahmen muss sichergestellt werden, dass jedenfalls nicht noch mehr Geld aus  
707 dem Staatstopf in die Aufrechterhaltung unseres Pensionssystem fließt.

#### 708 **Wohnen**

709 Wohnen stellt ein menschliches Grundbedürfnis dar. Jedem Bürger soll ein  
710 Wohnangebot nach seinen individuellen Bedürfnissen offenstehen. Der Zugang zu  
711 einer Mietwohnung darf dabei nicht von Alter, Glück oder Kontakten abhängen. Und  
712 auch der Traum vom Eigenheim muss in Österreich aus eigener Kraft realisierbar  
713 sein.

#### 714 **Mietfreiheit statt Mietfallen**

715 Für ein Dach über dem Kopf sorgt der Zugang zu einem offenen Wohnungsmarkt mit  
716 einem ausgewogenen, vielfältigen Angebot. Ein solches Angebot kann aber nur dort  
717 entstehen, wo faire Verhältnisse zwischen Eigentümern und Mietern herrschen, die  
718 den Markt beleben und Wohnbau attraktiv machen.

719 Das in Österreich historisch gewachsene Mietrecht ist mittlerweile eines der  
720 europaweit restriktivsten. Während die in Kraft gesetzten Regelungen aus  
721 redlichen Motiven – dem Schutz der Mieter und insbesondere spezieller Gruppen  
722 von Mietern – entstanden sind, sind diese vielfach nicht mehr zeitgemäß und in  
723 ihrem Gesamtausmaß schädlich für den Wohnungsmarkt. So sprechen die Zahlen oft  
724 gegen Renovierungen oder Neubauten, und so verhindert der starke Bestandschutz  
725 für Altmietler eine effektive Allokation des Wohnungsangebots zu Lasten der  
726 jungen Generationen.

727 Das Mietrecht muss folglich dringend flexibilisiert und liberalisiert werden.  
728 Marktmechanismen dürfen nicht weiter durch überbordende Staatseingriffe  
729 ausgesetzt werden, insbesondere bei Altbauten im Vollanwendungsbereich des MRG.  
730 Daher muss das Verhältnis Mieter – Vermieter neu geordnet werden: Insbesondere  
731 sollen Mietverträge im Sinne der Privatautonomie sowohl vom Mieter als auch vom  
732 Vermieter unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist gekündigt werden können. Da  
733 der Mieter von einer Kündigung üblicherweise stärker betroffen ist, sind gewisse  
734 Mieterschutzbestimmungen zu achten. Dazu gehören eine angemessene  
735 Kündigungsfrist und Rücksichtnahme auf besondere Schutzbedürftigkeit, wie bei  
736 Schwangerschaft, Behinderung oder hohem Alter. Auch die Möglichkeit in  
737 Altverträge eintreten zu können, muss auf Ausnahmesituationen beschränkt werden,  
738 um so das Phänomen des sogenannten „Mietadels“ zu unterbinden. Zudem sollen sich  
739 die Miethöhen grundsätzlich am Markt durch Angebot und Nachfrage bilden.

740 Diese Maßnahmen machen den privaten Wohnungsmarkt wesentlich attraktiver, was  
741 Investitionen begünstigt, Angebot schafft und schließlich die Preise auf  
742 angemessenem Niveau hält. Populistische Forderungen nach generellen  
743 Mietendeckeln, Leerstandsabgaben und Zweitwohnsitzabgaben lehnen wir ab. Diese  
744 schaffen keine einzige zusätzliche Wohnung, sondern verschärfen die bestehenden  
745 Probleme weiter.

#### 746 **Menschen statt Mauern fördern**

747 Personen mit einem geringen Einkommen, die marktübliche Mieten nicht aus eigener  
748 Kraft stemmen können, müssen durch die öffentliche Hand gestützt werden.  
749 Subjektförderungen, also finanzielle Beihilfen für Individuen in Einklang mit  
750 dem liberalen Bürgergeld, sind der richtige Weg, um soziale Härten abzufangen.  
751 Insbesondere die mangelnde Flexibilität und die fehlende soziale Treffsicherheit  
752 machen die Objektförderung zu einem oftmals untauglichen Mittel, um in Zukunft  
753 für leistbaren, attraktiven Wohnraum zu sorgen.

#### 754 **Günstige Mieten bauen**

755 Wir wollen Bauen günstiger machen. Durch die Vielzahl von Vorschriften entstehen  
756 massive Kosten. Unser Ziel ist es, kostenverursachende Normen und unnötige  
757 Vorschriften (z.B. überschießende Stellplatzverordnung) zu vermeiden und den  
758 Entscheidern eine transparente Grundlage für ihr Handeln zur Verfügung zu  
759 stellen. Bei sicherheitsrelevanten Themen soll zukünftig ein strenges  
760 Haftungsrecht die überhandnehmenden Gebote und Verbote ablösen.

### 761 **Das erste Eigenheim**

762 Der Traum von den eigenen vier Wänden muss Realität werden können. Um dies  
763 leichter zu verwirklichen, fordern wir einen Strauß an Maßnahmen, die den Kauf  
764 einer neuen Immobilie vergünstigen. Insbesondere die Aussetzung der  
765 Grunderwerbsteuer beim Kauf der ersten Immobilie, sowie die Abschaffung der  
766 Grundbuchgebühren erachten wir als essenziell.

767 Zudem wollen wir Mietkauf-Modelle ausbauen. Bewohner von Gemeinde- oder  
768 Genossenschaftswohnungen sollen die Option erhalten, ihre derzeitigen  
769 Mietverträge in Mietkaufverträge umzuwandeln. Wir schlagen ein Flexi-Mietkauf-  
770 System vor, nach welcher der Betroffene während der Phase eines Mietkaufs seine  
771 Wohnung wechseln kann. Bisherige Zahlungen sollen für den Mietkauf der neuen  
772 Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung angerechnet werden.

### 773 **Sozial treffsicherer Wohnbau**

774 Der soziale Wohnbau soll in erster Linie jenen zugutekommen, die ihn wirklich  
775 benötigen. Sozialer Wohnbau hat aber nicht die Funktion über Steuermittel  
776 privilegiertes Wohnen zu ermöglichen. Deshalb fordern wir ein unbürokratisches  
777 Einkommensmonitoring, um die soziale Treffsicherheit zu erhöhen. Außerdem muss  
778 die Vergabe von „sozialen“ Wohnungen endlich transparent ablaufen. Es braucht  
779 objektive und transparente Kriterien, die die Lebensrealität von jungen Menschen  
780 berücksichtigen.

### 781 **Raumplanung - Neu bauen mit Plan**

782 Neubauprojekte sollen kosteneffizient und ökologisch sinnvoll gebündelt werden.  
783 Statt zersiedelten Gebieten, braucht es kompaktere Siedlungskerne. Um diese zu  
784 verwirklichen, fordern wir, dass die Flächenwidmungskompetenz den Gemeinden  
785 entzogen und auf eine überregionale Ebene übertragen wird.

786 Wir stehen zum Prinzip der qualitätvollen Innenverdichtung. Wohnraum muss  
787 wieder in die Höhe und nicht mehr in die Breite wachsen und dazu müssen  
788 Baurichtlinien gelockert werden. Die Verdichtung eines Siedlungskernes muss

789 dabei einhergehen mit dem Ausbau von Infrastruktur, die nachhaltige Mobilität  
790 sicher ermöglicht und durch umfassende Begrünung im öffentlichen Raum begleitet  
791 werden.

792 Dafür soll die baulich schwierige und daher teure Bebauung von bereits  
793 versiegelten Flächen und das Füllen von innerörtlichen Lücken steuerlich  
794 begünstigt werden. Außerdem müssen baurechtliche Richtlinien vereinfacht werden,  
795 um die Sanierung von alten Gebäuden zu erleichtern und kostengünstigeres Bauen  
796 zu ermöglichen.

## 797 **Klima und Umwelt**

798 Der Schutz unseres Planeten ist die drängendste globale Herausforderung. Wir  
799 setzen uns für einen umweltbewussten Ansatz ein, der auf individuellen  
800 Freiheiten, wirtschaftlicher Entwicklung und verantwortungsvoller Nutzung  
801 unserer Ressourcen basiert. Dabei gehen Ökologie und Ökonomie Hand in Hand, denn  
802 nur, wenn es gelingt, Konsumbedürfnisse insbesondere im Energiebereich sicher,  
803 sauber und bezahlbar zu befriedigen, kann Umwelt- und Klimapolitik gelingen.  
804 Dafür müssen innovative Lösungen forciert und Marktmechanismen genutzt werden,  
805 um die Klimaziele unter Wahrung persönlicher wie wirtschaftlicher Freiheit zu  
806 erreichen.

### 807 **Lenkungseffekte nutzen**

808 Wir setzen auf einen marktwirtschaftlichen Ansatz, bei dem die Kosten von  
809 Klimabelastungen grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip verteilt werden.  
810 Dafür müssen klimaschädliche Externalitäten internalisiert und somit in die  
811 Preisbildung einbezogen werden. Unternehmer wie Individuen haben so direkte  
812 Anreize, auf umweltfreundliche Verhaltensweisen und Produkte zu setzen. Konkret  
813 soll daher in Kombination mit innovationsfördernden Maßnahmen ein EU-weiter CO<sub>2</sub>-  
814 Preis eingeführt werden.

815 Wir setzen uns außerdem für die Einführung von CO<sub>2</sub>-Zöllen ein, um internationale  
816 Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen. Durch diese kann  
817 sichergestellt werden, dass für Unternehmen aus Ländern mit strengeren  
818 Umweltauflagen kein Wettbewerbsnachteil entsteht.

819 Im Sinne der ökologischen Kostenwahrheit müssen außerdem sämtliche fossile  
820 Subventionen, wie etwa des Dieselprivilegs und der Pendlerpauschale gestoppt  
821 werden. Die Förderung von zusätzlicher Feinstaub- und CO<sub>2</sub>-Belastung steht in  
822 diametralem Widerspruch zu allen Bemühungen, die Folgen des Klimawandels  
823 einzudämmen.



## 824 **Energiestrategie für eine nachhaltige Zukunft**

825 Wir bekennen uns zu einer zukunftsorientierten Energiestrategie, die auf  
826 marktwirtschaftlichen Prinzipien, technologischer Innovation und individueller  
827 Entscheidungsfreiheit fußt. Unser Ziel ist es, eine nachhaltige und stabile  
828 Energieversorgung sicherzustellen, welche die Umwelt schont und unseren  
829 gesellschaftlichen Wohlstand sichert.

830 Wir setzen auf die Förderung von Forschung und Entwicklung, um innovative  
831 Technologien voranzutreiben. Für private Unternehmen, Startups sowie Hochschulen  
832 sollen Anreize geschaffen werden, um innovative Lösungen zu erarbeiten.  
833 Insbesondere soll auch die Forschung im Bereich der Energiespeicherung gefördert  
834 werden, um beständige Lösungen für ein zuverlässiges Energiesystem zu  
835 entwickeln.

836 In vielen Bundesländern verhindern Zonierungsgesetze effektiv den Bau von  
837 Windkraftanlagen. Diese sollen angepasst und gelockert werden, sodass die  
838 Entwicklung erneuerbarer Windenergien vorangetrieben werden kann.

839 Wir befürworten eine diversifizierte Energieversorgung, die auf verschiedenen  
840 Energiequellen basiert, einschließlich erneuerbarer Energien wie Solarenergie,  
841 Windenergie, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. Zugleich unterstützen wir  
842 eine technologieoffene Debatte, um auch über die Nutzung von Kernenergie und  
843 sauberer fossiler Energien wie Erdgas sachlich zu diskutieren. Um den  
844 Energieverbrauch zu optimieren und Ressourcen zu schonen, setzen wir auf  
845 Effizienzmaßnahmen und intelligente Technologien.

## 846 **Naturschutz durch Renaturierung**

847 Naturschutz durch Renaturierung von Ökosystemen ist von zentraler Bedeutung für  
848 den Erhalt der Biodiversität und die Wiederherstellung von natürlichen  
849 Lebensräumen. Dabei werden Ökosysteme, die durch menschliche Aktivitäten  
850 geschädigt wurden, durch gezielte Maßnahmen revitalisiert und in ihren  
851 natürlichen, funktionalen Zustand zurückgeführt. So können Feuchtgebiete  
852 wiederhergestellt, Waldgebiete aufgeforstet und Flussläufe sowie Uferzonen  
853 renaturiert werden. Ein weiterer entscheidender Aspekt der Renaturierung ist das  
854 Management invasiver Arten, um die heimische Flora und Fauna zu schützen.

## 855 **Stärkung von Schutzgebieten und nachhaltigem Tourismus**

856 Eine effektive Verwaltung und Erweiterung von Schutzgebieten sind von  
857 entscheidender Bedeutung, um die natürliche Vielfalt zu schützen. Durch eine

858 professionelle und gut koordinierte Verwaltung können Ökosysteme bewahrt,  
859 bedrohte Arten geschützt sowie der Erholungswert für Besucher gewährleistet  
860 werden.

861 Nachhaltiger Tourismus respektiert die ökologischen, sozialen und  
862 wirtschaftlichen Grenzen einer Destination. Dies bedeutet, Tourismus zu fördern,  
863 der lokale Gemeinschaften unterstützt, die Umwelt respektiert und den Besuchern  
864 ein authentisches Naturerlebnis bietet, ohne die Natur zu schädigen. Die  
865 Zusammenarbeit mit touristischen Unternehmen und Verbänden ist entscheidend, um  
866 nachhaltige Praktiken zu fördern. Anreize, Zertifizierungen und Schulungen  
867 können Anbieter motivieren, Umweltstandards einzuhalten.

## 868 **Nachhaltige Raumplanung und Infrastruktur**

869 Eine nachhaltige Raumplanung und Infrastruktur stellen den Schutz und die  
870 Wiederherstellung der Umwelt in den Mittelpunkt. Wir setzen auf eine moderne,  
871 innovative und effiziente Gestaltung des öffentlichen Raums, die im Einklang mit  
872 ökologischer Verantwortung steht und gleichzeitig individuelle Freiheiten  
873 respektiert. Hier ist insbesondere dem rasant fortschreitenden Flächenfraß  
874 Einhalt zu gebieten. Den Bundesländern sollen über den Finanzausgleich  
875 finanzielle Mittel gestrichen werden, wenn unverhältnismäßig viel Boden  
876 versiegelt wird.

877 Ein effektiver Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Radwege und Fußgängerzonen  
878 sollen eine umweltfreundliche Mobilität ermöglichen. Außerdem kann die Nutzung  
879 von Smart-City-Technologien und digitalen Lösungen die Ressourcennutzung  
880 optimieren und eine nachhaltige Raumentwicklung fördern.

## 881 **Außen- und Verteidigungspolitik**

882 Die aktuellen Zeiten sind geprägt von Unsicherheiten, die geopolitische  
883 Weltordnung ist im Wandel und es kommt vermehrt zu aggressiven Konfrontationen  
884 bis hin zu neuen Kriegen. Gerade jetzt sind stabile außenpolitische Bündnisse  
885 und Partner für Österreich sowie ein verteidigungsfähiges, gut ausgerüstetes  
886 Militär essenziell. Um unseren Wohlstand sowie unsere Verteidigung zu  
887 garantieren, braucht es gemeinsame europäische Lösungen.

## 888 **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

889 In außen- und sicherheitspolitischen Fragen soll die EU nicht widersprüchliche,  
890 nationalstaatliche Interessen verfolgen, sondern international geeint mit einer  
891 Stimme sprechen. Daher soll die Position des Hohen Vertreters für Außen- und

892 Sicherheitspolitik zu einem echten EU-Außenminister aufgewertet werden und so  
893 die Frage „Who do I call if I want to call Europe?“ endgültig beantworten.

894 Der Europäische Auswärtige Dienst soll zudem gestärkt werden. Die Kompetenzen  
895 der Vertretungen der EU im Ausland sollen erweitert werden, um beispielsweise  
896 die gemeinsame Ausstellung von Visa durch „EU-Botschaften“ zu ermöglichen. Ein  
897 solches Modell der „Botschaft mit 28 Flaggen“ führt zu einheitlichen  
898 Vergabeprozess, ermöglicht Kosteneinsparungen und erlaubt eine vereinfachte  
899 Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten.

### 900 **Europäisches Berufsheer statt provinzieller Zwangsarmee**

901 Um die Wehrhaftigkeit unseres Staats zu garantieren, müssen wir die  
902 Landesverteidigung in die Hände von Profis geben und nicht in die von  
903 Maturanten. Die Wehrpflicht ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die freie  
904 Lebensgestaltung junger Männer. Ein Berufsheer ist längst überfällig und  
905 dringend nötig, um für die Herausforderungen der Moderne gewappnet zu sein. Auch  
906 die Anschaffung von modernem Equipment und Waffensystemen ist längst überfällig.  
907 Als staatliche Kernaufgabe muss die Finanzierung der Militärs daher endlich  
908 priorisiert werden.

909 Als überzeugte Europäer ist uns bewusst, dass nur ein geeintes und starkes  
910 Europa effektiv gegen Cyberkriegsführung, die Bedrohung kritischer Infrastruktur  
911 und Terrorismus vorgehen kann. Die Zusammenarbeit der europäischen  
912 Nachrichtendienste muss weiter verstärkt werden und auch der Schutz der  
913 kritischen Infrastruktur, insbesondere bei grenzüberschreitender Nutzung, in  
914 europäischer Zusammenarbeit erfolgen.

915 Langfristig sind wir außerdem für ein europäisches Militär, das die europäische  
916 Bevölkerung im Notfall effektiv verteidigen kann. Diese EU-Armee soll eng mit  
917 unseren westlichen Verbündeten zusammenarbeiten. Konsequenterweise soll daher  
918 die österreichische Neutralität mittelfristig abgeschafft werden. Kurzfristig  
919 muss zumindest die Beschaffung von Verteidigungsmitteln primär auf europäischer  
920 Ebene erfolgen.

### 921 **Freihandel schafft Wohlstand**

922 Freihandel schafft Wohlstand und stiftet Frieden. Wir wollen Freihandel fördern  
923 und fordern, denn vom freien Handel zwischen Demokratien profitieren am Ende  
924 alle. Eine freie Marktwirtschaft zeichnet sich nicht nur durch den  
925 innerstaatlichen, sondern vor allem auch durch den internationalen Handel aus.  
926 Diese in den letzten zwei Jahrhunderten stattfindende Globalisierung ist die

927 Grundlage unseres heutigen Wohlstands.

928 Wenige Länder haben vom freien Güter- und Personenverkehr des EU-Binnenmarktes  
929 so sehr profitiert wie Österreich. Wir wollen eine Ausweitung und Vertiefung des  
930 Binnenmarktes, um den Wohlstand auch zukünftig zu sichern und auszubauen.

931 Der europäische Binnenmarkt soll durch den Abschluss von Freihandelsabkommen  
932 profitieren. Durch Freihandelsabkommen genießen europäische Erzeugnisse einen  
933 größeren Absatzmarkt, während europäische Konsumenten mehr Wahlfreiheit in ihren  
934 Einkäufen erhalten. Insbesondere österreichische Unternehmer konnten so in der  
935 Vergangenheit überdurchschnittlich profitieren. Alleingänge der österreichischen  
936 Bundesregierung in Form von Vetos gegen europäisch verhandelte  
937 Freihandelsabkommen, sind strikt abzulehnen.

938 Darüber hinaus wollen wir den Handel mit anderen Staaten nutzen, um unsere Werte  
939 und Produktionsstandards zu exportieren. In Anbetracht der Entwicklungen in  
940 Afrika, wo China und Russland die EU wie auch die USA durch eine werteneutrale  
941 Handels- und Investitionspolitik nahezu verdrängt haben, ist aber Zurückhaltung  
942 bei vertraglichen Werteboten geboten. Liberale Demokratie und die Achtung der  
943 Menschenrechte muss man international vorleben, diese kann man nicht einfach  
944 vertraglich aufoktroyieren. Oft sind daher kleine Schritte nachhaltiger. In  
945 diesem Sinne sollen zumindest europäische Umweltstandards zur Erreichung der  
946 Pariser Klimaziele in jedem Freihandelsabkommen durch entsprechende Auflagen und  
947 Mindestanforderungen enthalten sein.

#### 948 **Souveränität und Schutz liberaler Demokratien**

949 Wir bekennen uns klar zur Unterstützung liberaler Demokratien im Kampf gegen  
950 Diktaturen zur Wahrung ihrer Freiheit, wie aktuell in Taiwan, das von der  
951 autoritären kommunistischen Volksrepublik China bedroht wird.

952 Wir verurteilen außerdem klar terroristische Handlungen, die für Unsicherheit,  
953 schlimmstenfalls aber auch zum Verlust von Menschenleben und zu internationalen  
954 Konflikten, führen. Der Angriff der Hamas auf israelische Zivilisten ist ein  
955 deutliches Beispiel für die Provokation von Kriegen durch Terrororganisationen,  
956 die entschlossen bekämpft werden müssen.

957 Das Völkerrecht ist von Staaten nicht als Empfehlung, sondern als bindendes  
958 Regelwerk zu verstehen. Völkerrechtswidrige Kriegshandlungen untergraben das  
959 Fundament internationaler Normen und den Schutz unschuldiger Menschenleben. Der  
960 Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein deutliches und  
961 schwerwiegenderes Beispiel für eklatante Verletzungen des Völkerrechts, denen

962 wir vehement entgentreten müssen.

### 963 **Reform internationaler Institutionen**

964 Internationale Institutionen wie etwa die Vereinten Nationen oder die  
965 Welthandelsorganisation haben oft nicht genügend Mittel, um ihren Aufgaben  
966 nachzukommen. Gerade in Zeiten des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands  
967 gegen die Ukraine, sowie der wirtschaftlichen Dreistigkeit Chinas beispielsweise  
968 in der Missachtung jeglicher Regeln von intellektuellem Eigentum, sind  
969 handlungsfähige internationale Organisationen essenziell.

970 Die Vereinten Nationen sollen ein strukturiertes Forum für Dialog,  
971 Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung auf globaler Ebene sein, doch um diesem  
972 Anspruch gerecht zu werden, muss die UN fundamental reformiert werden. Das allzu  
973 oft hinderliche Vetorecht einzelner Staaten verleiht zwar den getroffenen  
974 Beschlüssen mehr Gewicht, darf jedoch angesichts des globalen Wandels kein  
975 dogmatisches Artefakt der Gründungszeit bleiben, sondern muss laufend  
976 hinterfragt werden.

977 Um zudem Rechtssicherheit im internationalen Wirtschaftswesen sowie Schutz vor  
978 staatlicher Willkür zu gewährleisten, fordern wir die Errichtung eines  
979 unabhängigen, internationalen Handelsgerichtshofs.

### 980 **Vereintes Europa**

981 Die Europäische Union ist als Garant unseres Wohlstandes und als integraler  
982 Bestandteil unseres täglichen Lebens nicht mehr wegzudenken. Nie war die  
983 europäische Bevölkerung so frei, nie so wohlhabend und nie so geprägt von  
984 Frieden. Um jetzt den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effektiv  
985 entgegenzutreten, müssen wir das Projekt Europa weiterentwickeln und vertiefen.  
986 Daher fordern wir die Vereinigten Staaten von Europa.

### 987 **Reform der europäischen Institutionen**

988 Um eine entscheidungsfähige EU zu sichern, muss das Einstimmigkeitsprinzip im  
989 Rat abgeschafft werden. Nur so kann man Autokratien wie Ungarn und Polen den  
990 Wind aus den Segeln nehmen und verhindern, dass einzelne Staaten wichtige  
991 Reformen aufgrund nationalstaatlichen Denkens blockieren.

992 Um eine bürgernahe EU zu schaffen, die Vertrauen und Ansehen genießt, müssen  
993 direkte Wahlen garantiert werden. Deshalb sollen für die Wahl zum Europäischen

994 Parlament europaweite Wahllisten aufgestellt werden und der Kommissionspräsident  
995 direkt gewählt werden.

996 Die Europäische Kommission soll zu einer echten europäischen Regierung  
997 aufgewertet werden, deren Zusammensetzung nicht von der Anzahl der  
998 Mitgliedstaaten abhängt, sondern aus Mitgliedern des Parlaments gebildet wird  
999 und daher eine größere Flexibilität bei der Definition der Aufgabenbereiche hat.  
1000 Das Europäische Parlament wiederum soll durch Gewährung des Initiativrechts in  
1001 seiner Bedeutung aufgewertet werden. Als föderales Element soll ihm der Rat als  
1002 gleichberechtigte zweite Kammer zur Seite gestellt werden. Der Europäische Rat  
1003 soll ersatzlos abgeschafft werden.

1004 Um den Mitgliedstaaten Raum für eigene Entfaltung zu lassen, soll das  
1005 Subsidiaritätsprinzips auch im Laufe kommender Reformen beibehalten und  
1006 stringent eingehalten werden. So werden die regionalen Bedürfnisse und  
1007 Unterschiede durch die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der entsprechenden  
1008 Ebenen berücksichtigt.

#### 1009 **Verantwortungsvolle Finanzpolitik**

1010 Gerade in Zeiten der steigenden Zinsen, zeigt sich einmal mehr, wie wichtig eine  
1011 nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik ist. Die EU und die  
1012 Mitgliedstaaten müssen Förderungen effizienter gestalten, Missbrauch durch  
1013 Nationalstaaten verhindern und Kosten einsparen. Wir bekennen uns zu den  
1014 Maastricht-Kriterien und wollen, dass die Staaten diese in Zukunft wieder achten  
1015 und umsetzen, um der nächsten Generationen Willen.

1016 Wir setzen uns für eine zurückhaltende und möglichst marktnahe Geldpolitik ein.  
1017 Die EZB soll daher umfassend reformiert werden und sich zukünftig einzig auf den  
1018 Erhalt der Geldwertstabilität konzentrieren, um ihre politische Unabhängigkeit  
1019 zu wahren.

#### 1020 **Europäisches Asylsystem**

1021 Die derzeit unkontrollierte Migration nach Europa ist eine der großen  
1022 Herausforderungen unserer Generation. Auch diese können wir nur als geeintes und  
1023 solidarisches Europa bewältigen - es kann nicht sein, dass dieses Problem auf  
1024 einige wenige Mitgliedsstaaten abgeladen wird. Es braucht endlich eine  
1025 gesamteuropäische Asyllösung, an der sich alle Mitgliedsstaaten beteiligen. Die  
1026 Asylwerber sollen verbindlich auf alle Mitgliedstaaten aufgeteilt werden, wobei  
1027 die Verteilung sich nach der Bevölkerungszahl, dem Bruttoinlandsprodukt und den  
1028 bisher erbrachten Leistungen in Bezug auf Asylwerber richten soll. In diesem

1029 Zusammenhang soll auch eine Residenzpflicht eingeführt werden. Asylverfahren  
1030 müssen schneller abgewickelt werden, um Schutzbedürftigen möglichst schnell zu  
1031 helfen und Missbrauch zu verhindern.

1032 Straffällige Asylwerber sollen schneller abgeschoben und außer Landes gebracht  
1033 werden. Die EU soll Rückführungsabkommen abschließen, in denen sich die  
1034 Herkunftsstaaten zur Rücknahme der abgelehnten Asylwerber verpflichten. Nur so  
1035 kann ein funktionierendes Asylsystem Bestand haben.

1036 Um die Integration und Eingliederung der Geflüchteten zu gewährleisten, sollen  
1037 verpflichtende Sprachkurse zur Verfügung gestellt werden. Um Schleppern das  
1038 Geschäft zu erschweren, fordern wir einen effektiven Grenzschutz, an dem sich  
1039 alle EU-Staaten beteiligen.

#### 1040 **Demokratische Mitbestimmung durch Unionsbürger**

1041 Europäer sind heute durch europaweit wechselnde Studienorte und Arbeitsstätten  
1042 sowie Familie und Freunden mit bunt gemischten Staatsbürgerschaften in ganz  
1043 Europa daheim. Ganz im Sinne der europäischen Integration sollen in Österreich  
1044 lebenden Unionsbürgern die vollen demokratischen Teilhaberechte zukommen.

#### 1045 **Verantwortung übernehmen - Liberale Regierungsarbeit**

1046 Politik ist kein Selbstzweck. Genauso wenig das vorliegende Programm. Dieses  
1047 soll nicht in einer dunklen Schublade enden, sondern Veränderung in unserem  
1048 schönen Land bewirken. Der Verdienst für das große Ganze durch teils auch  
1049 kleinere, aber dafür realisierbare Schritte ist gegenüber sturer Ideologie zu  
1050 bevorzugen. In diesem Sinne listen wir in diesem Kapitel zwölf Punkte auf, die  
1051 im Zuge einer liberalen Regierungsverantwortung jedenfalls umgesetzt werden  
1052 sollen, um die Weichen für eine bessere Zukunft zu stellen.

1053 Um das **Aufstiegsversprechen zu erneuern**, sodass sich auch die junge Generation  
1054 in Österreich durch eigene Kraft etwas aufbauen kann, soll ...

- 1055 • die Steuer- und Abgabenlast drastisch gesenkt werden, um vor allem jungen  
1056 Berufstätigen mehr finanziellen Spielraum zu ermöglichen;
- 1057 • die Grunderwerbssteuer beim Kauf der ersten Immobilie ausgesetzt werden;
- 1058 • die Behaltefrist für Wertpapiere für Privatanleger wieder eingeführt  
1059 werden.

1060 Um **Wohlstand in Österreich** langfristig zu sichern, muss der  
1061 unternehmerfeindlichen Überregulierung Einhalt geboten werden. Daher soll ...

- 1062 • die Gewerbeordnung entrümpelt werden, indem vor allem gebundene Gewerbe  
1063 abgeschafft und Qualifikationsnachweise auf das Nötigste reduziert werden;
- 1064 • der Wirtschaftsstandort nicht durch eine Verschärfung des  
1065 Arbeitskräftemangels durch die Einführung einer gesetzlichen 32-Stunden-  
1066 Woche geschwächt werden.

1067 Um weg von Biedermeier-Sentimenten hin zum **italienischen Dolce Vita mit**  
1068 **niederländischem Chill-Faktor** zu kommen, soll ...

- 1069 • die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten schrittweise vorangetrieben  
1070 werden;
- 1071 • die Kriminalisierung von Cannabis zu Gunsten der kontrollierten Freigabe  
1072 abgeschafft werden.

1073 Um im Sinne der **Generationengerechtigkeit** erste Schritte Richtung  
1074 zukunftsfähiger Planet, sowie nachhaltiger Staatshaushalt und zukunftsfittes  
1075 Pensionssystem zu sichern, soll ...

- 1076 • ein Stopp klimaschädlicher Subventionen umgesetzt werden;
- 1077 • ein aktiver Abbau der Staatsschulden betrieben werden;
- 1078 • die Aktienpension durch eine Öffnung der betrieblichen Altersvorsorge  
1079 ermöglicht und das Pensionsantrittsalter nachhaltig erhöht werden.

1080 Um das **österreichische Bildungssystem** zumindest im Rahmen der Kompetenzen einer  
1081 Bundesregierung ein Stück lebensnäher auszugestalten und den Hochschulen ein  
1082 Stück mehr Exzellenz zu erlauben, soll ...

- 1083 • in einem ersten Schritt Richtung völliger Schulautonomie ein geförderter  
1084 Rahmen geschaffen werden, der es Schulen über eine private Trägerschaft  
1085 bei gleichzeitig öffentlicher Finanzierung und ohne Schulgelder  
1086 ermöglicht, finanzielle, personelle sowie pädagogische Autonomie zu  
1087 erlangen und so zu Chancenschulen zu werden, die die Schüler in den  
1088 Mittelpunkt stellen;



1089  
1090

- die Finanzierung der Hochschulen durch nachgelagerte Studienbeiträge verbessert werden.

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Johannes Sablatnig

Tagesordnungspunkt: 11.3 Weitere Anträge

## **A1: Team Tier - für die vereinfachte Mitnahme von Tieren in öffentlichen Einrichtungen**

### **Antragstext**

1 Tiere sind treue Begleiter und sind sowohl in Alltags- als auch in  
2 außerordentlichen Situationen für viele Menschen eine wichtige emotionale  
3 Unterstützung.

4 In den Hausordnungen von den meisten öffentlichen Einrichtungen ist die Mitnahme  
5 von Tieren, ausschließlich von Therapie- und Diensthunden, verboten. Da die  
6 Ausbildung eines Therapie- oder Diensthundes sehr aufwendig und deshalb  
7 kostenintensiv ist und diese speziell ausgebildeten Hunde auch insgesamt  
8 schwierig zu bekommen sind, werden diese oft von nicht ausgebildeten Tieren  
9 ersetzt.

10 Um die Mitnahme von nicht ausgebildeten Tieren zu ermöglichen, sprechen wir uns  
11 JUNOS - Junge liberale NEOS für die vereinfachte Mitnahme von Tieren in  
12 öffentliche Einrichtungen (wie Hochschulen oder Ämtern) aus. Voraussetzung für  
13 die Mitnahme von Tieren in öffentliche Einrichtungen kann eine fachgerechte  
14 Ausbildung, wie für Hunde bereits im Beschluss „Einführung einer bundesweiten  
15 Regelung zur Hundehaltung“ vom XXI. Bundeskongress gefordert, sein. Außerdem  
16 kann es aus hygienischen Gründen (Krankenhäuser, Labore etc.) und für  
17 Listenhunde und weitere Tiere Ausnahmeregelungen geben.

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Christoph Perner

Tagesordnungspunkt: 11.3 Weitere Anträge

## A2: Dem Ehrenamt wieder Ehre geben

### Antragstext

#### 1 **Begründung:**

2 In Österreich ist es Tradition, sich ehrenamtlich zu engagieren. Europaweit gibt  
3 es lt. der Austria Presse Agentur (Bericht 12.Mai 2018) kein Land in dem  
4 verhältnismäßig so viele ehrenamtlich aktiv sind, nämlich 3,3 Millionen  
5 Personen. Aus der Gruppe der 19-bis 29- jährigen ist es beinahe jede\_r Zweite.

6 Auch prägt das Ehrenamt die Kulturlandschaft, damit auch unser tägliches Leben.  
7 Einsatzorganisationen wie Freiwillige Feuerwehr, Rettungsdienste und Bergrettung  
8 genießen ein hohes Vertrauen der Zivilbevölkerung.

9 Ehrenamtliche verfügen über große Zivilcourage, Flexibilität, Zusammenhalt und  
10 Hilfsbereitschaft und meistern in einem immer größer werdenden Ausmaß  
11 (Stichwort: Katastrophen als Folgen des Klimawandels, lt. Global 2000 erfolgte  
12 eine Steigerung der Hochwassereinsätze um 40%) freiwillig übernommene Pflichten  
13 neben Beruf und Familie.

14 Die hohe Sozialkompetenz und das Miteinander, welches seit Generationen in den  
15 Freiwilligenorganisationen gelebt werden, bringt Menschen unterschiedlichster  
16 Herkunft und aus verschiedensten Gesellschaftsschichten zusammen. Geselligkeit  
17 und Zusammenhalt werden in den Vereinen hochgehalten und in Form von Ausflügen  
18 und sportlichen Aktivitäten gelebt. Das ist wesentlich für eine reibungslose  
19 Zusammenarbeit bei den Einsätzen.

20 Viele Bereiche unseres täglichen Umfeldes sind ohne ehrenamtliches Engagement  
21 kaum oder gar nicht finanzierbar. Die Kosten einer vollkommenen Verberuflichung  
22 ehrenamtlicher Tätigkeiten, allen voran in den Einsatzorganisationen, würde den  
23 österreichischen Staatshaushalt vor immense finanzielle Herausforderungen

24 stellen und gleichzeitig würde viel Qualität und Menschennähe ohne  
25 ehrenamtliches Engagement verloren gehen.

26 Ohne Ehrenamt gäbe keine schnelle Freiwillige Feuerwehr und auch keinen  
27 flächendeckend qualifizierten Rettungsdienst in gewohnter Qualität.

28 Katastrophen und deren Aufarbeitung würden sich um Wochen und Monate verlängern  
29 bzw. immense Mehrkosten im Bundeshaushalt verursachen.

30 Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, sehen sich immer mehr mit Gewalt  
31 konfrontiert. Sei es in Form von Beschimpfungen oder gar durch  
32 Körperverletzungen. Hier auch konkrete Zahlen zur Gewalt aus einer Studie (im  
33 Jahr 2012 veröffentlichte Studie aus Deutschland - NRW - zur Gewalt gegen  
34 Rettungskräfte):

35 Jedes Jahr erleben 98% der Studienteilnehmer\_innen verbale Gewalt.

- 36 • Fast 6 von 10 Teilnehmer\_innen hatten zum Zeitpunkt der Studie auch im  
37 Jahr davor physische Übergriffe erlebt.
  
- 38 • Freiwillige im Rettungswesen sehen Mängel bei der Schulung zum Umgang mit  
39 Gewalt in ihrer Ausbildung. Regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen werden von  
40 den Teilnehmern der Studie gefordert. Diese könnten auch durch einen  
41 sicheren rechtlichen Rahmen, der die besondere Schutzwürdigkeit von  
42 ehrenamtlich Engagierten unterstreicht, ein sinnvolles Mittel gegen die  
43 Gewalt sein. Für näheres siehe: [https://www.unfallkasse-  
44 nrw.de/service/nachrichten/studie-gewalt-gegen-rettungskraefte-im-einsatz-  
45 513.html](https://www.unfallkasse-nrw.de/service/nachrichten/studie-gewalt-gegen-rettungskraefte-im-einsatz-513.html)

46 Ein großes Problem stellen mittlerweile aber auch Schaulustige dar, welche die  
47 Einsatzkräfte am Ort des Geschehens behindern und so das Gefahrenpotenzial für  
48 Einsatzkräfte erhöhen. Uniform und Helferbonus sind keine Garantie mehr, nicht  
49 selbst Opfer von Gewalt zu werden.

50 In der Bundespolitik wird in Reden gerne das Engagement im Ehrenamt gelobt, es  
51 bleibt jedoch meist ein Lippenbekenntnis. Konkrete Forderungen der  
52 Einsatzorganisationen werden dagegen selten gehört oder gar umgesetzt.  
53 Einsatzorganisationen müssen stets auf neue Umstände wie den Klimawandel oder  
54 demografische Entwicklungen reagieren. Längerfristige Planungen, auf zehn oder  
55 zwanzig Jahre, sind dagegen schwer möglich, da sich Katastrophen (Hochwasser,  
56 Starkregen, Trockenheit, Schneechaos) mehrmals im Jahr wetterbedingt ereignen.  
57 Und nicht zuletzt sorgt auch die SARS-Covid-19-Pandemie für erhebliche

58 Belastungen für die Einsatzorganisationen, vor allem bei der Bindung von  
59 Ehrenamtlichen.  
60 (Siehe:  
61 [https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.sh-](https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.sh-tml#)  
62 [tml#](https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.sh-tml#)) Technik sowie Geräte, welche man heute beschafft, können in wenigen Jahren  
63 veraltet sein. Hier bedarf es einer Förderpolitik, welche zeitnah auf die  
64 Anforderungen des Einsatzalltags reagiert, womit es dann ermöglicht wird, sich  
effizient für künftige Herausforderungen zu rüsten.

## 65 **Beschluss:**

66 Der Bundeskongress der JUNOS - Junge liberale NEOS möge daher beschließen:

67 Wir setzen uns für einen besseren Schutz, eine höhere Anerkennung, eine  
68 zielgerichtetere Förderung und langfristige Maßnahmen für den Erhalt der  
69 ehrenamtlich fundierten Einsatzorganisationen ein. Dies soll passieren durch:

- 70 • Regelmäßige Studien zur Gewalt gegen Einsatzkräfte auch in Österreich (für  
71 Vergleichbarkeit & Evaluation von Maßnahmen). Einerseits legislativ zum  
72 besonderen Schutz der Schlagkraft von Einsatzorganisationen (s. unten) und  
73 weitreichende Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche in  
74 Einsatzorganisationen für Deeskalation und Konfliktmanagement.
- 75 • Erweiterung des Strafgesetzbuches um eine Zusatzziffer § 126. StGB  
76 (Schwere Sachbeschädigung) bei Beschädigung, Vandalismus oder  
77 Brandstiftung an der Infrastruktur.

78 Neu: “ (3) Wer mutwillig durch die Tat an der Sache, dessen Folge die  
79 unwiederbringliche Inbetriebnahme von einzelnen Einrichtungen und  
80 Gerätschaften, die dem Zweck der Gefahrenabwehr oder Erhaltung  
81 menschlichen Lebens dienen, herbeiführt, ist mit einer Freiheitsstrafe  
82 mindestens sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.”

- 83 • Entwicklung einer gemeinsamen Info-Kampagne des Innenministeriums mit dem  
84 Bundesverband Rettungsdienst, Bergrettungsdienst, Zivilschutzverband  
85 Österreich, Polizei und den Medien des ORF nach dem Vorbild aus  
86 Deutschland. Ziel der Kampagne ist es, Interessierte zu motivieren und  
87 Gewalt gegen Einsatzkräfte zu sensibilisieren.  
88 Siehe <https://sicherheit.bund.de/> Die Förderung des Ehrenamts darf und kann  
89 nicht allein die Aufgabe der Freiwilligenorganisationen selbst sein. Die  
90 ehrenamtlichen Einsatzorganisationen handeln im Allgemeininteresse und

- 91 daher ist die Förderung des Ehrenamts - insbesondere die Motivierung zum  
92 und die Werbung für ehrenamtliches Engagement - eine (teil-)staatliche  
93 Aufgabe.
- 94 • Ausbau/Stärkung der Stellen zur Stressbewältigung und traumatischen  
95 Erlebnissen nach Einsätzen. Dem jetzt Großteils ehrenamtlich gestützten  
96 System soll zur Verkürzung von Wartezeiten und besserer Bedarfsdeckung mit  
97 Möglichkeiten von staatlicher Seite geholfen werden.
  - 98 • Um die Nachwuchssorgen zu bekämpfen und bei der Mitgliedergewinnung zu  
99 unterstützen, soll zum einen ein Besuch einer Organisation des Feuerwehr-  
100 und Rettungswesens sowie Katastrophenschutzes in den Unterrichtsplänen der  
101 Länder verankert werden, weiters treten wir für die Etablierung regionaler  
102 Strukturen (z. B. Ferienprogramme von Gemeinden ein), welche die Arbeit  
103 von freiwilligen Blaulichtorganisationen für Kinder & Jugendliche  
104 veranschaulichen und erlebbar machen.
  - 105 • Vergünstigungen für Ehrenamtliche bei Nachweis der Tätigkeit durch  
106 Dienstaussweise o. ä. (z.B. vergünstigte Eintritte in Kommunalbetrieben wie  
107 Freibäder, Ermäßigung Klimaticket, Museen und Kulturstätten)
  - 108 • Stärkere Berücksichtigung freiwilligen Engagements bei Bewerbungen in  
109 öffentlichen und landesbeteiligten Unternehmen bzw. bei Aufnahmetests für  
110 Studenten (z.B. Medizinstudium)
  - 111 • Digitalisierte Abarbeitung und Dokumentation von Einsätzen soll in diesem  
112 Bereich flächendeckend verfügbar werden. Tools auf Tablet-PCs reduzieren  
113 die Zettelwirtschaft und sorgen für eine flüssigere  
114 Informationsbeschaffung. Im Fall des Rettungsdienstes kann so auch der  
115 Fokus vermehrt auf das Wesentliche des Einsatzes gelegt werden, nämlich  
116 auf die zu betreuenden Patient\_innen. Eine Ankaufsaktion von Tablets über  
117 die Bundesbeschaffung ist hier sinnvoll. Wichtig dabei ist es vor allem,  
118 bei diesem Transformationsprozess die Ehrenamtlichen nicht zu bevormunden,  
119 sondern sie zwischen verschiedenen Varianten wählen zu lassen.  
120 Digitalisierung darf kein Zwang werden, sondern soll eine attraktive  
121 Option werden.

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Sebastian Werkl

Tagesordnungspunkt: 11.3 Weitere Anträge

## **A3: Liberalisierung von Verwaltungsstrafen - Ersatzfreiheitsstrafen abschaffen!**

### **Antragstext**

1 Wir JUNOS - Junge liberale NEOS sind der Überzeugung, dass eine Haftstrafe immer  
2 die Ultima Ratio sein muss, die Strafmaßnahme, wenn alle anderen Strafmaßnahmen  
3 nicht gewirkt haben. Deshalb setzen wir uns für eine Abschaffung des §16 VStG  
4 ein, in welchem Ersatzfreiheitsstrafen beschrieben werden. Während es im  
5 Strafrecht und auch im Finanzstrafrecht bereits möglich ist, eine  
6 Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige Arbeit zu umgehen, gibt es diese  
7 Option im Verwaltungsstrafrecht noch nicht.

8 Einerseits stellen die Ersatzfreiheitsstrafen eine Diskriminierung finanziell  
9 schwacher Bevölkerungsteile dar, weil eine Ersatzfreiheitsstrafe nicht ohne  
10 Grund als Ersatz der Geldstrafe herangezogen werden kann. Eine  
11 Ersatzfreiheitsstrafe ist nur im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe  
12 anzutreten. Erst wenn die Einbringungsmaßnahmen (Exekution) erfolglos waren,  
13 kommt es zu einer Ersatzfreiheitsstrafe. Davon waren im Jahr 2022 immerhin 5243  
14 Menschen betroffen.

15 Andererseits sind Ersatzfreiheitsstrafen auch für den Staat teuer. Ein Häftling  
16 im Justizvollzug kostete Österreich in den Jahren 2019-2021 zwischen 144 und 151  
17 Euro pro Tag. Für Häftlinge, die eine Ersatzfreiheitsstrafe in  
18 Polizeianhaltezentren verbüßen, wurden insgesamt im Jahr 2017 13,4 Mio. Euro  
19 ausgegeben.

20 Des Weiteren gibt es selbstredend noch andere persönliche Konsequenzen für  
21 Menschen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen müssen. Selbst bei kurzen  
22 Haftstrafen gibt es eine latente Gefahr des Jobverlusts und damit  
23 zusammenhängende weitere soziale Probleme wie etwa Wohnungslosigkeit. Außerdem  
24 gibt es klarerweise auch ein soziales Stigma von Menschen, die inhaftiert waren.  
25 Ganz zu schweigen von den Problemen, die Alleinerziehende haben, ihre Kinder

26 unterzubringen, wenn sie eine Ersatzfreiheitsstrafe ableisten.

27 Dies alles spricht gegen die bis jetzt gängige Praxis der Ersatzfreiheitsstrafen  
28 im Bereich von Verwaltungsdelikten. Natürlich ist es aber auch keine Option,  
29 Menschen, die eine Geldbuße nicht bezahlen können, straffrei davonkommen zu  
30 lassen. Deshalb fordern wir JUNOS - Junge liberale NEOS, dass an die Stelle von  
31 Ersatzfreiheitsstrafen auch im Bereich des Verwaltungsstrafrechts gemeinnützige  
32 Arbeit tritt. Im Jahr 2017 wurde von der damaligen SPÖ-ÖVP Regierung bereits  
33 eine derartige Reform vorgelegt. Leider ist diese den darauf folgenden  
34 Regierungsumbildungen zum Opfer gefallen. Bis dato wurde keine neue  
35 Gesetzesnovelle erarbeitet. Wir fordern eine Beendigung dieses Missstandes im  
36 Verwaltungsstrafrecht.



# ANTRAG

Antragsteller\*in: Manuel Grubmüller, Felix Schnabl

Tagesordnungspunkt: 11.3 Weitere Anträge

## A4: Der österreichische Weg zur Knechtschaft. Landesbudgets dürfen keine Handkasse sein!

### Antragstext

1 In Zeiten von immer stärkerem kollektivistischen Populismus (sei es von seiten  
2 von ÖVP und SPÖ, die sich panisch an ihre Macht im Land bzw Bund klammern, von  
3 der zukunftsvergessenen FPÖ oder auch vom linken Rand) müssen wir besonders  
4 darauf achten, dass nicht auf Kosten von morgen gewirtschaftet wird. Um das zu  
5 gewährleisten, setzt Junge Liberale NEOS - JUNOS sich bereits seit langem für  
6 eine Schuldenbremse im Verfassungsrang ein<sup>1</sup>.

7 Doch gerade jetzt sehen wir, dass die Populist:innen dort am spendabelsten sind,  
8 wo am wenigsten politische Kontrolle herrscht: Auf Landesebene. Sei es im  
9 Burgenland unter Hans-Peter Doskozil<sup>2</sup> oder in Niederösterreich unter Johanna  
10 Mikl-Leitner, regelmäßig verteilen in Österreich kollektivistische  
11 Landeskaiser:innen das Geld der Bürger:innen in Gutsherrenart.

12 Es braucht daher auch für die Landesebene ein starkes Regelwerk, das  
13 zukunftsvergessenen Finanzen und ungeniertem Stimmenkauf einen Riegel  
14 vorschiebt. Damit dieses Regelwerk nicht zu leicht von mächtigen  
15 Landeshauptleuten und ihren willfährigen Adlaten abgeändert werden kann, wollen  
16 wir es auf die höchste Ebene heben.

17 **Erstens** setzt sich Junge Liberal NEOS - JUNOS für eine **Schuldenbremse auf**  
18 **Landesebene** in Bundesverfassungsrang ein. Nach den selben Modalitäten wie auf  
19 Bundesebene soll diese Schuldenbremse kein Schuldenverbot sein. Sie soll aber  
20 garantieren, dass die Länder in guten Zeiten nicht über ihre Verhältnisse leben.

21 Allzu häufig verwenden Landeshauptleute die gute Bonität ihres Bundeslandes aber  
22 auch, um mittels Landesgarantien ein Netzwerk an staatsnahen Unternehmen  
23 indirekt zu unterstützen. Was auf den ersten Blick wie ein unschuldiges Spiel  
24 ohne Folgen wirkt, kann mittelfristig einschneidende Auswirkungen auf die

25 zukünftigen Generationen haben. Nur sind die Verantwortlichen dann schon längst  
26 aus dem Amt geschieden.

27 Kärnten ist hierbei ein mahnendes Beispiel. Unter Jörg Haider hatte Kärnten  
28 zeitweise Haftungen von bis zu 24 Milliarden Euro im Zusammenhang mit  
29 Geldgeschäften der Hypo Alpe Adria übernommen. Nach dem Ende seiner Zeit im Amt  
30 implodierte die Hypo Alpe Adria, was das Bundesland fast in die Pleite trieb -  
31 bevor der Bund mit Milliarden an Steuergeld einspringen musste.<sup>3</sup>

32 **Zweitens** setzt sich Junge Liberale NEOS - JUNOS dementsprechend für eine  
33 **Deckelung der Gesamthöhe an erlaubten Landesgarantien** ein. Kein Bundesland  
34 sollte mehr für ein vielfaches seines Landesbudgets haften dürfen.

35 Neben klaren Grenzen braucht es auch mehr Kontrolle. Hierbei sind insbesondere  
36 die Landesrechnungshöfe eine wichtige Einrichtung. Selbst wenn gemäß Art 127 B-  
37 VG auch der Bundesrechnungshof die Finanzgebarung der Länder kontrollieren kann,  
38 wird das Groß der Kontrollarbeit durch die von den Ländern eingerichteten  
39 Landesrechnungshöfe erfüllt. Im Gegensatz zum Bundesrechnungshof ist aber weder  
40 die Unabhängigkeit, noch die Existenz dieser Landesrechnungshöfe  
41 bundesverfassungsrechtlich abgesichert.

42 Beispielhaft dafür ist, dass das Land Niederösterreich erst seit 1. Juli 1998  
43 über einen Landesrechnungshof verfügt.<sup>4</sup> Das unterstreicht, dass die Existenz  
44 dieser wichtigen Institutionen alles andere als selbstverständlich ist.

45 Selbst wenn in der jüngeren Vergangenheit glücklicherweise kein  
46 Landesrechnungshof durch einen Skandal erschüttert wurde, bleibt festzuhalten,  
47 dass die Leitungen der Landesrechnungshöfe in mehreren Bundesländern nur mit  
48 einfachem Mehrheitsbeschluss durch den Landtag bestellt werden<sup>5</sup>. Ebenso ist in  
49 mehreren Bundesländern eine Wiederwahl der Leitung des Landesrechnungshofes  
50 zulässig<sup>6</sup>. Eine solche Möglichkeit der Wiederwahl birgt das Risiko, dass eine  
51 Anbiederung an die Mehrheit im Land stattfindet.

52 **Drittens** setzten sich die Jungen Liberalen NEOS - JUNOS also für eine  
53 **bundesverfassungsgesetzliche Verankerung der Landesrechnungshöfe** ein. Ebenso  
54 sollen bundesweit einheitliche Mindeststandards für die Wahl der Leitung des  
55 Landesrechnungshofes gesetzt werden.

56 Die effizienteste Kontrolle der Politik ist in einer demokratischen Republik  
57 aber immer die Kontrolle durch die Wählenden. Damit die Entscheidung der  
58 Wahlbevölkerung aber nicht durch eine falsche oder irreführende Darstellung der  
59 Landesfinanzen beeinflusst wird, ist es von großer Bedeutung, dass die

60 Bürger:innen niederschwellig Einblick in die Finanzen ihres Bundeslandes nehmen  
61 können. Nur echte Transparenz ist ein wirksames Mittel gegen billigen  
62 Populismus.

63 Es reicht jedoch nicht, wenn Rohdaten veröffentlicht werden. Echte Transparenz  
64 kann nur durch vollständige, vergleichbare und verständlich aufbereitete Daten  
65 gewährleistet werden. Wir begrüßen hier das Inkrafttreten der Voranschlags- und  
66 Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015), die bundesweit einheitliche  
67 Standards für Voranschläge und Rechnungsabschlüsse von Gebietskörperschaften  
68 geschaffen hat, und damit für Vergleichbarkeit gesorgt hat. Es gilt jedoch auch  
69 hier nachzuschärfen, insbesondere im Hinblick auf die Verschuldung landesnaher  
70 Unternehmungen.

71 Damit diese Daten den Bürger:innen aber auch wirklich einen fundierten Überblick  
72 über die Finanzen ihres Bundeslandes verschaffen, braucht es auch eine zugleich  
73 präzise und niederschwellige Aufbereitung dieser Daten.

74 **Viertens** setzten sich die Jungen Liberalen NEOS - JUNOS für einen durch den  
75 Bundesrechnungshof betreuten **“Schuldenmonitor”** ein, der als One-Stop-Lösung  
76 einen Überblick über die Finanzen aller Gebietskörperschaften ermöglicht und für  
77 Vergleichbarkeit sorgt.

78 Nur mit diesen Maßnahmen können wir anstatt eines Schuldversprechens, ein  
79 Freiheitsversprechen für die zukünftigen Generationen absichern.

80 <sup>1</sup> Siehe JUNOS-Beschluss: “Die Krise der Jugend fordert einen neuen  
81 Generationenvertrag” beschlossen am 08.11.2020

82 <sup>2</sup> Siehe zum Beispiel die Kritik des burgenländischen Landesrechnungshofes an dem  
83 Finanzgebaren des Landes Burgenland und der ausgelagerten Entitäten des Landes  
84 “Finanzschulden „Konzern Burgenland“” vom 31.12.2021.

85 <sup>3</sup> Siehe den Bericht des Rechnungshofes zu “Haftungen des Landes Kärnten für HYPO  
86 ALPE–ADRIA–BANK INTERNATIONAL AG und HYPO ALPE–ADRIA–BANK AG” aus dem Jahr 2014.

87 <sup>4</sup> Siehe Website des NÖ Landesrechnungshofs [https://www.lrh-  
88 noe.at/de/meldungen/landesrechnungshof-beging-sein-20-jaehrigen-  
89 bestehen#:~:text=Der%20N%C3%96%20Landtag%20hat%20mit,Jahr%201925%20geschaffene%20-  
90 -  
91 0Kontrollamt%20ab.](https://www.lrh-noe.at/de/meldungen/landesrechnungshof-beging-sein-20-jaehrigen-bestehen#:~:text=Der%20N%C3%96%20Landtag%20hat%20mit,Jahr%201925%20geschaffene%20-Kontrollamt%20ab.)

92 <sup>5</sup> Hier kann man Beispielsweise die Regelung in Salzburg hervorheben, die nur  
93 eine einfache Mehrheit bei der Wahl des Direktors des Landesrechnungshofes  
94 vorsieht (§3 Abs 1 Salzburger. Landesrechnungshofgesetz 1993).

95 <sup>6</sup> Hier kann man Beispielsweise die Regelung in Niederösterreich hervorheben, die  
96 eine mehrmalige Wiederbestellung ermöglicht (Art 52 Abs 5 NÖ Landesverfassung  
1979).

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Daniel Szankovich, Johannes Sablatnig, Siegfried Plescher

Tagesordnungspunkt: 11.3 Weitere Anträge

## A5: ESports als Sport anerkennen

### Antragstext

1 Momentan wird ESports in Österreich immer noch als bloße Spielerei am Computer  
2 verstanden. Im Hochleistungsbereich des ESports sind jedoch täglich  
3 mehrstündige Trainings erforderlich, damit Wahrnehmungsvermögen,  
4 Reaktionsschnelle und Feinmotorik geschult werden. Diese historisch bedingte  
5 Ungleichbehandlung ist jedoch aufgrund der aktuellen Entwicklung im Bereich des  
6 eSport nicht mehr zu legitimieren. Insgesamt wird E-Sport bereits in über 60  
7 Nationen von etablierten Verbänden des organisierten Sports anerkannt und  
8 teilweise vom Staat gefördert. In Österreich wird dieser Schritt bislang  
9 verweigert. Unter eSport wird im Allgemeinen einen Wettkampf, den Menschen in  
10 Computer- oder Videospiele unterschiedlicher Genres austragen, verstanden.

11 Wir, JUNOS – Junge Liberale Neos, setzen uns aktiv für die Förderung des  
12 ESports ein. Deshalb fordern wir die Anerkennung des ESports in Österreich als  
13 offizielle Sportart.

14 ESports Titel, die eine anerkannte Sportart nachspielen oder an eine anerkannte  
15 Sportart angelehnt sind, sind nach Auffassung der JUNOS auf jeden Fall als  
16 gemeinnützig einzustufen. Für die Gemeinnützigkeit von anderen Titeln, muss  
17 für die Anerkennung als gemeinnütziger Sport zumindest eine  
18 Wettbewerbsfähigkeit gegeben sein.

19 Weiteres Kriterium für die Einstufung des eSport-Titel als gemeinnütziger  
20 Sport ist der Gesamteindruck.

21 Indikatoren dafür können unter anderem sein:

- 22 • Leistungsfähigkeit

- 23 • ein über das übliche Maß hinausgehende körperliche Ertüchtigung
- 24 • persönlichen Können zurechenbare Kunstbewegung
- 25 • Hand-Auge-Koordination
- 26 • Reaktionsgeschwindigkeit
- 27 • taktisches Geschick
- 28 • Spielübersicht
- 29 • Durchhaltevermögen
- 30 • Vorausschauendes Denken
- 31 • Räumliches Orientierungsvermögen

32 ESports wird den österreichischen Videospielemarkt fördern und Österreich als  
33 ein Vorreiterland in Sachen ESports dastehen lassen. Die damit verbundenen  
34 Erleichterungen bei der Beantragung für VISA für Spieler aus nicht EU-Länder  
35 und die Förderung von ESports Vereinen wird eine Vergrößerung und  
36 Attraktivierung des ESports zur Folge haben.

37 Da nicht alle Generationen mit dem Thema ESports aufgewachsen sind, ist es aus  
38 der Sicht der JUNOS wichtig, auch die Aufklärungsarbeit für Eltern zu  
39 berücksichtigen und mit den alten und widerlegten Klischees wie dies der  
40 „Killerspiele“ aufzuräumen.

41 Um bereits die Jüngsten für das Thema ESports zu sensibilisieren und um auf  
42 das Thema ESports aufmerksam zu machen, soll dieser in Zukunft im  
43 Informatikunterricht behandelt werden.

# ANTRAG

Antragsteller\*in: *Peter Berry, Christoph Hofer*

Tagesordnungspunkt: *11.3 Weitere Anträge*

## **A6: Freier Übergang für freie Bürger\_innen**

### **Antragstext**

1 JUNOS - junge liberale NEOS glauben an die Eigenverantwortung und Mündigkeit  
2 der Bürger\_innen. Das gilt auch für Fußgänger\_innen im Straßenverkehr.

3 Fußgänger\_innen sind in der Lage, das eigene Risiko beim Überqueren der  
4 Straße ausreichend einzuschätzen. Eine Ampelschaltung im Sinne des Schutzes  
5 und des Vorrangs der Fußgänger\_innen ist zwar notwendig, allerdings kann wie  
6 in zahlreichen anderen Ländern eine rote Ampel für Fußgänger\_innen eine  
7 Empfehlung und keine Pflicht darstellen.

8 Der Zwang, eine sinnlose Regelung einzuhalten, bei deren Bruch niemandem Schaden  
9 zugefügt wird, erzieht autoritätsabhängige Untertanen und kann nicht im Sinne  
10 einer liberalen Gesellschaft sein.

11 Die stetige Nichteinhaltung einzelner Regeln durch die Bürger\_innen, wie diese  
12 bei der Straßenüberquerung in Österreich passiert, schwächt das  
13 Gesamtregelwerk und letztendlich den Rechtsstaat.

14 Weiters werden zahllose Stunden beim unnötigen Warten verschwendet, die  
15 entweder in eine höhere wirtschaftliche Produktivität oder in eine bessere  
16 Nutzung der Freizeit investiert werden könnten.

17 Die polizeilichen Kontrollen und daraus entstehenden Geldstrafen dienen nicht  
18 nur einer schleichenden Unterdrückung der Bevölkerung, sondern auch letzten  
19 Endes einer versteckten Finanzierung des aufgeblähten Staatsapparates, die es  
20 aus liberaler Sicht eindeutig abzulehnen gilt.

21 Der öffentliche Raum gehört den Bürger\_innen und nicht dem Staat. Eine  
22 staatliche Umverteilung zugunsten des motorisierten Individualverkehrs, der vor

23 allem im urbanen Raum von staatlichen Eingriffen profitiert, ist ebenso aus  
24 liberaler Sicht nicht vertretbar. Nicht notwendige Verbote für  
25 Fußgänger\_innen bei der freien Nutzung des öffentlichen Raumes sind  
26 schleunigst zu beseitigen.

27 Aus diesen Gründen setzen sich JUNOS - junge liberale NEOS für eine Reform des  
28 § 76 StVO, welche die Möglichkeit der ungehinderten Straßenüberquerung nach  
29 eigener Risikoabschätzung sowohl bei roter Ampel als auch bei mangelnder  
30 vorgegebener Überquerungsgelegenheit veranlasst. Lediglich auf Autobahnen soll  
31 die freie Überquerung untersagt bleiben.

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Daniel Szankovich, David Burits, Siegfried Plescher

Tagesordnungspunkt: 11.3 Weitere Anträge

## A7: Ende der Buchpreisbindung

### Antragstext

1 Momentan liegt der Preis eines Buches fest in der Hand der Verleger. Der Anteil  
2 am Buchpreis für den Autor beträgt zum Beispiel 5%, für den Versand ganze 10%  
3 und für mögliche „Rabatte“ bleiben 10% übrig, von denen der Endkonsument in den  
4 meisten Fällen nichts abbekommen wird.

5 Faktisch bestimmen die Verleger darüber, welches Buch wir zu welchem Preis  
6 kaufen werden. Nicht nur in Österreich, sondern auch in Ländern wie Deutschland  
7 oder Frankreich, existiert eine Buchpreisbindung, zu Lasten der Endverbraucher.

8 Auch Studenten von Lehrgängen wie beispielsweise Rechtswissenschaften, leiden  
9 unter den von einzelnen Verlegern festgelegten Preisen für Rechtsmaterial,  
10 obwohl der Druck in einem Copy-Shop oftmals nur ein Viertel davon kosten würde.

11 Wir, JUNOS – Junge Liberale Neos, setzen uns aktiv für die Abschaffung der  
12 Buchpreisbindung in Österreich ein.

13 Durch die Abschaffung würden die Preise der Bücher vom freien Markt bestimmt  
14 werden, was dazu führen würde, dass durch das Prinzip von „Angebot-und-  
15 Nachfrage“ es bei einigen Büchern zu günstigeren Preisen für den Endverbraucher  
16 kommen könnte.

17 Das Argument der Buchpreisbindung, es würde das Buch als Kulturgut schützen, hat  
18 bei der heutigen Vielzahl an Werken, welche meist primär der Unterhaltung  
19 dienen, nicht wirklich Relevanz. Des Weiteren, würde man diesen Gedanken  
20 weiterdenken, müssten auch Musik/Bilder/Filme/usw. einer Preisbildung  
21 unterliegen, da diese indirekt auch ein gewisses „Kulturgut“ sind. Und selbst  
22 wenn Buchklassiker, wie Marx, nur circa 8€ kosten, so gibt es trotz  
23 verschiedener Verleger nicht die Möglichkeit, beispielsweise aus einem  
24 billigeren Modell mit z.B. einfacherem Einband zu wählen.



25 Die deutsche Monopolkommission fordert ebenfalls das Ende der Buchpreisbindung.  
26 Der internationale Vergleich zeigt, dass das Buchangebot durch die Preisbindung  
27 nicht größer wird. In Frankreich etwa gibt es eine Preisbindung, aber es wird  
28 wenig verlegt als im Vergleich zu Ländern wie Großbritannien.

29 In Großbritannien wurde die Buchpreisbindung 1995 abgeschafft. Jährlich finden  
30 zahlreiche neue Titel den Weg in die Verkaufsregale, Tendenz steigend.

31 Abschließend stellt sich besonders bei E-Books die Frage, inwieweit eine solche  
32 Preisbindung aufgrund fehlender Komponenten wie Druck und Versand argumentierbar  
33 ist. Zwar sind E-Books aufgrund dieser fehlenden Komponenten billiger als  
34 physische Bücher, jedoch bekommt der Autor für ein E-Book nicht mehr Tantiemen,  
35 auch wenn die freigewordenen Margen dies zulassen würden.

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Felix Schnabl, Sophie Wotschke

Tagesordnungspunkt: 11.3 Weitere Anträge

## A8: Freie Fahrt durch freien Markt

### Antragstext

#### 1 EINLEITUNG

2 Immer weniger Jugendliche haben einen Führerschein. Die Zahlen sprechen eine  
3 klare Sprache: Während 2011 noch 72.793 15-19-Jährige einen ersten Führerschein  
4 bestanden haben, liegt dieser Wert heute nur noch bei 30.246. Dieses Phänomen  
5 beschränkt sich auch nicht auf urbane Regionen: Auch in Tirol hat sich die Zahl  
6 der Erstzulassungen bei 15-19-Jährigen in elf Jahren mehr als halbiert.<sup>[1]</sup>

7 Wir JUNOS - Junge Liberale NEOS sehen hier einen bedenklichen Trend - immer  
8 weniger junge Menschen haben das Recht, ein Auto oder ein Motorrad zu bedienen.  
9 Aus Sicht der Freiheit ist das besorgniserregend. Gerade am Land ist der  
10 Führerschein die Tür zu mehr Mobilität und damit mehr Freiheit. Der viel  
11 versprochene Öffi-Ausbau, ist in vielen Regionen zu langsam und kann auch nie  
12 jedes Dorf in Österreich ausreichend abdecken. Die Türe Mobilität, bleibt  
13 also für immer mehr Jugendliche verschlossen - das ist ungerecht.

14 Die Existenz eines Führerscheins *per se* halten wir für nötig. Es ist richtig,  
15 dass gewisse Fähigkeiten abgeprüft werden, bevor man Kraftfahrzeuge lenken  
16 darf. Wie jeder andere staatliche Eingriff, sollte sich aber auch dieser auf das  
17 strikte Minimum beschränken. Die Hürden dürfen nicht zu hoch gestellt werden.  
18 Dass ein Führerschein mit den verpflichtenden Vorbereitungsstunden derzeit rund  
19 1550 €<sup>[2]</sup> kostet und damit für viele Jugendliche unleistbar ist, ist für uns  
20 inakzeptabel.

21 Für uns ist also klar: der Weg zum Führerschein muss möglichst  
22 unbürokratisch und einfach sein. Jede einzelne Hürde muss gut begründet sein.  
23 Zusätzlich gilt es die Fahrschulbranche zu deregulieren und zu  
24 entbürokratisieren. Nur so schaffen wir mehr Wettbewerb und damit mehr  
25 Qualität für die Fahrschüler.

## 26 FAHSCHULEN DEREGULIEREN

27 Um den Preis für die Prüfungsvorbereitung nachhaltig zu senken, müssen wir mehr  
28 Wettbewerb in den Fahrschulmarkt bringen. Das bedeutet zuallererst eine  
29 Überarbeitung des bestehenden Regulativs. Derzeit ist die Gründung einer  
30 Fahrschule nämlich sehr kompliziert.

31 So muss man, um eine Fahrschule eröffnen zu können, über 27 Jahre alt,  
32 österreichische Staatsbürgerin oder EU-Bürgerin und "vertrauenswürdig"  
33 sein, sowie Maschinenbau oder Elektrotechnik in der Schule gelernt oder an der  
34 Uni studiert haben (§109 Kraftfahrgesetz). Zusätzlich darf man nicht mehr als  
35 zwei Fahrschulen betreiben, die aber nur 50 km Luftlinie voneinander entfernt  
36 sein dürfen (§111 KFG). Und wenn man die Fahrschule verlegen will, dann darf  
37 man das nur innerhalb desselben Bundeslandes und nach Zustimmung der  
38 Bezirksverwaltungsbehörde (§108 KFG). Weiterbildungen für Personen, die  
39 bereits den Führerschein der entsprechenden Klasse bestanden haben, dürfen  
40 überhaupt nur "auf Grund einer Ermächtigung des Landeshauptmannes" (§108a  
41 KFG) durchgeführt werden. Das gilt insbesondere auch für die Ausbildung von  
42 Fahrlehrkräften.

43 Während der Weg zur normalen "Fahrlehrerin" trotzdem ein recht  
44 unbürokratischer ist, so ist der zur "Fahrschullehrerin", der auch Theorie-  
45 Stunden unterrichten kann, ein deutlich komplizierterer - in den, wie könnte es  
46 anders sein, wieder die Bezirksverwaltungsbehörde involviert ist.

47 Um den Bürokratie-Jungel zu zerschlagen, schlagen wir JUNOS - Junge Liberale  
48 NEOS, folgende Änderungen vor:

- 49 1. Die rechtliche Kategorie "Fahrschule" wird ersatzlos abgeschafft.  
50 Wollen sich mehrere Fahrlehrkräfte zusammentun, so können sie dafür  
51 eine der herkömmlichen Gesellschaftsformen wählen. Damit verschwindet  
52 auch die Unterscheidung zwischen Fahrschullehrerinnen und Fahrlehrerinnen.
- 53 2. Nur zusammen mit staatlich geprüften Fahrlehrern dürfen Personen, die  
54 noch nicht über einen entsprechenden Führerschein verfügen, ein  
55 Fahrzeug lenken, das zugleich spezielle Sicherheitsvorgaben erfüllen muss  
56 (wie die heutigen Fahrschulautos).
- 57 3. Fahrlehrer werden kann jeder Volljährige, der entsprechende staatlich  
58 organisierte theoretische und praktische Prüfungen besteht. Wie er sich  
59 auf diese vorbereitet, steht ihm komplett frei.

## 60 **KOMPETENZEN ABPRÜFEN STATT STUNDEN ABSITZEN**

61 Der Führerschein dient als Nachweis der Fahrtüchtigkeit und ist die  
62 Berechtigung, ein Kraftfahrzeug auf den öffentlichen Straßen Österreichs in  
63 Betrieb zu nehmen. Essentiell ist also, dass die Verkehrsteilnehmerinnen

- 64 • die Straßenverkehrsordnung kennen und anwenden können;
- 65 • ein Fahrzeug richtig bedienen können;
- 66 • das technische Grundwissen beherrschen; und
- 67 • Wissen, wie man in Notfällen reagiert.

68 Diese Kompetenzen werden bei der theoretischen, sowie bei der praktischen  
69 Fahrprüfung abgefragt. Ein positiver Abschluss dieser Prüfungen ist ein  
70 ausreichender Nachweis der Fahrtüchtigkeit. Der Weg dorthin muss vollkommen  
71 frei sein. Sämtliche verpflichtend vorgeschriebenen Ausbildungsstunden - sowohl  
72 in Theorie als auch Praxis - sollen daher abgeschafft werden. Denn *wie* jemand  
73 das Autofahren und das nötige Theoriewissen erlernt, ist irrelevant, solange am  
74 Ende die nötigen Kompetenzen nachgewiesen werden können. Dabei muss man sich  
75 aber natürlich an die bestehenden Gesetze halten - das Autofahren ohne  
76 Lenkberechtigung im öffentlichen Verkehr bleibt strafbar. Im Ergebnis wird also  
77 immer noch der Großteil Fahrstunden nehmen, aber in dem Rahmen den man für  
78 sinnvoll hält und womöglich flankiert von anderen Lernmethoden, wie  
79 beispielsweise Fahrsimulatoren.

80 Einzige Voraussetzung zur Prüfung anzutreten, soll das Erreichen der  
81 Strafmündigkeit - also des 14. Lebensjahres - sein.

## 82 **L-TAFERL**

83 Auch die verpflichtenden Fahrstunden für das Fahren im Verkehr mit einem L-  
84 Taferl sollen abgeschafft werden. Stattdessen werden die hierfür nötigen  
85 Kompetenzen im Zuge einer "*kleinen*" Fahrprüfung überprüft, bei der die  
86 lenkberechtigte Person gemeinsam mit dem\_der Fahrschüler\_in, die nötige  
87 Fahrsicherheit nachweisen. Dabei kann man sich an den Parkplatz-Prüfungen der  
88 bestehenden Fahrprüfungen orientieren.

## 89 **EUROPAWEIT DIGITALER FÜHRERSCHEIN**

90 Wir JUNOS fordern einen europaweiten, digitalen Führerschein. Dieser muss aber  
91 den höchsten Datenschutzregeln entsprechen und soll keineswegs mit anderen  
92 online Applikationen verknüpft sein oder Informationen austauschen.

93 [\[1\]](#) Q. Statistik Austria, Führerscheine und Lenkberechtigungen, Jahresergebnisse  
94 2020

95 [\[2\]https://www.bruttonetto-rechner.at/arbeiterkammer/fuehrerscheinkosten-in-](https://www.bruttonetto-rechner.at/arbeiterkammer/fuehrerscheinkosten-in-oesterreich/)  
96 [oesterreich/](https://www.bruttonetto-rechner.at/arbeiterkammer/fuehrerscheinkosten-in-oesterreich/)

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Bundeskongress (einhellig)

Tagesordnungspunkt: 11.3 Weitere Anträge

## A8NEU: Freie Fahrt durch freien Markt

### Antragstext

#### 1 EINLEITUNG

2 Immer weniger Jugendliche haben einen Führerschein. Die Zahlen sprechen eine  
3 klare Sprache: Während 2011 noch 72.793 15-19-Jährige einen ersten Führerschein  
4 bestanden haben, liegt dieser Wert heute nur noch bei 30.246. Dieses Phänomen  
5 beschränkt sich auch nicht auf urbane Regionen: Auch in Tirol hat sich die Zahl  
6 der Erstzulassungen bei 15-19-Jährigen in elf Jahren mehr als halbiert.<sup>[1]</sup>

7 Gerade am Land ist der Führerschein die Tür zu mehr Mobilität und damit mehr  
8 Freiheit. Der viel versprochene Öffi-Ausbau schreitet in vielen Regionen zu  
9 langsam voran und kann auch nie jedes Dorf in Österreich ausreichend abdecken.  
10 Die Türe Mobilität, bleibt also für immer mehr Jugendliche verschlossen - das  
11 ist ungerecht.

12 Die Existenz eines Führerscheins *per se* halten wir für nötig. Es ist richtig,  
13 dass gewisse Fähigkeiten abgeprüft werden, bevor man Kraftfahrzeuge lenken darf.  
14 Wie jeder andere staatliche Eingriff, sollte sich aber auch dieser auf das  
15 strikte Minimum beschränken. Die Hürden dürfen nicht zu hoch gestellt werden.  
16 Dass ein Führerschein der Klasse B mit den verpflichtenden Vorbereitungsstunden  
17 derzeit rund 1.550 €<sup>[2]</sup> kostet und damit für viele Jugendliche unleistbar ist,  
18 ist für uns inakzeptabel.

19 Für uns ist also klar: der Weg zum Führerschein muss möglichst  
20 unbürokratisch und einfach sein. Jede einzelne Hürde muss gut begründet sein.  
21 Zusätzlich gilt es die Fahrschulbranche zu deregulieren und zu  
22 entbürokratisieren. Nur so schaffen wir mehr Wettbewerb und damit mehr  
23 Qualität für die Fahrschüler.

#### 24 FAHRSCHULEN DEREGULIEREN

25 Um den Preis für die Prüfungsvorbereitung nachhaltig zu senken, müssen wir mehr  
26 Wettbewerb in den Fahrschulmarkt bringen. Das bedeutet zuallererst eine  
27 Überarbeitung des bestehenden Regulativs. Derzeit ist die Gründung einer  
28 Fahrschule nämlich sehr kompliziert.

29 So muss man, um eine Fahrschule eröffnen zu können, über 27 Jahre alt,  
30 österreichische Staatsbürgerin oder EU-Bürgerin und "vertrauenswürdig" sein,  
31 sowie Maschinenbau oder Elektrotechnik in der Schule gelernt oder an der Uni  
32 studiert haben (§109 Kraftfahrgesetz). Zusätzlich darf man nicht mehr als zwei  
33 Fahrschulen betreiben, die aber nur 50 km Luftlinie voneinander entfernt sein  
34 dürfen (§111 KFG). Und wenn man die Fahrschule verlegen will, dann darf man das  
35 nur innerhalb desselben Bundeslandes und nach Zustimmung der  
36 Bezirksverwaltungsbehörde (§108 KFG). Weiterbildungen für Personen, die bereits  
37 den Führerschein der entsprechenden Klasse bestanden haben, dürfen überhaupt nur  
38 "auf Grund einer Ermächtigung des Landeshauptmannes" (§108a KFG) durchgeführt  
39 werden. Das gilt insbesondere auch für die Ausbildung von Fahrlehrkräften und  
40 die Bestellung von Fahrprüferinnen.

41 Während der Weg zur normalen "Fahrlehrerin" trotzdem ein recht  
42 unbürokratischer ist, so ist der zur "Fahrschullehrerin", der auch Theorie-  
43 Stunden unterrichten kann, ein deutlich komplizierterer - in den, wie könnte es  
44 anders sein, wieder die Bezirksverwaltungsbehörde involviert ist.

45 Um den Bürokratie-Dschungel zu zerschlagen, schlagen wir JUNOS - Junge Liberale  
46 NEOS, folgende Änderungen vor:

- 47 1. Die rechtliche Kategorie "Fahrschule" wird ersatzlos abgeschafft.  
48 Wollen sich mehrere Fahrlehrkräfte zusammentun, so können sie dafür  
49 eine der herkömmlichen Gesellschaftsformen wählen. Damit verschwindet  
50 auch die Unterscheidung zwischen Fahrschullehrerinnen und Fahrlehrerinnen.
- 51 2. Nur zusammen mit staatlich geprüften Fahrlehrern oder im Rahmen eines L-  
52 Taferls dürfen Personen, die noch nicht über einen entsprechenden  
53 Führerschein verfügen, ein Fahrzeug lenken. Fahrstunden außerhalb des  
54 Rahmens vom L-Taferl erfolgen dabei mit Fahrzeugen, die spezielle  
55 Sicherheitsvorgaben erfüllen müssen.
- 56 3. Fahrlehrer oder Fahrprüfer werden kann jeder Volljährige, der  
57 entsprechende staatlich organisierte theoretische und praktische Prüfungen  
58 besteht und einen Führerschein der jeweiligen Fahrzeugkategorie besitzt  
59 und sich außerhalb der Probezeit befindet. Wie er sich auf diese  
60 vorbereitet, steht ihm komplett frei.

61 **KOMPETENZEN ABPRÜFEN STATT STUNDEN ABSITZEN**

62 Der Führerschein dient als Nachweis der Fahrtüchtigkeit und ist die  
63 Berechtigung, ein Kraftfahrzeug auf den öffentlichen Straßen Österreichs in  
64 Betrieb zu nehmen. Essentiell ist also, dass die Verkehrsteilnehmerinnen

- 65 • die Straßenverkehrsordnung kennen und anwenden können;
- 66 • ein Fahrzeug richtig bedienen können;
- 67 • das technische Grundwissen beherrschen; und
- 68 • Die theoretischen wie praktischen Kompetenzen des Ersten-Hilfe Kurses  
69 beherrschen.

70 Diese Kompetenzen werden bei der theoretischen, sowie bei der praktischen  
71 Fahrprüfung abgefragt. Das Kontingent an verpflichtend vorgeschriebenen  
72 Ausbildungsstunden - sowohl in Theorie als auch Praxis - soll verkleinert  
73 werden.

74 **L-TAFERL**

75 Auch die verpflichtenden Fahrstunden, beziehungsweise zu fahrenden Kilometer,  
76 mit den "L-Taferln" sind zu verkleinern.

77 **EUROPAWEIT DIGITALER FÜHRERSCHEIN**

78 Wir JUNOS fordern einen europaweiten, digitalen Führerschein. Dieser muss aber  
79 den höchsten Datenschutzregeln entsprechen und soll keineswegs mit anderen  
80 online Applikationen verknüpft sein oder Informationen austauschen.

81 [\[1\]](#) Q. Statistik Austria, Führerscheine und Lenkberechtigungen, Jahresergebnisse  
82 2020

83 [\[2\]https://www.bruttonetto-rechner.at/arbeiterkammer/fuehrerscheinkosten-in-](https://www.bruttonetto-rechner.at/arbeiterkammer/fuehrerscheinkosten-in-oesterreich/)  
84 [oesterreich/](https://www.bruttonetto-rechner.at/arbeiterkammer/fuehrerscheinkosten-in-oesterreich/)



# ANTRAG

Antragsteller\*in: *Jakob Dirnböck, Mario Dragnev, Marvin Feigl, Sophie Wotschke, Fabienne Lackner, Terence Nwaeke*

Tagesordnungspunkt: 11.3 Weitere Anträge

## **A9: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete**

### **Antragstext**

1 „Mit Abstand am meisten verdienen Beamte, wo sich das mittlere  
2 Bruttojahreseinkommen auf 56.132 Euro beläuft. Vertragsbedienstete kommen auf  
3 34.019 Euro, womit die insgesamt gut 554.000 von der öffentlichen Hand  
4 entlohnten Unselbständigen im Mittel 40.437 Euro im Jahr verdienen. Damit  
5 übersteigt deren Einkommen jenes der gut 3,8 Millionen Arbeiter und Angestellte  
6 um fast 60 Prozent, die bloß auf 25.460 Euro kommen.“<sup>[1]</sup>

7 Diese Zahlen aus dem allgemeinen Rechnungshofbericht des Jahres 2017 sind  
8 erschreckend. Unselbstständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst  
9 also deutlich mehr als in der Privatwirtschaft. Zusätzlich werden deutlich  
10 weniger Staatsbedienstete gekündigt als Angestellte und Arbeiter:innen. Dies  
11 liegt vor allem an den hohen Hürden einer Kündigung für Staatsbedienstete.  
12 Ebenso sind Behörden und Ministerien sowie privatwirtschaftliche Betriebe des  
13 Staates seit jeher ein Ort an dem, Parteifunktionär:innen an die Spitze gesetzt  
14 werden, um den eigenen Einfluss zu sichern. All dies behindert eine effiziente  
15 und kostengünstige Verwaltung erheblich und dass obwohl Österreich jährlich  
16 14.818.000.000<sup>[2]</sup> an die aktiven Staatsbediensteten bezahlt.

17 Daher fordern wir als Junge liberale Neos, dass das Dienstrecht im öffentlichen  
18 Dienst liberalisiert und dem der Privatwirtschaft angeglichen wird. Wir fordern  
19 die Umsetzung unserer drei Kernanliegen in diesem Bereich:

### **1. Ein schlanker Staat mit digitaler Verwaltung**

21 Angestellte und Beamt:innen sind nicht nur teuer sie beziehen auch Pensionen  
22 haben Anspruch auf Urlaub und arbeiten nur zu gewissen Zeiten. Daher fordern wir

23 JUNOS, dass die Verwaltung in Österreich endlich digital wird. Um unseren  
24 Bürgerinnen und Bürgern mühselig und zeitintensive Amtswege zu ersparen, fordern  
25 wir alle Dienstleistungen, bei denen dies möglich ist, für alle in digitaler  
26 Form anzubieten. Damit einhergehend fordern wir, dass nicht zwingend notwendige  
27 Stellen im öffentlichen Dienst, nicht nachbesetzt bzw aufgelöst werden. In  
28 Österreich sind 16,7% im öffentlichen Dienst beschäftigt, in Deutschland 13,6%  
29 und in Japan sogar nur 7,9%<sup>[3]</sup>. Zusätzlich dazu fordern wir ein Ende der de-  
30 facto Unkündbarkeit für alle Staatsbediensteten die nicht bei Zoll, Militär,  
31 Polizei und Justiz arbeiten. Nur so kann eine effiziente und kostengünstige  
32 Verwaltung garantiert werden.

## 33 **2. Ohne Parteibuch eine Funktion**

34 Bisher heißt es in Österreich ohne Parteibuch keine Funktion. Doch die  
35 Verwaltung in Österreich gehört endlich entpolitisiert. Als liberale Menschen  
36 sind wir überzeugt, dass nur die Qualifikation und Leistung einer Person über  
37 ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren wie das  
38 Parteibuch, das Geschlecht, die Hautfarbe, usw

## 39 **3. Privatwirtschaftliches Gehaltsschema**

40 Wir als Junge liberale Neos fordern die Senkung der Grundgehaltsstufen im  
41 öffentlichen Dienst und fordern stattdessen mehr leistungsbezogene Anreize wie  
42 etwa Boni, um einen zusätzlichen Anreiz für Leistung zu schaffen. Zusätzlich  
43 soll es Leistungsstufen geben wo Bedienstete, je nach Qualität der erbrachten  
44 Leistung, bezahlt werden.

45 Weiters fordern wir ein Ende der politischen motivierten Gehaltsgeschenke an die  
46 Staatsbediensteten, da sie die Schuldenlast, die unsere Generation zu tragen  
47 hat, unnötig erhöhen.

48 [\[1\]https://www.derstandard.at/story/2000094497287/staatsbedienstete-verdienen-  
49 in-oesterreich-um-fast-60-prozent-mehr](https://www.derstandard.at/story/2000094497287/staatsbedienstete-verdienen-in-oesterreich-um-fast-60-prozent-mehr)

50 [\[2\]](#)

51 [https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal\\_des\\_Bundes\\_2021.  
52 pdf](https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal_des_Bundes_2021.pdf)

[\[3\]](#) Alle Zahlen aus dem Jahr 2019

# ANTRAG

Antragsteller\*in: *Gregor Stadler, Felix Schnabl, Moritz Mairhofer, Fritz Noske*

Tagesordnungspunkt: *11.3 Weitere Anträge*

## **A10: Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!**

### **Antragstext**

1 Uns, den JUNOS - Junge Liberale NEOS, ist bewusst, dass eine Marktwirtschaft  
2 nicht nur aus Phasen des Aufschwungs besteht. Wir sehen Krisen und Phasen des  
3 Abschwungs als Situationen, in denen der Staat unterstützend und teilweise  
4 abfedernd eingreifen kann. Dennoch muss klar sein, dass der Staat auch in Krisen  
5 mit Steuergeld und möglicher neuer Schuldenaufnahme verantwortungsbewusst  
6 umzugehen hat. Denn ein aufgeblähter Staat ist ineffizient und hohe Schulden  
7 belasten die nächsten Generationen. In der aktuellen Situation umso mehr, da in  
8 absehbarer Zukunft noch viele teure Krisen auf uns Junge zukommen - der  
9 Klimawandel ist hier ein Beispiel, dessen Bekämpfung viele nachhaltige  
10 Investitionen benötigen wird.

### **Ausgangslage:**

12 Mit der Corona-Krise wurde eine neue Ära eingeleitet: Jede noch so kleine  
13 Unannehmlichkeit soll der Staat richten. Staatsquoten stiegen rasant an und  
14 Werte jenseits der 50 Prozent gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Dass sich  
15 der Staat in Krisen ausweitet und sich danach nicht mehr zurückzieht, ist nicht  
16 nur in Österreich zu beobachten. Gerade deswegen benötigt es ein entschiedenes  
17 „Nein“ gegen diese Entwicklungen. Denn die Anreize der Politik sind klar: Die  
18 Ausweitung ihrer Macht und der von ihnen verwalteten Gelder liegt ganz in ihrem  
19 Interesse. Jenes Machtstreben ergibt, gepaart mit der Staatsgläubigkeit vieler  
20 Österreicher, einen toxischen Cocktail. Denn obwohl die Regierung aktuell einen  
21 starken Vertrauensverlust hinnehmen muss, rufen die Bürger des Landes noch immer  
22 bei jedem Problemchen nach dem Staat.

23 Die Resultate der Corona-Krise sehen wir nun: Überförderung vieler Betriebe und  
24 das Entstehen vieler sogenannter Zombieunternehmen, die nur durch billige  
25 Kredite und Staatsunterstützung überleben können. Wenn jemand von der Krise  
26 profitiert hat, dann ist es der Staat. Die Gefahr ist groß, dass die aktuelle

27 Phase der Stagflation nur eine weitere Krise ist, die den Staat mächtiger macht.

## 28 **Aktuelle Situation:**

29 Die aktuelle Kombination aus hoher Inflation und stagnierender  
30 Wirtschaftsleistung, also eine Stagflation, stellt Zentralbanken und Regierungen  
31 vor eine große Herausforderung. Die letzte große Stagflationsphase begann in den  
32 1970ern. Auch wenn eine Stagflation daher bis jetzt nur sehr selten vorkam, ist  
33 die Aufgabenteilung aus ökonomischer Sicht klar: Die EZB als Hüterin der  
34 Preisstabilität muss sich um die Inflationsbekämpfung kümmern. Sie muss sich  
35 davor hüten, den gleichen Fehler zu machen wie die US-amerikanische Federal  
36 Reserve in den 1970ern. Denn damals mussten die Zinsen aufgrund der zuerst zu  
37 zögerlichen Geldpolitik auf über 20 Prozent angehoben werden, um die Inflation  
38 in den Griff zu bekommen. Das Resultat war eine starke Rezession.

39 Gleichzeitig sind Regierungen dazu angehalten, die Auswirkungen der hohen  
40 Preissteigerungen für die vulnerabelsten Haushalte abzufedern, wenngleich der  
41 Sozialstaat nicht dazu dient, jeglichen Wohlstandsverlust auszugleichen. Sie  
42 müssen sich aber davor hüten, alle Probleme für alle lösen zu wollen. Aktuelle  
43 Forschung zeigt, dass es nicht ausreicht, wenn Zentralbanken ihre Zinssätze  
44 erhöhen, um die Inflation einzudämmen. Es benötigt auch eine verantwortungsvolle  
45 Fiskalpolitik, die Geld nicht gedankenlos ausgibt. Dazu gehört nicht, dass die  
46 Fiskalpolitik sich weiter über billiges Geld finanziert oder den Schuldenberg  
47 durch Inflation schrumpfen lässt, sondern eine angepasste Einnahmen- und  
48 Ausgabenpolitik. Es braucht daher nicht nur eine glaubwürdige Zentralbank, die  
49 sich ganz der Inflationsbekämpfung widmet. Es braucht ebenso einen Staat, der  
50 genauso glaubwürdig eine nachhaltige Schuldenpolitik betreibt. Denn ein Staat,  
51 der das nicht tut und Geld aus dem Fenster wirft, heizt die Inflation weiter an.  
52 Umso mehr, wenn er diese Schulden nicht nachhaltig wieder abbauen wird.

53 ([https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=4205158](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4205158))

54 (<https://www.journals.uchicago.edu/doi/full/10.1086/674588>)

55 Auch wenn die Aufgabenteilung klar ist, zeigen die letzten Monate, dass sowohl  
56 Zentralbank als auch Regierung an der Erfüllung dieser Aufgaben kolossal  
57 scheitern. Die bisherige Performance ist mehr als unzufriedenstellend.

## 58 **1) Nationalstaatliche Ebene:**

59 Mit ihrer bisherigen Strategie, jedem Bürger die Kosten der Teuerung zu  
60 ersetzen, erreicht die Regierung nur eines: eine weitere Anfachung der Inflation  
61 durch viel zu hohe Staatsausgaben. Diese Entwicklungen sind auch global zu sehen  
62 und werden von internationalen Forschungsinstituten wie etwa dem IWF kritisiert.

63 Zudem lässt eine expansive Finanzpolitik gemeinsam mit völlig ungerichteten  
64 Auszahlungen an Bürgern die Konsumausgaben und Nachfrage stark ansteigen, das  
65 Angebot aber nur schwer darauf reagiert. Ein solches Vorgehen kurbelt die  
66 Inflation nur noch weiter an.

67 Obwohl die Steuereinnahmen in Österreich durch die hohe Inflation steigen,  
68 müssen obendrein noch Schulden aufgenommen werden. Gestiegene Zinsen, die mit  
69 der Inflationsbekämpfung der Zentralbank einhergehen, belasten den  
70 Staatshaushalt bei Neuschuldenaufnahme zusätzlich.

## 71 **2) EZB:**

72 Dass die Zeiten niedriger Inflation vorbei sind, haben viele Zentralbanken in  
73 Industrieländern lange nicht ernst genommen. Die EZB war jedoch die Zentralbank,  
74 die von allen Währungsräumen am längsten brauchte, um dies zu realisieren. Auch  
75 danach verhinderte ihr zaghaftes Verhalten eine zeitgerechte Anhebung des  
76 Leitzinses. Dadurch kamen die Zinserhöhungen zu spät und die EZB setzte ihre  
77 Glaubwürdigkeit aufs Spiel. ([https://personal.lse.ac.uk/reisr/papers/22-  
78 whypi.pdf](https://personal.lse.ac.uk/reisr/papers/22-whypi.pdf)) Der Euro hat deshalb im vergangenen Jahr massiv gegenüber anderen  
79 Währungen, wie etwa dem Dollar oder dem Schweizer Franken, abgewertet. Die  
80 gemeinsame Währung ist durch das zögerliche Handeln zur Weichwährung geworden,  
81 wodurch zusätzliche Inflation importiert wird.

## 82 **Forderungen:**

83 Die JUNOS - Junge Liberale NEOS treten für einen verantwortungsbewussten Umgang  
84 mit Krisen ein. Insbesondere eine Periode der Stagflation verlangt ein  
85 vorsichtiges Vorgehen mit Fingerspitzengefühl. Deshalb fordern wir:

## 86 **Nationalstaatliche Ebene:**

- 87 • Neben richtigen Maßnahmen, wie etwa die Abschaffung der Kalten Progression  
88 oder die Valorisierung der Sozialleistungen, gleichen die bisherigen Anti-  
89 Teuerungsmaßnahmen der österreichischen Regierung einem Fleckerlteppich.  
90 Sie verteilen Geld mit der Gießkanne, statt zielgerichtet zu wirken. Im  
91 Angesicht der steigenden Inflation sollte man sich darauf fokussieren,  
92 effektiv jene zu unterstützen, die Hilfe tatsächlich nötig haben. Das  
93 passiert nicht durch weitere kleinteilige Gießkannenmaßnahmen, wie etwa  
94 der Aussetzung einer Gebührenerhöhung oder dem Antiteuerungsbonus, sondern  
95 z.B. durch fokussierte Einmalzahlungen, die Personen erhalten, die bereits  
96 bestimmte Sozialleistungen beziehen. Gießkannenmaßnahmen verstärken nur  
97 die inflationären Tendenzen und sind damit in der jetzigen Situation  
98 kontraproduktiv.

- 99
- 100
- 101
- Von innerstaatlich gedoppelten Maßnahmen sollte abgesehen werden. Die Lösungen sollten vorrangig bundesweit umgesetzt werden, um ineffiziente Überschneidungen und weitere Überförderungen zu vermeiden.
- 102
- 103
- 104
- 105
- Panische, undurchdachte Schnellschüsse wie etwa Steuern auf sogenannte „Zufallsgewinne“ sind häufig populistischer Natur und strikt abzulehnen. Diese haben langfristig schädliche Auswirkungen auf Marktdynamiken und die Attraktivität des österreichischen Wirtschaftsstandortes.
- 106
- 107
- 108
- 109
- 110
- 111
- 112
- 113
- 114
- Vielmehr sollte die Regierung sich jetzt darauf fokussieren, auch mittel- und langfristige, angebotsseitige Maßnahmen auszuarbeiten. Dazu gehört zum einen der Ausbau Erneuerbarer Energien, um die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren. Zum anderen muss aber auch dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Um das Arbeitskräfteangebot zu erweitern, muss auch das Pensionsantrittsalter weiter angehoben werden. Denn eine Erweiterung des Angebots ist nicht nur für den Umstieg im Kampf gegen den Klimawandel notwendig - sondern auch, um dem Lohn- und Inflationsdruck, der mit einem geringen Angebot einhergeht, entgegenzutreten.
- 115
- 116
- 117
- Um der beständigen Ausweitung des Staates in Zukunft entgegenzutreten, sollte Österreich neben einer Schuldenbremse eine zusätzliche Ausgabenbremse im Verfassungsrang einführen.
- 118
- 119
- 120
- Außerdem muss, wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS gefordert, ein Sparplan erstellt werden, welcher festlegt, wie nach der Krise glaubhaft der Schuldenstand abgebaut werden kann.

121 **EU-Ebene:**

- 122
- 123
- 124
- 125
- 126
- 127
- 128
- Bisherige Maßnahmen auf EU-Ebene, wie etwa der Vorschlag eines Preisdeckels, sind abzulehnen. Preissignale sind das beste Mittel, um in der aktuellen Energiekrise die notwendigen Einsparungen zu erreichen. Preise bringen Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht, während Preisdeckel die Nachfrage nur weiter erhöhen und schlussendlich zu echten Knappheiten führen können. Dementsprechend sind Einsparungsziele vorzuziehen.
- 129
- 130
- 131
- Des Weiteren sind Lösungen wie etwa ein Einkaufskartell eine gute Möglichkeit, um vereint gegenüber den Anbietern gute Energiealternativen für die Union zu beschaffen.
- 132
- Eine weitere Aussetzung der Fiskalregeln ist abzulehnen. Nach der Krise

133 sollen die bereits bestehenden Fiskalregeln wieder bindend werden.  
134 Zusätzlich benötigt es eine Reform, die die Einhaltung der Fiskalregeln  
135 bindender macht und den Verhandlungsspielraum verkleinert.

136 **EZB:**

- 137 • Kaum hat die EZB begonnen, die Zinsen zu erhöhen, überlegt sie bereits,  
138 wann damit wieder Schluss ist. Obwohl es zwischen neun Monate und zwei  
139 Jahre dauert, bis die bisherigen Zinsschritte einen dämpfenden Effekt auf  
140 die Inflation aufweisen, sollte die EZB trotzdem nicht zu schnell damit  
141 aufhören. Denn in der aktuellen angebotsseitigen Krise ist es besonders  
142 wichtig, dass die EZB ihre Glaubwürdigkeit behält und die  
143 Inflationserwartungen beim ursprünglichen Inflationsziel von zwei Prozent  
144 bleiben. Ansonsten ist die Gefahr hoch, dass die Inflation sich noch  
145 länger auf einem hohen Niveau verfestigt oder sogar verselbstständigt.
  
- 146 • Weitere Programme, wie etwa das TPI, im Rahmen dessen die EZB zusätzliche  
147 Staatsanleihen kaufen möchte, wenn die Zinsen auf diese nach eigenem  
148 Ermessen zu hoch sind, sind abzulehnen.
  
- 149 • Wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS beschlossen, sollte sich  
150 die EZB ausschließlich auf ihr Mandat der Erhaltung der Preisstabilität  
151 fokussieren. Wir sehen, dass die vergangene Geldpolitik die EZB in eine  
152 Sackgasse manövriert hat, in welcher Inflationsbekämpfung wegen der zu  
153 hohen Schuldenstände der Mitgliedsstaaten nur beschränkt verfolgt wurde.  
154 Dieses Problem der "fiskalischen Dominanz", in welcher sich die  
155 Geldpolitik der Fiskalpolitik unterordnet, muss in Zukunft vermieden  
156 werden.

# ANTRAG

*Antragsteller\*in:* Johannes Sablatnig

*Tagesordnungspunkt:* 11.3 Weitere Anträge

## **A11: Mehr Urlaub, weniger Feiertage**

### **Antragstext**

- 1 In Österreich gibt es 13 staatliche Feiertage. Wir Junge liberale NEOS –
- 2 JUNOS fordern die Abschaffung aller staatlichen Feiertage. Im Gegenzug sollen
- 3 Schulen zehn weitere schulautonome Tage und Arbeitnehmer\_innen Anspruch auf zwei
- 4 weitere bezahlte Urlaubswochen bekommen.



# ANTRAG

Antragsteller\*in: *Julian Fritsch, Sophie Wotschke, Peter Berry, Fabienne Lackner, Christoph Hofer, Ines Holzegger*

Tagesordnungspunkt: 11.3 Weitere Anträge

## A12: Gefesselter Staat, glückliche Bürger

### Antragstext

#### 1 Hintergrund

2 Ein Hauptproblem moderner Wohlfahrtsstaaten bzw. Demokratien ist es, das  
3 richtige Verhältnis von gegenwärtigem Konsum, effektiver Erfüllung von  
4 staatlichen Kernaufgaben und langfristigen Zukunftsinvestitionen zu finden.  
5 Politiker, die für finanzielles Maßhalten und eine langfristig nachhaltige  
6 Lastenverteilung über Generationen hinweg eintreten, sind oft genug in der  
7 Minderheit und werden durch Politiker, die vollmundig verheißungsvolle  
8 Versprechungen machen, bei Wahlen ausgestochen. Dazu mag der fünfjährige  
9 Wahlzyklus das seine beitragen. Wer denkt schon an die Auswirkungen seines  
10 Handelns in 20 Jahren, wenn er oder sie sich in drei, vier, fünf Jahren einer  
11 Wahl stellen muss, die über das jeweilige politische Schicksal entscheidet.

12 Zwar ist es richtig und notwendig, dass Bürger vehement an das  
13 Verantwortungsgefühl der gerade aktuellen Politikergeneration appellieren, aber  
14 dies allein wird das skizzierte strukturelle Problem der unterschiedlichen  
15 Zeithorizonte nicht lösen können. Was es braucht, sind ebenso strukturelle  
16 Schranken, welche die Bevölkerung den politischen Akteuren auferlegt und welche  
17 die vorhandenen negativen Anreize ausgleichen oder zumindest abschwächen und  
18 damit verantwortungsvollen Politikern mit langfristigem Blick die notwendige  
19 Unterstützung zukommen lassen.

#### 20 Ausgabenbremse als Turbo der Generationenfairness

21 Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kennt die Entwicklung der Ausgaben des  
22 österreichischen Staates so wie in den meisten westlichen Demokratien praktisch  
23 nur eine Richtung: nach oben. Dies lässt sich nicht nur, aber vor allem, auf die  
24 immens gestiegenen Sozialausgaben zurückführen. Als Anteil an der gesamten

25 Wirtschaftsentwicklung (BIP) gemessen betragen diese im Vor-Pandemie-Jahr 2019  
26 bereits **29,3 Prozent**<sup>[11]</sup>. Vom finanziellen Kuchen der österreichischen  
27 Staatsausgaben nahmen sie im selben Jahr sogar **41,5 Prozent** ein<sup>[21]</sup>. Es flossen  
28 somit ganze 41 Cent von jedem Euro Staatsausgaben in die sozialen  
29 Sicherungsnetze. Durch die Coronakrise gab es noch einmal einen sprunghaften  
30 Anstieg und die Sozialausgaben erreichten laut Statistik Austria im Laufe des  
31 Jahres 2020 satte **34,1 Prozent** des BIP und damit ihren bisherigen  
32 Höchststand<sup>[31]</sup>. Zwar ist zu erwarten, dass es in den Folgejahren nach Ende der  
33 Pandemie zu einem Rückgang kommen wird (im Jahr 2021 betrug die Sozialquote  
34 bereits wieder „nur“ **32,8 Prozent** des BIP)<sup>[41]</sup>, steigende staatliche  
35 Verpflichtungen vor allem im Bereich der Pensionen, Gesundheit und Pflege  
36 bleiben aber auch in Zukunft Ausgabentreiber.

37 Um all dies zu finanzieren, wurde bereits in der Vergangenheit neben einer stark  
38 steigenden Abgabenquote ein immer größerer Schuldenberg angehäuft. Im Vor-  
39 Pandemie-Jahr 2019 betrug dieser **70,6 Prozent** des BIP.<sup>[51]</sup> 2021 erreichte man  
40 nach den Ausgabenexzessen während der Coronapandemie einen Wert von **82,3 Prozent**  
41 des BIP – mehr als 20 Prozentpunkte über dem diesbezüglichen Maastricht  
42 Grenzwert.<sup>[61]</sup> Im Vergleich zu Österreich schaffte es Schweden nach Einführung  
43 einer Ausgabenbremse in den 90ern seine Staatsverschuldung von einem Wert um die  
44 70 Prozent zu halbieren und damit die Interessen und den finanziellen  
45 Handlungsspielraum nächster Generationen zu wahren.

46 Wir JUNOS - Junge Liberale NEOS anerkennen die moderne Errungenschaft effektiver  
47 sozialer Sicherungsnetze, welche es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen,  
48 ihr Leben geschützt vor Schicksalsschlägen und herkömmlichen Lebensrisiken in  
49 Freiheit und größtmöglicher Unabhängigkeit zu gestalten. Gleichzeitig ist es für  
50 uns Liberale selbstverständlich, dass jedes Mitglied der Gesellschaft die  
51 Pflicht hat, diese Netze nur so lange und in einem Ausmaß in Anspruch zu nehmen,  
52 die seiner unverschuldeten Notlage und/oder seinen vorherigen Beitragszahlungen  
53 entspricht. Neben dieser Verpflichtung des Einzelnen gibt es aber auch eine  
54 Verpflichtung des Staates, seine eigentlichen Kernaufgaben der Aufrechterhaltung  
55 der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Verwaltung sowie wichtige  
56 Zukunftsinvestitionen nicht zugunsten erhöhter Sozialausgaben und Konsums in der  
57 Gegenwart zu vernachlässigen.

58 Gerade Letzteres droht ansonsten zu einem Mühlstein für nächste Generationen zu  
59 werden, die sich nicht mehr auf die sozialen Sicherungssysteme verlassen können  
60 werden, wenn sie diese einmal brauchen. Als JUNOS - Junge Liberale NEOS sehen  
61 wir es als unsere liberale Pflicht an, uns für generationenübergreifende  
62 Fairness und nachhaltige staatliche Sozialsysteme einzusetzen, welche die  
63 Freiheit und Rechte der Nachgeborenen achten.

64 Aus diesen Gründen setzen wir uns für die Einführung einer Ausgabenbremse im  
65 Verfassungsrang ein. Diese ist in die Systematik einer ebenso  
66 verfassungsrechtlich abgesicherten Schuldenbremse einzufügen und hat vorzusehen,  
67 dass das jährliche Budget des Bundes im Rahmen eines fünfjährigen Haushaltsplans  
68 zu erstellen ist, in welchem den einzelnen Ressorts maximale Ausgabensummen  
69 zugewiesen werden. Gesamtstaatlich darf das Ausgabenwachstum hierbei nicht die  
70 Teuerung übersteigen solange die Verschuldung den Wert von 60 Prozent des BIP (=   
71 Maastricht Grenzwert) nicht unterschreitet.<sup>[7]</sup>

72 Daneben und aufgrund der herausragenden Bedeutung dieses Ausgabenbereichs treten  
73 wir dafür ein, dass die gesamtstaatlichen Sozialausgaben den Wert von **40 Prozent**  
74 an den staatlichen Ausgaben über einen Konjunkturzyklus nicht überschreiten  
75 dürfen. Dies ist ebenfalls in einer Verfassungsbestimmung festzuschreiben. Ein  
76 zu implementierender Konsultationsmechanismus mit Ländern, Gemeinde- und  
77 Städtebund soll die notwendige Abstimmung der Gebietskörperschaften in beiden  
78 Fällen sichern.

79 Durch den damit geschaffenen Druck zur Ausgabensenkung und -konsolidierung  
80 erhoffen wir uns den politischen Willen für überfällige Strukturreformen, vor  
81 allem im Sozialbereich. Notwendig sind insbesondere eine generationengerechte  
82 Pensionsreform, das Abstellen von Privilegierungen für gewisse potente  
83 Interessengruppen sowie die Erhöhung der sozialen Treffsicherheit ebenso wie die  
84 Vereinfachung und Effizienzsteigerung der weiteren Systeme sozialer Absicherung.

## 85 **Steuer- und Abgabengrenze als Schutzschirm der** 86 **Steuerzahler**

87 So wie die Sozialausgaben wächst auch die Steuer- und Abgabenquote Österreichs  
88 sukzessive seit Jahrzehnten mit wenigen Intervallen kurzfristiger  
89 Abgabentlastungen. Im Vor-Pandemie-Jahr 2019 lag diese bei ganzen **43,2 Prozent**  
90 des BIP<sup>[8]</sup>. Dieser Wert stieg 2021 im (hoffentlich) letzten Pandemie-Jahr auf  
91 **43,7 Prozent** des BIP an<sup>[9]</sup>. Man befindet sich damit komfortabel im oberen  
92 Drittel der Mitgliedsländer der Europäischen Union (gemäß leicht abweichendem  
93 Wert der WKÖ)<sup>[10]</sup>. Allen Steuerreformen der letzten Jahre zum Trotz kommt man  
94 dem Ziel einer Steuer- und Abgabenquote von **unter 40 Prozent** des BIP auch in  
95 Zeiten der Hochkonjunktur kaum näher. Die Gründe sind ähnliche wie jene für die  
96 beständig steigenden Sozialausgaben. Es ist einerseits politisch unpopulär, die  
97 notwendigen ausgabenseitigen Reformen in die Wege zu leiten, um den finanziellen  
98 Spielraum größerer Entlastungen zu schaffen. Andererseits gefielen sich  
99 Regierungspolitiker verschiedenster Couleur dabei, alle drei, vier Jahre  
100 kleinere Steuerreformen zu beschließen, die im Endeffekt nur die angehäuften  
101 zusätzlichen Belastungen eben jener drei, vier Jahre ausgeglichen haben  
102 (sogenannte „Kalte Progression“<sup>[11]</sup>). Zumindest Letzteres ändert sich nun

103 voraussichtlich durch die mit 01.01.2023 erfolgende (teil-)automatische  
104 Abschaffung der Kalten Progression.

105 Wir JUNOS – Junge Liberale NEOS sind der Überzeugung, dass der Staat und die ihn  
106 lenkenden Politiker eine moralische Verpflichtung haben, den einzelnen Bürger  
107 nur in jenem Ausmaß zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen, der  
108 unbedingt notwendig ist, um wichtige Staatsfunktionen und Zukunftsinvestitionen  
109 besorgen zu können. Die beständige Aushöhlung des Grundrechtes auf  
110 Privateigentum, um damit kurzfristigen Konsum politischer potenter Wählergruppen  
111 zu finanzieren, muss ein Ende haben.

112 Aus diesen Gründen setzen wir JUNOS - Junge Liberale NEOS uns für die Einführung  
113 einer Steuer- und Abgabenobergrenze im Verfassungsrang ein. Budgetentwürfe des  
114 Bundes dürfen nicht so ausgestaltet sein, dass sie zu einer Steuer- und  
115 Abgabenbelastung führen, die den Wert von **40 Prozent** des BIPs übersteigt. Um die  
116 Steuer- und Abgabenquote in Zukunft über diesen Wert anheben zu können, ist eine  
117 vorherige Beschlussfassung beider Parlamentskammern (Nationalrat, Bundesrat)  
118 vorzusehen, welche ein erhöhtes Präsenzquorum von 50 Prozent und ein  
119 Konsensquorum von 2/3 der Abgeordneten zum Nationalrat bzw. Mitglieder des  
120 Bundesrates verlangt.

121 Durch die Selbstbindung der Politik und Entziehung dieser Angelegenheiten aus  
122 dem politischen Alltagsdiskurs erhoffen wir uns einen erhöhten Fokus auf die  
123 Effizienzsteigerung und Verschlinkung des Staates sowie Attraktivierung des  
124 Wirtschaftsstandortes und das Abstellen politischer Taktiererei auf dem Rücken  
125 der Steuerzahler und nächsten Generationen.

126 [\[1\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)  
127 [soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

128 [\[2\]https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-aufgabenbereichen)  
129 [finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-aufgabenbereichen)  
130 [aufgabenbereichen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-aufgabenbereichen)

131 [\[3\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)  
132 [soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

133 [\[4\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)  
134 [soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

135 [\[5\]https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-](https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-)  
136 [finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-](https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-)

137 [schuldenstand](#)

138 [https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-  
finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-  
schuldenstand](https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-<br/>139 finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-<br/>140 schuldenstand)

141 [https://www.agenda-  
austria.at/publikationen/staatsausgaben/handlungsempfehlungen/](https://www.agenda-<br/>142 austria.at/publikationen/staatsausgaben/handlungsempfehlungen/)

143 [https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-  
finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-<br/>144 finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen)

145 [https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-  
finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-<br/>146 finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen)

147 <https://wko.at/statistik/Extranet/Bench/abgab.pdf>

148 [https://www.agenda-austria.at/publikationen/damit-sich-arbeit-wieder-  
lohnt/die-kalte-progression-die-heimliche-geliebte-des-finanzministers/](https://www.agenda-austria.at/publikationen/damit-sich-arbeit-wieder-<br/>149 lohnt/die-kalte-progression-die-heimliche-geliebte-des-finanzministers/)

# ANTRAG

*Gremium:* Bundeskongress (eine Gegenstimme)

*Beschlussdatum:* 22.10.2023

*Tagesordnungspunkt:* 11.3 Weitere Anträge

## **A12NEU: Gefesselter Staat, glückliche Bürger**

### **Antragstext**

#### **Hintergrund**

Ein Hauptproblem moderner Wohlfahrtsstaaten bzw. Demokratien ist es, das richtige Verhältnis von gegenwärtigem Konsum, effektiver Erfüllung von staatlichen Kernaufgaben und langfristigen Zukunftsinvestitionen zu finden. Politiker, die für finanzielles Maßhalten und eine langfristig nachhaltige Lastenverteilung über Generationen hinweg eintreten, sind oft genug in der Minderheit und werden durch Politiker, die vollmundig verheißungsvolle Versprechungen machen, bei Wahlen ausgestochen. Dazu mag der fünfjährige Wahlzyklus das seine beitragen. Wer denkt schon an die Auswirkungen seines Handelns in 20 Jahren, wenn er oder sie sich in drei, vier, fünf Jahren einer Wahl stellen muss, die über das jeweilige politische Schicksal entscheidet.

Zwar ist es richtig und notwendig, dass Bürger vehement an das Verantwortungsgefühl der gerade aktuellen Politikergeneration appellieren, aber dies allein wird das skizzierte strukturelle Problem der unterschiedlichen Zeithorizonte nicht lösen können. Was es braucht, sind ebenso strukturelle Schranken, welche die Bevölkerung den politischen Akteuren auferlegt und welche die vorhandenen negativen Anreize ausgleichen oder zumindest abschwächen und damit verantwortungsvollen Politikern mit langfristigem Blick die notwendige Unterstützung zukommen lassen.

#### **Ausgabenbremse als Turbo der Generationenfairness**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kennt die Entwicklung der Ausgaben des österreichischen Staates so wie in den meisten westlichen Demokratien praktisch nur eine Richtung: nach oben. Dies lässt sich nicht nur, aber vor allem, auf die

24 immens gestiegenen Sozialausgaben zurückführen. Als Anteil an der gesamten  
25 Wirtschaftsentwicklung (BIP) gemessen betragen diese im Vor-Pandemie-Jahr 2019  
26 bereits **29,3 Prozent**<sup>[1]</sup>. Vom finanziellen Kuchen der österreichischen  
27 Staatsausgaben nahmen sie im selben Jahr sogar **41,4 Prozent** ein<sup>[2]</sup>. Es flossen  
28 somit ganze 41 Cent von jedem Euro Staatsausgaben in die sozialen  
29 Sicherungsnetze. Durch die Coronakrise gab es noch einmal einen sprunghaften  
30 Anstieg und die Sozialausgaben erreichten laut Statistik Austria im Laufe des  
31 Jahres 2020 satte **34,1 Prozent** des BIP und damit ihren bisherigen  
32 Höchststand<sup>[3]</sup>. Zwar kam es in den Folgejahren nach Ende der Pandemie wieder zu  
33 einem Rückgang (im Jahr 2022 betrug die Sozialquote „nur“ noch **30,5 Prozent** des  
34 BIP)<sup>[4]</sup>, steigende staatliche Verpflichtungen vor allem im Bereich der  
35 Pensionen, Gesundheit und Pflege bleiben aber auch in Zukunft Ausgabentreiber.

36 Um all dies zu finanzieren, wurde bereits in der Vergangenheit neben einer stark  
37 steigenden Abgabenquote ein immer größerer Schuldenberg angehäuft. Im Vor-  
38 Pandemie-Jahr 2019 betrug dieser **70,6 Prozent** des BIP.<sup>[5]</sup> 2022 erreichte man  
39 nach den Ausgabenexzessen während der Coronapandemie einen Wert von **78,4 Prozent**  
40 des BIP – fast 20 Prozentpunkte über dem diesbezüglichen Maastricht  
41 Grenzwert.<sup>[6]</sup> Im Vergleich zu Österreich schaffte es Schweden nach Einführung  
42 einer Ausgabenbremse in den 90ern seine Staatsverschuldung von einem Wert um die  
43 70 Prozent zu halbieren und damit die Interessen und den finanziellen  
44 Handlungsspielraum nächster Generationen zu wahren.

45 Wir JUNOS - Junge Liberale NEOS anerkennen die moderne Errungenschaft effektiver  
46 sozialer Sicherungsnetze, welche es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen,  
47 ihr Leben geschützt vor Schicksalsschlägen und herkömmlichen Lebensrisiken in  
48 Freiheit und größtmöglicher Unabhängigkeit zu gestalten. Gleichzeitig ist es für  
49 uns Liberale selbstverständlich, dass jedes Mitglied der Gesellschaft die  
50 Pflicht hat, diese Netze nur so lange und in einem Ausmaß in Anspruch zu nehmen,  
51 die seiner unverschuldeten Notlage und/oder seinen vorherigen Beitragszahlungen  
52 entspricht. Neben dieser Verpflichtung des Einzelnen gibt es aber auch eine  
53 Verpflichtung des Staates, seine eigentlichen Kernaufgaben der Aufrechterhaltung  
54 der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Verwaltung sowie wichtige  
55 Zukunftsinvestitionen nicht zugunsten erhöhter Sozialausgaben und Konsums in der  
56 Gegenwart zu vernachlässigen.

57 Gerade Letzteres droht ansonsten zu einem Mühlstein für nächste Generationen zu  
58 werden, die sich nicht mehr auf die sozialen Sicherungssysteme verlassen können  
59 werden, wenn sie diese einmal brauchen. Als JUNOS - Junge Liberale NEOS sehen  
60 wir es als unsere liberale Pflicht an, uns für generationenübergreifende  
61 Fairness und nachhaltige staatliche Sozialsysteme einzusetzen, welche die  
62 Freiheit und Rechte der Nachgeborenen achten.

63 Aus diesen Gründen setzen wir uns für die Einführung einer Ausgabenbremse im  
64 Verfassungsrang ein. Diese ist in die Systematik einer ebenso  
65 verfassungsrechtlich abgesicherten Schuldenbremse einzufügen und hat vorzusehen,  
66 dass das jährliche Budget des Bundes im Rahmen eines fünfjährigen Haushaltsplans  
67 zu erstellen ist, in welchem den einzelnen Ressorts maximale Ausgabensummen  
68 zugewiesen werden. Gesamtstaatlich darf das Ausgabenwachstum hierbei nicht die  
69 Teuerung übersteigen solange die Verschuldung den Wert von 60 Prozent des BIP (=   
70 Maastricht Grenzwert) nicht unterschreitet.<sup>[71]</sup>

71 Daneben und aufgrund der herausragenden Bedeutung dieses Ausgabenbereichs treten  
72 wir dafür ein, dass die gesamtstaatlichen Sozialausgaben den Wert von **40 Prozent**  
73 an den staatlichen Ausgaben über einen Konjunkturzyklus nicht überschreiten  
74 dürfen. Dies ist ebenfalls in einer Verfassungsbestimmung festzuschreiben. Ein  
75 zu implementierender Konsultationsmechanismus mit Ländern, Gemeinde- und  
76 Städtebund soll die notwendige Abstimmung der Gebietskörperschaften in beiden  
77 Fällen sichern.

78 Durch den damit geschaffenen Druck zur Ausgabensenkung und -konsolidierung  
79 erhoffen wir uns den politischen Willen für überfällige Strukturreformen, vor  
80 allem im Sozialbereich. Notwendig sind insbesondere eine generationengerechte  
81 Pensionsreform, das Abstellen von Privilegierungen für gewisse potente  
82 Interessengruppen sowie die Erhöhung der sozialen Treffsicherheit ebenso wie die  
83 Vereinfachung und Effizienzsteigerung der weiteren Systeme sozialer Absicherung.

## 84 **Steuer- und Abgabenobergrenze als Schutzschirm der** 85 **Steuerzahler**

86 So wie die Sozialausgaben wächst auch die Steuer- und Abgabenquote Österreichs  
87 sukzessive seit Jahrzehnten mit wenigen Intervallen kurzfristiger  
88 Abgabentlastungen. Im Vor-Pandemie-Jahr 2019 lag diese bei ganzen **43,2 Prozent**  
89 des BIP<sup>[81]</sup>. Dieser Wert stieg bis 2022 auf **43,6 Prozent** des BIP an<sup>[91]</sup>. Man  
90 befindet sich damit komfortabel im oberen Drittel der Mitgliedsländer der  
91 Europäischen Union (gemäß leicht abweichendem Wert der WKO)<sup>[101]</sup>. Allen  
92 Steuerreformen der letzten Jahre zum Trotz kommt man dem Ziel einer Steuer- und  
93 Abgabenquote von **unter 40 Prozent** des BIP auch in Zeiten der Hochkonjunktur kaum  
94 näher. Die Gründe sind ähnliche wie jene für die beständig steigenden  
95 Sozialausgaben. Es ist einerseits politisch unpopulär, die notwendigen  
96 ausgabenseitigen Reformen in die Wege zu leiten, um den finanziellen Spielraum  
97 größerer Entlastungen zu schaffen. Andererseits gefielen sich  
98 Regierungspolitiker verschiedenster Couleur dabei, alle drei, vier Jahre  
99 kleinere Steuerreformen zu beschließen, die im Endeffekt nur die angehäuften  
100 inflationsbedingten Mehrbelastungen eben jener drei, vier Jahre ausgeglichen  
101 haben (sogenannte „Kalte Progression“<sup>[111]</sup>). Zumindest Letzteres wurde durch den



102 automatischen Ausgleich von 2/3 des Effekts der Kalten Progression ab dem Jahr  
103 2023 abgestellt.

104 Wir JUNOS – Junge Liberale NEOS sind der Überzeugung, dass der Staat und die ihn  
105 lenkenden Politiker eine moralische Verpflichtung haben, den einzelnen Bürger  
106 nur in jenem Ausmaß zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen, der  
107 unbedingt notwendig ist, um wichtige Staatsfunktionen und Zukunftsinvestitionen  
108 besorgen zu können. Die beständige Aushöhlung des Grundrechtes auf  
109 Privateigentum, um damit kurzfristigen Konsum politischer potenter Wählergruppen  
110 zu finanzieren, muss ein Ende haben.

111 Aus diesen Gründen setzen wir JUNOS - Junge Liberale NEOS uns für die Einführung  
112 einer Steuer- und Abgabengrenze im Verfassungsrang ein. Budgetentwürfe des  
113 Bundes dürfen nicht so ausgestaltet sein, dass sie zu einer Steuer- und  
114 Abgabenbelastung führen, die den Wert von **40 Prozent** des BIPs übersteigt. Um die  
115 Steuer- und Abgabenquote in Zukunft über diesen Wert anheben zu können, ist eine  
116 vorherige Beschlussfassung beider Parlamentskammern (Nationalrat, Bundesrat)  
117 vorzusehen, welche ein erhöhtes Präsenzquorum von 50 Prozent und ein  
118 Konsensquorum von 2/3 der Abgeordneten zum Nationalrat bzw. Mitglieder des  
119 Bundesrates verlangt.

120 Durch die Selbstbindung der Politik und Entziehung dieser Angelegenheiten aus  
121 dem politischen Alltagsdiskurs erhoffen wir uns einen erhöhten Fokus auf die  
122 Effizienzsteigerung und Verschlinkung des Staates sowie Attraktivierung des  
123 Wirtschaftsstandortes und das Abstellen politischer Taktiererei auf dem Rücken  
124 der Steuerzahler und nächsten Generationen.

125 [\[1\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-  
126 soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

127 [\[2\]https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-  
128 finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-  
129 aufgabenbereichen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-aufgabenbereichen)

130 [\[3\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-  
131 soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

132 [\[4\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-  
133 soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

134 [\[5\]https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-  
135 finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-](https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-)

136 [schuldenstand](#)

137 [https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-  
finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-  
schuldenstand](https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-<br/>138 finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-<br/>139 schuldenstand)

140 [https://www.agenda-  
austria.at/publikationen/staatsausgaben/handlungsempfehlungen/](https://www.agenda-<br/>141 austria.at/publikationen/staatsausgaben/handlungsempfehlungen/)

142 [https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-  
finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-<br/>143 finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen)

144 [https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-  
finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-<br/>145 finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen)

146 <https://wko.at/statistik/eu/europa-abgabenquoten.pdf>

147 [https://www.agenda-austria.at/publikationen/damit-sich-arbeit-wieder-  
lohnt/die-kalte-progression-die-heimliche-geliebte-des-finanzministers/](https://www.agenda-austria.at/publikationen/damit-sich-arbeit-wieder-<br/>148 lohnt/die-kalte-progression-die-heimliche-geliebte-des-finanzministers/)

# ANTRAG

Antragsteller\*in: *Sophie Hrneck*

Tagesordnungspunkt: *11.3 Weitere Anträge*

## **A13: Ein freies Europa für alle**

### **Antragstext**

1 Situiert zwischen Russland, der Ukraine, Litauen, Lettland und Polen im Osten  
2 Europas liegt der Binnenstaat Belarus, welcher 1991 zur Republik ausgerufen  
3 wurde, aber seit 1994 von einem Mann, Lukaschenko, regiert wird. Heute gilt das  
4 System des Präsidenten als Autokratie mit eindeutigen Einschränkungen liberaler  
5 und demokratischer Grundrechte. Das harte Vorgehen Lukaschenkos gegen Kritiker  
6 des Regimes und die Opposition zeigt den mangelnden Respekt vor  
7 rechtsstaatlichen Grundrechten sowie demokratischen Werten, ersichtlich an der  
8 Wiedereinführung der Todesstrafe bei Hochverrat<sup>3</sup>. Auch die prorussische  
9 Orientierung und die starke Unterstützung des russischen Angriffskrieges in der  
10 Ukraine zeigen klar die Ausrichtung der Diktatur<sup>1</sup>.

11 Als Resultat der manipulierten Wahlen des 9. Augusts 2020 begann eine noch  
12 stärkere Unterdrückung der Oppositionellen, die ca. eine halbe Million  
13 Belarus\*innen zur Flucht gezwungen hat. Egal ob sie Migrant\*innen, Diaspora oder  
14 Flüchtlinge sind, stehen die im Ausland lebenden Belarus\*innen vor einer  
15 gemeinsamen Herausforderung, die sich aus dem Grund ergibt, warum sie ihr Land  
16 verlassen haben. Wie Bürgerrechtlerin und Oppositionskandidatin Zichanouskaja  
17 vor dem EU-Parlament 2023 gesagt hat: „Europe is where we come from. And it’s  
18 where we are headed.“<sup>2</sup>.

19 Die meisten von diesen 500.000 Belarus\*innen in Europa können nicht sicher nach  
20 Belarus reisen. Seit diesem September ist es jedoch nicht mehr möglich, einen  
21 Reisepass im Ausland zu erneuern. Das bedeutet, sie müssen nach Belarus  
22 zurückkehren, um diesen zu erlangen, was den rechtlichen Status von  
23 Hunderttausenden Belarus\*innen, Europäer\*innen, gefährdet. Polen, Lettland und  
24 Litauen stellen bereits lebensrettende Visa und Reisegenehmigungen aus, um  
25 fliehenden Belarus\*innen zu helfen<sup>2</sup>.

26 Die demokratische Bewegung in Belarus arbeitet seitdem daran, nationale

27 belarusische Pässe auszustellen. Dieses Dokument soll so als Reisedokument und  
28 Bestätigung der Staatsbürgerschaft dienen, für Belarus\*innen, die im Exil leben.  
29 Als Beispiel werden die baltischen Staaten herangezogen, die während der  
30 sowjetischen Besatzung ihre Pässe im Exil ausgestellt haben<sup>2</sup>. Für Belarus als  
31 europäisches Land soll hier Unterstützung von EU-Ländern kommen, die diese  
32 Dokumente anerkennen um es belarusischen Staatsbürger\*innen zu ermöglichen, frei  
33 in Europa leben zu können.

34 Wir JUNOS – Junge liberale NEOS begrüßen die Initiative der Ausstellung von  
35 Pässen der demokratischen Bewegung in Belarus und fordern die Anerkennung dieser  
36 innerhalb der EU.

37 Lukaschenko muss zur Rechenschaft gezogen werden und die belarusischen  
38 Flüchtlinge müssen eine Chance bekommen, ebenfalls als freie Europäer\*innen  
39 leben zu dürfen. Die Einschränkung der liberalen und demokratischen Grundrechte  
40 erachten wir JUNOS – Junge liberale NEOS als verheerend und unterstützen die  
41 europäische Aussicht Belarus'. Kurzfristig wird das den Geflüchteten helfen, ihr  
42 Leben im Exil, ohne rechtliche Gefährdung, zu leben. Langfristig soll das einer  
43 Demokratisierung des Landes helfen als auch einer Integration Belarus' in die  
44 Europäische Union unter anderem durch einen erleichterten Zugang zum  
45 Arbeitsmarkt wie bei Ukrainischen Geflüchteten.

46 <sup>1</sup><https://osteuropa.lpb-bw.de/belarus-demokratie-rechtsstaatlichkeit>

47 <sup>2</sup><https://tsikhanouskaya.org/en/events/news/d0dda672878e974.html>

48 <sup>3</sup> Auslegung ist Sache der Gerichte: Belarus führt Todesstrafe bei Hochverrat ein  
49 - n-tv.de